



23. Sitzung

Mittwoch, 2. Februar 2005

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	1125 A	Bernd Reinert CDU	1141 D
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	1125 A	Michael Neumann SPD	1142 A
Aktuelle Stunde	1125 A	Fraktion der CDU: DNA-Analyse: für eine bessere Strafverfolgung (Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Fraktion der SPD: Schulgebühren: Senatsstrategie gegen gleiche Bildungschancen!			
Britta Ernst SPD	1125 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Marino Freistedt CDU	1126 A	Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts	
Christa Goetsch GAL	1127 A	– Drs 18/1522 –	1142 D
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin	1128 A	Ergebnis	1143 A
Wilfried Buss SPD	1129 C		
Robert Heinemann CDU	1130 C, 1133 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Dr. Willfried Maier GAL	1131 C	Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde	
Michael Neumann SPD	1132 B	– Drs 18/1668 –	1143 B
Fraktion der GAL: Sportstadt Hamburg geht baden – der Senat empfiehlt: drei Hallenbäder schließen!		Ergebnis	1147 B
Dr. Verena Lappe GAL	1134 A, 1140 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Clemens Nieting CDU	1135 A	Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres	
Jürgen Schmidt SPD	1135 D	– Drs 18/1670 –	1143 B
Dr. Michael Freytag, Senator	1136 D, 1140 B, 1141 A	Ergebnis	1147 B
Christiane Blömeke GAL	1137 D	Bericht des Eingabenausschusses:	
Volker Okun CDU	1138 D	Informationsreise nach Serbien-Montenegro	
Walter Zuckerer SPD	1139 D	– Drs 18/1501 –	1143 C
Dr. Willfried Maier GAL	1140 D, 1141 C	Wolfhard Ploog CDU	1143 C, 1147 B

Ingrid Cords SPD	1145 A	Bericht des Innenausschusses:	
Antje Möller GAL	1146 A	Bürger naher Ordnungsdienst in den Bezirken	
Beschluss	1147 B	– Drs 18/1621 –	1164 C
Senatsmitteilung:		Jenspeter Rosenfeldt SPD	1164 D, 1169 B
Europapolitische Schwerpunkte des Senats 2004/2005		André Trepoll CDU	1166 D
– Drs 18/1536 –	1147 C	Dr. Till Steffen GAL	1168 B
Rolf Harlinghausen CDU	1147 C	Beschlüsse	1169 C
Günter Frank SPD	1149 B	Antrag der Fraktion der CDU:	
Manuel Sarrazin GAL	1150 C	Anbindung der HafenCity an die angrenzenden Stadtteile	
Stefan Kraxner CDU	1152 B	– Drs 18/1614 –	1169 D
Beschluss	1152 C	Beschluss	1169 D
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:			
Weiterbildung der HWP sichern			
– Drs 18/1625 (Neufassung) –	1152 D		
und			
Bericht des Wissenschaftsausschusses:			
Entwurf eines Gesetzes zur Bildung der Fakultät Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften und zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes			
– Drs 18/1645 –	1152 D		
Dr. Barbara Brüning SPD	1152 D, 1157 B		
Stefan Kraxner CDU	1153 D		
Dr. Heike Opitz GAL	1154 D		
Jörg Dräger, Senator	1155 D		
Beschlüsse	1157 D		
Antrag der Fraktion der GAL:			
Quartiersgaragen			
– Drs 18/1626 –	1158 B		
Jörg Lüthmann GAL	1158 B		
Jörg Hamann CDU	1159 D		
Karin Timmermann SPD	1160 D		
Niels Böttcher CDU	1161 B		
Beschluss	1161 D		
Antrag der Fraktion der CDU:			
Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Beamtenengesetzes			
– Drs 18/1617 –	1161 D		
Viviane Spethmann CDU	1161 D		
Walter Zuckerer SPD	1162 C		
Dr. Till Steffen GAL	1163 D		
Beschluss	1164 C		

A Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Zunächst teile ich mit, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnung um weitere Punkte zu ergänzen. Es handelt sich dabei um die Drucksachen 18/1645 und 18/1646, zwei Berichte des Wirtschaftsausschusses zum Gesetz zur Bildung der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität und zu einer Gesetzesänderung über die Vergabe von Studienplätzen. Diese Drucksachen wurden als Tagesordnungspunkte 15 a und 15 b nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Des Weiteren wurde die Tagesordnung um die Drucksache 18/1658 ergänzt, die als Tagesordnungspunkt 15c in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Es handelt sich um einen Bericht des Haushaltsausschusses zur Errichtung des Auswanderermuseums BallinStadt und zur Dauerausstellung "Hamburg als Auswandererstadt".

Außerdem wurden mit den Drucksachen 18/1668 und 18/1670 noch zwei Wahlen zu Deputationen der Justizbehörde und der Behörde für Inneres in die Tagesordnung aufgenommen. Sie finden diese Drucksachen als Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b in der Tagesordnung wieder.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

B Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Schulgebühren: Senatsstrategie gegen gleiche Bildungschancen!

von der GAL-Fraktion

Sportstadt Hamburg geht baden – der Senat empfiehlt: drei Hallenbäder schließen!

und von der CDU-Fraktion

DNA-Analyse: für eine bessere Strafverfolgung

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In den Sechzigerjahren gab es eine bekannte Werbung für eine Zigarettenmarke. Es hieß damals:

"Es war schon immer etwas teurer, einen besonderen Geschmack zu haben."

Mein Vorschlag für den Senat ist: Kaufen Sie die Rechte an diesem Werbeslogan und verwenden Sie ihn für Ihre Bildungs- und Familienpolitik. Treffender kann man es nicht auf den Punkt bringen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Etwas Besonderes und daher etwas teurer ist nach Ansicht der CDU neuerdings ein Platz in der Vorschule, Schulbücher oder Schwimmunterricht. Seit letzter Woche wissen wir, dass das längst noch nicht alles ist und dass künftig auch normale Angebote an Hamburgs Schulen etwas kosten können.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Unsinn!)

C

Sie führen in Hamburg faktisch wieder Schulgeld ein und beschneiden die Rechte und Chancen von Menschen, die sich nicht so einfach alles leisten können. Es wird nicht gelingen, diese Politik unbemerkt über die Bühne zu bringen. Viele Hamburgerinnen und Hamburger sind empört über das, was Sie hier vorhaben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD: Zu Recht!*)

Herr Bürgermeister, Frau Dinges-Dierig, dass Ihre CDU die kleinen Leute nicht im Blick hat, ist nichts Neues.

(Zurufe von der CDU)

Was Sie denen antun, für die 20, 30 oder 40 Euro viel Geld sind und die gerade diese Summe zugelegt haben, um auf den Urlaub oder auf eine Anschaffung zu sparen, das wissen Sie nicht. Inzwischen fürchten sich aber auch die Mittelschichten vor den steigenden Belastungen. Alle Eltern sind stark gefordert, den Wünschen ihrer Kinder nach Kleidung, Handys, nach Computern Grenzen zu setzen, und sie stöhnen über teure Klassenreisen und die vielen Extras, die sowieso schon immer bezahlt werden müssen.

Jetzt kommen auf Hamburgs Eltern Kosten in völlig unbekannter Höhe zu, denn jede Schule kann fröhlich entscheiden, wofür und in welcher Höhe sie Gebühren erheben kann.

Bei der Wahl einer weiterführenden Schule werden Eltern sich künftig viele Gedanken machen. Sie werden überlegen müssen, ob sie mithalten können, wenn eine Schule in einem Gebiet liegt, in dem es viele wohlhabende Eltern gibt. Wie sollen Eltern morgens beim Frühstück ihren Kindern – nennen wir sie Max oder Annegret – erklären, dass alle ihre Freunde in die zusätzliche Malstunde gehen dürfen, Max und Annegret aber nicht. Die Eltern müssen sogar fürchten, dass Max und Annegret gehänselt werden, dass sie sich für ihre Eltern schämen oder bestenfalls vielleicht nur ärgern.

Was sollen die Kinder eigentlich dabei lernen? Den Satz, Geld hat man oder man habe sich zu bescheiden, als neuen Lehrsatz der Hamburger Pädagogik?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Künftig wird am Frühstückstisch diskutiert werden, ob Max denn auch noch aufs Gymnasium gehen kann, weil die Extravorbereitungskurse auf das Zentralabitur und die vielen Bücher für Annegret schon so viel kosten. Es schaudert uns bei dem Gedanken, dass das die Realität in Hamburgs Familien sein wird. Und es schaudert uns auch dabei zuzusehen, mit welcher Brutalität Sie diese Politik umsetzen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In der Weimarer Republik wurden die Vorschulen vom Schulgeld befreit, in der Nachkriegszeit die weiterführenden Schulen, weil die Chancen junger Menschen eben nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein sollten und weil solche Gespräche in Deutschland nicht mehr am Frühstückstisch geführt werden sollten. Das waren große Reformen.

Friedrich Merz hat Ihrer CDU aber gesagt, die schleichende Sozialdemokratisierung der CDU müsse rückgängig gemacht werden. Die CDU in Hamburg hat sich

D

- A vom Ziel gleicher Bildungschancen entfernt und es findet sich auch nicht mehr in der Sozialpolitik.

Herr Bürgermeister von Beust, rufen Sie Herrn Merz an und melden Sie Vollzug für Hamburg.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Freistedt.

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ernst, wenn ich Sie jetzt so sprechen höre, dann habe ich den Eindruck, dass Ihre Partei nicht begriffen hat, warum sie heute noch auf den unbequemen Plätzen der Opposition sitzt.

(Beifall bei der CDU)

Ihre teilweise unsachlichen Vorwürfe an die Regierung und die Senatorin weist die CDU zurück.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD:* Womit denn?)

Je stärker Sie in dieser Art Tatsachen ignorieren, umso deutlicher werden wir über Ihre eigene Schulpolitik sprechen müssen. Das wird Sie nicht freuen, das sehe ich schon Ihren Gesichtern an.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Fraktionsvorsitzender

- B (*Petra Brinkmann SPD:* Hat Recht!)

hat in einer Sache Recht. Gestern lasen mir Passanten ein Plakat auf Ihrem VW-Bus vor:

"SPD"

– natürlich in roten Lettern –

"Wir lassen uns nicht blenden".

Daran erinnern mich natürlich auch jetzt wieder Ihre Worte.

(*Michael Neumann SPD:* Das Zitat ist falsch!)

Mit Ihrem Beitrag, Frau Ernst, haben Sie der Schulpolitik der CDU wirklich nichts Gutes angetan

(Beifall bei der SPD und der GAL)

und wir werden Ihnen sagen, warum wir diese Politik durchführen. Wir haben als Regierungsfraktion den Haushalt der Bildungsbehörde jährlich erhöht, mehr noch, es sind deutliche, inhaltliche und qualitative Verbesserungen im Bereich der schulischen Bildung umgesetzt. Das ist die Wahrheit und das zeigt die Bedeutung, die wir der Bildung in schwieriger Haushaltslage zumessen.

(*Doris Mandel SPD:* Ja, da kann man merken!)

Allerdings haben wir uns auch das Ziel der weiteren Konsolidierung des Gesamthaushaltes gesetzt. Da, wo Sie als SPD und GAL seit 1995 nicht mehr den Mut aufgebracht haben, den Schuldenanstieg deutlich zu stoppen, haben wir eine strenge Ausgabendisziplin eingeführt.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Keine Ahnung!)

C Unsere Anstrengungen zielen darauf ab, die schulischen Leistungen unserer Schüler zu verbessern, und dazu benötigen wir auch neue Lehrmittel.

(Beifall bei der CDU)

Es kann nicht sein, nein, es darf nicht sein, dass die Schulen aus Geldmangel auf moderne Lehrbücher verzichten müssen.

(Zurufe von der SPD)

Veraltete, didaktisch überholte und manchmal leider auch unansehnlich aussehende Schulbücher werden mit dem neuen Entleihverfahren und dem Nutzungsentgelt zum neuen Schuljahr ersetzt, weil sich Eltern in sozial verträglichem Maße an den Ausleihkosten beteiligen. Dafür gibt es Obergrenzen der Belastung oder, wenn gewünscht, können Eltern die Bücher auch kaufen.

Wer in der heutigen Zeit nicht Abschied vom Anspruchsdenken nimmt, sondern auch in der Schul- und Bildungspolitik meint, ein Weiter-so würde der Zukunft unserer jungen Generation in Hamburg helfen, der irrt.

(*Michael Neumann SPD:* Unsere Jugend hat einen Anspruch!)

Die Schulleistungsergebnisse in den vergangenen zehn Jahren haben gezeigt, dass großzügige Subventionen im Bildungsbereich vielfach dort nicht zu den erhofften guten Abschlüssen geführt haben. Wer in der heutigen Schulpolitik nur soziale Kälte sieht, der hat nicht verstanden, was die Aufgabe einer langfristigen Wirkung in der Schulpolitik ist:

(*Michael Neumann SPD:* Und deswegen gar nichts mehr machen! – *Petra Brinkmann SPD:* Das erklären Sie mal!)

D Engagement auch derjenigen, die es sich finanziell leisten können, und soziale Hilfe und Unterstützung, wo wirklich Not ist. Es kann nicht sein, dass wir heute, im Jahr 2005, bei dieser Haushaltslage den Eltern, die deutlich zu den oberen Einkommensgruppen gehören, Schulbücher für ihre Kinder subventionieren mit der Folge, dass für notwendige Neuerwerbungen der Schulen kein finanzieller Spielraum mehr vorhanden ist. Es ist zumutbar, wenn der Schwimmunterricht nach Erreichen des ersten Etappenziels von Eltern mitfinanziert wird. Wir alle wissen, dass mit dieser Sparpolitik Familien stärker in die Pflicht genommen werden, schulische Bildung mitzugestalten.

(Zurufe von der SPD)

Aber die Freie und Hansestadt Hamburg leistet sich auch im Sinne einer zukunftsgerichteten Vorsorge zum Beispiel künftig 31 neue Ganztagschulen.

(Beifall bei der CDU)

Wer vom Staat Angebote verlangt, der muss auch bereit sein, die Kosten zu tragen.

(*Michael Neumann SPD:* Wir bezahlen Steuern!)

Frau Ernst, natürlich haben Sie als Opposition das Recht, die Regierung und die Gestaltungsmehrheit hier anzugreifen.

(Glocke)

- A Ich meine allerdings, dass es der SPD richtig ansteht, die Wahrheit zu sagen. Viele Bundesländer, auch unter SPD ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das war ein wunderbares Schlusswort.

(Beifall bei der CDU)

Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin leicht erkältet, deshalb entschuldigen Sie meine Stimme.

(*Wolfgang Drews* CDU: Schonen Sie doch Ihre Stimme!)

– Ich werde einen Deubel tun.

Herr Freistedt, wenn ich Ihre Rede zusammenfasse, dann komme ich auf den Satz: Wenn Schüler und Schülerinnen in Hamburg die Schulpflicht wahrnehmen, müssen sie dafür bezahlen. Mehr ist unterm Strich nicht von Ihnen zu hören gewesen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Bevor ich zur CDU komme, möchte ich ganz kurz etwas zu den Kolleginnen und Kollegen der SPD sagen. Ich habe bei der Anmeldung Ihres Themas "Senatsstrategie gegen gleiche Bildungschancen!" zur Aktuelle Stunde im ersten Moment gedacht, dass Sie damit eigentlich falsch liegen, weil Strategie – so steht es im Duden – "genau geplantes Vorgehen" bedeutet. Da stellt sich natürlich die Frage, woran man beim Senat, geschweige denn bei der Schulsenatorin, genau geplantes Vorgehen erkennt. Man kann das allerdings drehen und sagen, das ist eine absichtlich familienfeindlich geplante Strategie der CDU.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Strategie besteht darin, zu kürzen und bei den Eltern das Geld zu holen. Hinter den von Frau Dinges-Dierig geplanten Maßnahmen steht alles andere als eine Strategie: Erst einmal wird das Geld weggenommen und dann wird ganz schnell geguckt, wo eigentlich die Qualitätsverbesserung liegt, die als solche verkauft werden soll.

Gestern haben wir – dick gedruckt – gelesen, dass die Zahl der Ganztagschulen verdoppelt werden soll. Das ist erfreulich. Aber wenn Sie auf das Kleingedruckte schauen, sehen Sie, dass die Ausstattung um 60 Prozent gesenkt wird und neue Ganztagsgebühren für Eltern geschaffen werden. Das ist keine Strategie, das ist familienfeindlich, das ist Sparen ohne Sinn und Verstand.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man kann es nicht oft genug an dieser Stelle sagen: Alle Schulstudien – PISA, KESS und LAU –, gerade in Hamburg, bestätigen, dass unser Schulsystem die Schüler nach ihrem sozialen Status sortiert. Wer weniger Geld hat, bekommt weniger Chancen. Wir wissen aus der Statistik, dass Akademikerkinder weitaus bessere Chancen haben, ins Gymnasium zu kommen, auch wenn sie schlechtere Schüler sind. Viermal so hoch sind die Chancen im Gegensatz zu Kindern von Facharbeitern. Das ist der Skandal, den Sie toppen, indem Sie noch Gebühren draufsetzen.

(Beifall bei der GAL – *Inge Ehlers* CDU: Weil die es schon können!)

C

Die Statistik sagt uns, dass Kinder in Horn, Kirchdorf oder Osdorf keinesfalls dümmer sind als Kinder in Eppendorf oder in Blankenese. Nur, ihre Eltern verdienen weniger Geld. Natürlich gab es den Skandal des Sortierens schon, bevor Sie Ihre Gebührenwut erfunden haben. Es ist aber Ihre Aufgabe, diese soziale Schieflage, die uns PISA ins Buch geschrieben hat, zu beenden. Sie setzen jetzt noch einmal Gebühren drauf, schaffen neue Instrumente, um noch mehr zu spalten, Kinder zu sortieren und zu diskriminieren; die einen dürfen schwimmen, die anderen nicht, oder müssen bezahlen. Das kann es nicht sein. Vielleicht kommen Sie auch noch auf die Idee, dass Hamburger Grundschüler demnächst im ersten Halbjahr für das Lesen und Schreiben Lernen etwas bezahlen sollen, und dann verkaufen Sie auch noch die Nachhilfe für Geld. Vielleicht werden in unseren Schulen, wie kürzlich ein Elternkammermitglied sagte, demnächst Toilettengebühren erhoben. Sie toppen das noch, das ist überzogen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf von *Robert Heinemann* CDU)

– Herr Heinemann, nun tun Sie nicht so, als ob das alles schon längst Praxis war. Jetzt müssten Sie einmal Rechtssicherheit herstellen. Das ist doch Quatsch. Was haben Sie denn die letzten zwei Jahre gemacht? 1,2 Millionen Euro mehr für die Jugendmusikschule, 3,5 Millionen Euro Eintrittsgeld für die Vorschule, 3,2 Millionen Euro für die Absenkung der Schülerfahrkarten, 2,5 Millionen Euro für Schulbücher, 2 Millionen Euro für Schwimmgeld. Das haben Sie sich ausgedacht, das liegt in Ihrer Verantwortung.

D

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das Schlimme ist, dass es nicht dabei bleibt. Man könnte sich für das eine oder andere tatsächlich eine Gebühr vorstellen. Sie schließen gleichzeitig Schwimmbäder und Bücherhallen. Die Schließung des Bismarckbads betrifft zum Beispiel 30 Kitas und mehrere Grundschulen. Wir kommen noch in der nächsten Debatte darauf zurück.

Sie haben sowieso ein gestörtes Verhältnis zum Schwimmen. Schwimmen, meine Damen und Herren von der CDU, ist mehr als Schwimmen lernen. Was ist das für eine Kultur, wenn die Stadt am Wasser den Schwimmunterricht abschafft, und was ist das für eine traurige Lachnummer für die Olympia-Stadt am Wasser, die für das Abwickeln des Schwimmunterrichts die dritte Sportstunde wieder abschafft? Was hat das mit sportpolitischer Grundbildung zu tun?

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf von *Wolfgang Drews* CDU)

Was wir brauchen, ist tatsächlich eine Strategie. Wir brauchen ein geplantes Vorgehen für eine neue Schule, die nicht sortiert, die nicht nach dem sozialen Status diskriminiert. Wir brauchen eine Schule, Herr Freistedt, die Schüler zu höchst möglichen Leistungen bringt, und dafür brauchen wir keine Schulgebühren, sondern endlich eine Schulpolitik mit Sinn und Verstand. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Dinges-Dierig.

A (Michael Neumann SPD: Es spricht Herr Luckow!)

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie uns wenigstens versuchen, einen sachlichen Blick auf die vom Senat vorgeschlagenen Eigenbeteiligungen im staatlichen Bildungssektor werfen.

Uns allen ist klar, dass Eigenbeteiligungen im Bildungssektor natürlich unpopulär sind, schon weil der Eindruck entsteht, dass die Bürger für etwas zahlen müssen, was sie bisher kostenlos haben. Dass es auch einmal anders war und dass vielleicht im Zeitablauf auch einiges anders beurteilt werden kann, darüber wird geschwiegen.

(Michael Neumann SPD: Früher hatten wir auch einen Kaiser! Und wofür zahlen wir noch Steuern? Dann schaffen wir die Steuern ab und zahlen nur noch Gebühren!)

Natürlich ist es populär, als Hamburger Opposition solche Beteiligung abzulehnen. Man könnte auch sagen, es ist so simpel wie populistisch.

Nun ändert dies alles aber nichts an der Tatsache, dass alle öffentlichen Haushalte – sowohl der Länder als auch des Bundes – überschuldet sind, dass wir öffentliche Leistungen überprüfen müssen, dass wir sie im Zweifelsfall auch kostenpflichtig machen müssen, wenn wir den weiteren Weg in den Schuldenstaat nicht wollen, und den, meine Damen und Herren, will ich nicht.

B (Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Dann baut man keine U-Bahn! Keine U-Bahn – keine Gebühr!)

Ein Blick über unsere Landesgrenzen zeigt, dass diese Erkenntnis in fast allen Ländern bei den Landesregierungen angekommen ist, gerade in Bezug der Lernmittelbeschaffung. Zum Beispiel hat Rheinland-Pfalz – wie Sie alle wissen, ein sozial-liberal regiertes Bundesland mit einem SPD-Ministerpräsidenten und einem SPD-Kultusminister – die Bezahlung der Lernmittel durch die Eltern und Erziehungsberechtigten vor vielen Jahren längst eingeführt.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Nordrhein-Westfalen – ein rotgrün regiertes Bundesland mit einem SPD-Ministerpräsidenten und einer SPD-Kultusministerin – lässt die Eltern und Erziehungsberechtigten fast 50 Prozent des Kaufpreises für Lernmittel bezahlen.

(Michael Neumann SPD: Sind die Vergleiche mit Frau Schnieber-Jastram abgesprochen?)

Auch Berlin – ein rotrot regiertes Bundesland mit einem SPD-Bürgermeister und einem SPD-Schulsenator – hat die Bezahlung der Lernmittel durch die Eltern und Erziehungsberechtigten bereits eingerichtet.

(Michael Neumann SPD: Und wer hat den Haushalt in Berlin ruiniert? – Gegenruf von Marcus Weinberg CDU: Herr Neumann, Sie sind noch dran! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Nicht jeder, wie er meint, am besten zu können, sondern das Wort hat die Senatorin.

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Machen diese SPD-geführten Landesregierungen in Ihren Augen unsoziale Bildungspolitik? Eine Antwort auf diese Frage würde mich wirklich interessieren. Meine Antwort können Sie gerne haben: Die Kollegen in diesen Ländern, die ich gerade als Beispiel zitiert habe, haben ihre Regierungsverantwortung wahrgenommen und durchgesetzt, was – wie in Niedersachsen – wir nun auch in Hamburg tun.

Durch die Kürzung des Etats für Unterrichtsmittel in der Vergangenheit, die übrigens zu rotgrünen Zeiten in Hamburg begonnen hat, blieben zuletzt gerade 3 Millionen Euro per anno für die Lernmittelerneuerung. Das ist, wie Sie alle wissen, eindeutig zu wenig, wie der schlechte Zustand der Bücher und die größtenteils überholten Lernansätze in den Schulbüchern zeigen. Eine umfassende Erneuerung der Lernmittel ist eine notwendige Grundlage, um dem heute geltenden Lernbegriff, Frau Goetsch, den Sie auch immer wieder verwenden, pädagogisch und didaktisch gerecht zu werden. Das ist das, was wir wollen.

(Beifall bei der CDU)

Das von mir vorgeschlagene Verfahren aus Kauf und Leihe wird diese Summe vervielfachen und ein neues, besseres Niveau der Lernmittel in Hamburg möglich machen. Die Kinder und Jugendlichen werden zu sorgsamem Umgang mit den Lernmitteln angehalten, sicher auch unterstützt und gerade von ihren Eltern.

Wir haben sowohl mit Gebührenobergrenzen für die verschiedenen Schulstufen als auch mit Freistellungen für Leistungsempfänger im Sinne des Sozialgesetzbuches soziale Komponenten in unserem Modell sichergestellt.

(Michael Neumann SPD: Und für den normalen Menschen vergessen!)

Wir wollen, dass Familien ab dem dritten Kind für alle Kinder nur die Hälfte zahlen.

(Michael Neumann SPD: Bei der Politik wird es keine Drei-Kinder-Familien mehr geben!)

Meine Damen und Herren! Diese sozialen Komponenten erfüllen unser Verständnis der Sicherung gerechter Bildungschancen. Genau dies gilt auch beim Thema Ganztagschulangebote. Sie haben selber gesagt – gestern ist es öffentlich geworden –, dass wir bis zum kommenden Jahr die Zahl der Ganztagschulen auf über 70 fast verdoppeln.

(Zurufe von der SPD)

Es ist unser Ziel, Leben und Lernen an einem Ort für Schülerinnen und Schüler stärker zu verknüpfen. Das ist ein großes Stück Ausbau von gerechten Bildungschancen.

(Beifall bei der CDU)

Das, meine Damen und Herren, gilt im diametralen Gegensatz zu dem, was hier wieder an Desinformationen verkündet wird. Das betrifft gerade die besonderen Angebote – weder die normalen, Frau Ernst, noch die regulären, Frau Goetsch – an Schulen. Es ist ein gutes und wichtiges Stück Arbeits- und Sozialpolitik im Bildungsbereich, die Möglichkeit privater, besonderer Angebote im Ganztagsschulbereich abzusichern.

A (Gesine Dräger SPD: Das heißt Sozialpolitik! – Christiane Blömeke GAL: Definieren Sie mal besondere!)

Die Schule wird dadurch stärker in ihren regionalen und sozialen Bezug eingebunden. Schule wird sich stärker für außerschulische Anbieter öffnen, sei es im Bereich des Sports und der Musik, aber auch in der freiwilligen Feuerwehr und der Kirche. Auch hier gilt: Ein Blick in SPD-regierte Länder würde Ihnen weiterhelfen. In Nordrhein-Westfalen werden für zusätzliche Angebote im Ganztags-schulbereich Elternbeiträge bis zu einer Höhe von 100 Euro im Monat und Kind erhoben. So weit können, wollen und werden wir in Hamburg nicht gehen, auch nicht wie in Schleswig-Holstein. Dort ist für die Finanzierung offener Ganztagsschulen Voraussetzung, dass man von einer Komplementärfinanzierung in Höhe von 50 Prozent spricht. So geht es in meinen Augen nicht. Dieses Vorgehen könnte und werde ich nicht verantworten. Aber, die besonderen Angebote in Hamburg, die es außerhalb des regulären Schulangebotes gibt, bilden in integrativer Form eine neue Zukunft ab. Heute haben wir Schule und Freizeit additiv, morgen haben wir es integrativ, indem die Freizeit und die besonderen Angebote in die Schulen kommen. Damit schaffen wir Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche zum Beispiel zum Vereinssport, aber auch zu anderen Tätigkeiten in der Region zu motivieren und die Angebote sogar noch zusätzlich finanziell zu unterstützen, um damit Eltern auch entlasten zu können.

Meine Damen und Herren, eines ist sicher klar: Das, was Sie immer unter Chancengleichheit verkünden, gibt es in meinen Augen nicht. Aber was es gibt und was wir sicherstellen müssen, sind gerechte Bildungschancen, nicht nur für unsere Kinder heute,

B (Beifall bei der CDU – Petra Brinkmann SPD: Das müssen Sie mal erklären, was gerecht ist!)

sondern auch für die Kinder von morgen. Ich denke, wir sind uns auch darin einig – ich hoffe es zumindest –, dass zu diesen gerechten Bildungschancen gehört, die Ganztagsschulen erheblich auszuweiten, so wie wir uns jetzt auf den Weg gemacht haben. Wir müssen dafür sorgen, dass wir eine wirksame zusätzliche Sprachfrühförderung, wie wir sie gerade planen, in Angriff nehmen. Wir brauchen ein Mehr individueller Förderung im Bereich der Schule sowohl für die Benachteiligten als auch für die besonders Leistungsfähigen.

(Michael Neumann SPD: Wenn die Eltern das Geld haben!)

Das sind die inhaltlich relevanten Herausforderungen einer Bildungspolitik, die Chancengerechtigkeit schafft. Das ist die gerechte und moderne Bildungspolitik, für die die CDU und der Senat hier in Hamburg sorgen werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Bevor ich dem Abgeordneten Buss das Wort gebe, habe ich in Kenntnis der hamburgischen Verfassung darauf hinzuweisen, dass es eine Vereinbarung zwischen Senat und Bürgerschaft zur Redezeit in der Aktuellen Stunde gibt. Dieses waren 180 Prozent der Redezeit eines Abgeordneten. – Das Wort bekommt der Abgeordnete Buss.

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Das passiert immer wieder!)

Wilfried Buss SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Sie haben vorhin Herrn Freistedt gehört. Wir reden hier von Bildungspflicht in der Schule und von nichts anderem. Das, was Sie machen, ist Abzocke und das muss man so deutlich und klar sagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Volker Okun CDU: Was sind das denn für Formulierungen? – Robert Heinemann CDU: Unseriös!)

Frau Senatorin, Sie haben gesagt, es würde im Schulbuchetat durch die Einführung des Büchergeldes eine Modernisierung stattfinden. Gleichzeitig senken Sie aber vorher den Etat ab, damit die Schulen weniger Geld haben, um etwas Neues einzuführen. Dann wird das mit dieser Gebühr gerade mal wieder bei Plus minus Null gelassen.

Wo sollen da Verbesserungen stattfinden, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Sie reden von regulären Angeboten, die selbstverständlich weiterhin aufrechterhalten werden. Schwimmunterricht, Frau Senatorin, war bisher für mich sowohl in der Grundschule als auch in der Sekundarstufe regulärer Unterricht und der wird jetzt kostenpflichtig. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

In der Tat haben wir von der CDU nach drei Jahren Wartezeit endlich einen Ausbau des Ganztagsschulprogramms vorgelegt bekommen.

(Wolfhard Ploog CDU: Das ist doch gut!)

– Herr Kollege, die rotgrüne Bundesregierung in Berlin

(Oh-Rufe von der CDU)

hat seit drei Jahren immer wieder versucht, dies in den Ländern umzusetzen. Dafür haben Sie, wie gesagt, diese drei Jahre gebraucht.

(Wolfgang Drews CDU: Aber die Länder müssen es machen, sie müssen es bezahlen!)

– Ja, und Sie sind dabei gescheitert, gerade Sie persönlich haben es nicht geschafft, das umzusetzen, mein lieber Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben Sie endlich 35 Ganztagsschulen mit einem pädagogischen Konzept eingeführt. Die Basis bleibt, aber alle Schulen werden auf eine schlechtere Konzeption gestellt. Das heißt, die Ausstattung ist um 60 Prozent schlechter als die bisher vorhandene. Das bedeutet für die schon bestehenden Ganztagsschulen, wie zum Beispiel in Mümmelmannsberg und Steilshoop, dass sie die Programme, die sie die ganze Zeit gemacht haben, herunterfahren müssen. Die Konzepte, mit denen sie versucht haben, mehr Bildung an bildungsferne Schichten zu vermitteln und Talente zu erschließen, müssen jetzt möglicherweise verdorren. Das ist das Entscheidende, was dabei herauskommen wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Und das Schlimmste kommt dann obendrauf, Frau Senatorin, das ist Ihr Coup, dass Sie gesagt haben, dann müssten für die besonders interessanten Neigungskurse

C

D

- A auch noch Gebühren bezahlt werden. Da führen Sie doch die soziale Spaltung direkt in die Klassenzimmer hinein. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr von Beust, was bedeuten denn diese Schulgebühren, die Sie jetzt einführen lassen, für die kleinen Leute? Ich habe mir das einmal durch den Kopf gehen lassen und habe an meinen Barmbeker Busfahrer gedacht

(Frank-Thorsten Schira CDU: Sie haben einen eigenen Busfahrer?)

– ach, Sie wissen doch genau, was ich damit meine, Herr Kollege –,

(Michael Neumann SPD: Wer einen Chauffeur hat, kennt keinen Busfahrer!)

dessen Frau beim Discounter an der Kasse sitzt, damit sie einigermaßen über die Runden kommen. Rechtschaffene "Abendblatt"-Leser versuchen ihre Kinder ordentlich zu erziehen und sie tragen die Steuern für diese Stadt zusammen. Das sind die Bürgerinnen und Bürger, wie ich sie kenne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Sohn ist zehn Jahre alt und freut sich jetzt darauf, dass er nach den Sommerferien in die neugegründete Ganztagschule Fraenkelstraße gehen kann. Die Tochter ist fünf Jahre alt und soll demnächst in die Vorschule. Was kommt jetzt an Gebühren auf diese Familie zu, Herr Bürgermeister von Beust? Da haben wir erst einmal die Gebühr für die Vorschule. Das ist ein bildungspolitischer Skandal ersten Ranges vor dem Hintergrund von PISA.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das sind für diese Familie rund 40 Euro im Monat. Dann 10 Prozent mehr für die Hortunterbringung dieser Tochter nach der Vorschule. Das sind jetzt statt 73 Euro 80 Euro. Dann das Büchergeld für den Sohn von 75 Euro im Schuljahr und das mal so eben zu Beginn des Schuljahres hingelegt. Dann das Mittagessen in der Ganztagschule und die Gebühr für die Neigungsgruppen. Das habe ich einmal überschlagen, Herr Bürgermeister. Das sind etwa 60 bis 70 Euro im Monat, die Sie dieser Familie in Hamburg konkret aus der Tasche ziehen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen und das nennen Sie dann gerechte Bildungschancen. Das kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Wolfgang Drews CDU: Das ist doch billiger Klassenkampf! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Wilfried Buss (fortfahrend): Jawohl.

Ich sage Ihnen ganz klar, Herr Bürgermeister: Sie und Ihre Senatorin und Ihre Fraktion wollen eine andere Stadt. Sie wollen diese Leute von mehr Bildung fernhalten und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht sollten wir einmal ehrlich sein: Gebühren für besondere Angebote in Schulen gab es schon immer. Ich habe vor zehn Jahren, als die CDU hier in Hamburg noch nicht regiert hat,

C

(Jörg Lühmann GAL: Das wissen Sie nicht?)

selbstverständlich für einen Squash-Kurs an der Schule meine Gebühren zahlen müssen. Das ist doch völlig klar.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Das war an der Berufsschule. Wir sind in die Kaifu-Lodge gegangen und haben dafür selbstverständlich Gebühren bezahlt. Das hat nicht der Staat übernommen und auch die SPD hat es damals nicht bezahlt.

Vielleicht sollten wir einmal ein bisschen ehrlich damit umgehen. Das ist immer schon so gelaufen. Die Gebühren, um die es hier geht, kommen doch nicht ansatzweise dem Hamburger Haushalt zugute. Es werden dadurch auch keinerlei kostenlose Angebote eingeschränkt. Es geht doch nur um die Frage, ob die Schulen die Entscheidungsfreiheit bekommen, insbesondere auch auf Elternwunsch, auf Schülerwunsch zusätzliche Angebote anbieten zu können.

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Aber doch nicht Schwimmen!)

Warum sollen denn viele Vereine und Musikschulen, für die die Schüler bisher am Nachmittag natürlich Geld bezahlt haben, von vornherein von dem schulischen Unterrichtsangebot am Nachmittag ausgeschlossen werden mit der Folge, dass Schüler künftig nicht mehr wählen können, welche Angebote sie am Nachmittag wahrnehmen.

D

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Erst mal streichen und dann ein zusätzliches Angebot!)

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir müssen endlich verstehen ...

(Zurufe von der SPD und der GAL – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Sie können alle dazu beitragen, aber bitte dann vom Rednerpult. Es ist relativ einfach, das Wort zu bekommen. Melden Sie sich bitte. Ich rufe Sie dann auf. Das Wort hat jetzt Herr Heinemann.

Robert Heinemann (fortfahrend): Ich glaube, nicht wir müssen verstehen, sondern Sie müssen verstehen,

(Ingo Egloff SPD: Erst müssen Sie verstehen!)

dass die Ganztagschulen ein völlig anderes Verständnis von Schule erfordern. Das heißt, wir müssen endlich die Trennung von Schule und Freizeit aufheben und anders denken. Wir müssen die Anbieter, die bisher die Nachmittagsangebote gemacht haben, in die Schulen hereinholen. Ich glaube, nur so ist das möglich. Wir haben allen Schulen klar aufgegeben, dass sie dies sozial verträglich machen müssen. Wieso trauen Sie eigentlich Hamburgs Eltern, Hamburgs Lehrern, Hamburgs Schülern nicht zu, dass sie so etwas an ihrer Schule ganz individuell für ihre Schule regeln.

(Michael Neumann SPD: Ihnen trauen wir alles zu! Das ist das Schlimme, was wir gelernt haben!)

- A Sie wollen das wieder von oben alles vorgeben, so und so müsst ihr es regeln. Ich glaube, gerade die Schulen, die ständig mit sozialen Unterschieden zu tun haben, die ständig um deren Ausgleich bemüht sind, haben doch auch die Kompetenz zu sagen, diese Angebote machen wir, diese Angebote machen wir nicht, und sie haben auch die Kompetenz zu sagen, nein, wir wollen gar keine kostenpflichtigen Angebote haben. Genau diese Kompetenz haben die Schulen doch.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das ist fahrlässig!)

Ich glaube, es ist deshalb genau richtig, in diese Richtung weiterzugehen, denn nur so haben wir die Möglichkeit, Schule und Freizeit zu verbinden und Freizeitangebote, die bisher wahrgenommen wurden, auch heute noch den Schülern zu ermöglichen.

Völlig anders – und das ist ja richtig – sieht das beim Thema der Schulbuchkosten und der Vorschulgebühren aus. Da sparen wir in der Tat bei den Betriebsausgaben. Ich haben schon vor zwei Wochen gesagt, dass wir das nicht mit Begeisterung tun, aber wir müssen es tun, um an anderer Stelle wieder in Bildung zu investieren. Wenn Sie sich den Haushalt einmal angucken, dann haben wir von 2001 bis 2006 eine Steigerung von insgesamt 8 Prozent bei den bereinigten Betriebskosten im Schulbereich. Wir geben jedes Jahr 100 Millionen Euro mehr aus für den Schulbereich. Ist das nicht ein Schwerpunkt Bildung?

(*Michael Neumann SPD*: Wo bleibt denn das Geld?)

- B – Sie fragen, wo bleibt das Geld. Frau Dinges-Dierig hat doch gerade die Antwort gegeben: Unter anderem in den Ganztagschulen. Allein die Ganztagschulen, die gestern verkündet worden sind,

(*Michael Neumann SPD*: Verkünden reicht nicht!)

bedeuten 10 Millionen Euro mehr pro Jahr nur für Lehrerkosten.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD*: Die sind doch nicht da, die kommen doch erst!)

Wir investieren doch gerade für Familienförderung in den sozial schwierigen Stadtteilen.

(*Gesine Dräger SPD*: Da schließen Sie!)

Gucken Sie sich einmal die Liste an: Wilhelmsburg, Jenfeld, Altona-Nord, Steilshoop, überall dort werden neue Ganztagschulen gegründet, um gerade die Familien entsprechend zu fördern. Ich verstehe überhaupt nicht, Frau Ernst, warum Sie kritisieren, dass Arnkielstraße und Fuchsbergredder nun Ganztagschulen werden. Gerade dort haben wir doch im Rahmen der Schulentwicklungsplanung gesagt, dass diese Schulen als stabilisierender Faktor in der Region wichtig sind.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Hü und hott!)

Jetzt tut die Bildungsbehörde eines und stärkt diese Schulen, damit sie genau diese Rolle weiterhin in ihrer Region ausüben können. Sie haben das, glaube ich, als Konzeptionschaos bezeichnet. Ich glaube hingegen, das ist völlig konsequent und der SPD gehen mittlerweile alle Argumente aus, die sie noch gegen die Bildungspolitik vorbringen kann.

(Beifall bei der CDU)

Anders als die GAL. Die legt wenigstens Konzepte vor. Darüber kann man sich auch streiten. Die SPD tut gar nichts, immer das Gleiche: polemisch, ein bisschen aggressiv, aber leider voll am Ziel vorbei. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Frau Senatorin, es ist ja nicht die eine Kürzung bei den Lernmitteln, die so irritierend wirkt, sondern es ist die Summe all dieser Kürzungen, die Sie gleichzeitig auf den Weg bringen.

(*Petra Brinkmann SPD*: So ist es!)

Sie kürzen ja nicht nur, indem Sie den Eltern Lernmittelkosten abverlangen, sondern Sie kürzen die Elternsituation weiter, indem Sie jetzt für die Vorschulen Geld verlangen. Sie verlangen für den Schwimmunterricht Geld, also nicht für ein freiwilliges Angebot. Soll es demnächst möglicherweise Fußballcents geben, wenn die Kinder mit einem Ball spielen? Es ist ganz unplausibel, dass dafür Geld verlangt wird, wenn eine Maßnahme im Unterricht angeboten wird. Sie kürzen die Elternfinanzen weiter, indem Sie zusätzliches Geld für Angebote an Ganztagschulen verlangen. Sie kürzen insofern, dass Sie die Sprachförderung an den Schulen zurücknehmen. Das alles zusammen gibt ein Tableau von mehr als 10 Millionen Euro.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Strategie!)

Wenn Sie sich das durch den Kopf gehen lassen und dann beispielhaft mit Rheinland-Pfalz et cetera kommen, dann verkennen Sie ein Problem. Wir sind eine große Stadt, eine Metropole, in der sich auch Armutsprobleme ballen. Die CDU lädt im Moment Herrn Paul Nolte ein, den konservativen jungen Historiker aus Bremen, der allüberall verkündet, dass es ein richtiges Verwahrlosungsproblem im Bereich der Unterklassen der Gesellschaft gibt. Dagegen anzukämpfen, verkündet derselbe, sei nur möglich, sofern man das Bildungsangebot qualitativ verbessert und quantitativ ausweitet. Aber, was machen Sie?

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Das Gegenteil!)

Im allgemein bildenden Schulwesen, also in dem, was das Elementare darstellt, kürzen Sie. Das halte ich nicht für vernünftig.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Volker Okun CDU*: Wo wollen Sie denn sparen?)

Wenn denn jetzt schon zur "Abendblatt"-Gläubigkeit aufgerufen werden soll, so haben Sie sich auch von dort einen entsprechenden Kommentar eingefangen. Das ist in der Summierung ein bisschen viel. Das hat überhaupt nichts mit konzeptionellen Überlegungen zu tun, sondern das hat etwas mit Sanierungsfragen des Haushaltes zu tun. Das ist aber wiederum auch nicht richtig plausibel. Herr Heinemann, auf der einen Seite sagen Sie, es gebe seit 2001 bis 2006 8 Prozent mehr für Schulen. Das ist schon mal weggefrassen durch die Inflation. Wenn Sie sechs Jahre kalkulieren, ist da kein Cent mehr, sondern real ist da weniger Geld reingeflossen. Wir reden ja darüber, wo wir eigentlich Schwerpunkte setzen wollen. Ihre Vorsitzende erzählt uns, dass in der Republik zu wenig

C

D

- A Kinder geboren werden. Wenn das der Fall ist, wollen Sie denn angesichts der sinkenden Zahl von Kindern den Eltern dann noch wieder mehr Geld wegnehmen für das Elementare, das Sie jedem Kind angedeihen lassen müssen?

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das Dritte zahlt die Hälfte!)

Es ist eine falsche Schwerpunktsetzung, die Sie da machen. Das werfen wir Ihnen vor.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist natürlich unspektakulär, wenn man eine bestimmte Leistung, wie den Schwimmunterricht, durchfinanziert. Dafür ist die Auswandererhalle beispielsweise ein Glanzlicht. Aber hier ist es elementarer

(Volker Okun CDU: Sie wissen, dass das Äpfel und Birnen sind!)

und an dieser Stelle dürfen Sie sich meiner Wahrnehmung nach nicht versündigen.

Wissen Sie, warum unser Bildungswesen in Hamburg so teuer ist? Weil wir uns auf der Grundlage der bisherigen Schulkämpfe leisten, in Hamburg sämtliche Schultypen parallel nebeneinander anzubieten: Das gegliederte Schulwesen, das Gesamtschulwesen, alle Schulformen nebeneinander.

(Marcus Weinberg CDU: Es gibt auch verschiedene Kinder!)

- B Während alle internationalen Gutachter sagen, fasst den elementaren Bereich und den Sekundarbereich zusammen und differenziert in den Schulen, das ist billiger, erfolgversprechender und fördert alle Kinderbegabungen, sagen Sie, nein, aus sozialen Distinktionsgründen – und nichts anderes ist es – muss ein so teures System unterhalten werden und dafür sparen Sie dann bei den Ärmern und das ist unvernünftig. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, dass Frau Dinges-Dierig heute mit erschreckender Offenheit ihre Maske hat fallen lassen. Sie hat den Begriff benutzt, wir sollten einmal verstehen, worum es geht. Es war heute sehr eindrucksvoll, was man eigentlich unter christdemokratischer Bildungspolitik zu verstehen hat. Sie hat nämlich gesagt, es ginge um gerechte Bildungschancen. Gerechtigkeit heißt bei Ihnen wohl, wenn der Vater und die Mutter schon keinen guten Schulabschluss hinbekommen haben, dann dürfen es die Kinder auch nicht schaffen. Das ist Ihr Begriff von Gerechtigkeit mit der Politik, die Sie hier betreiben.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe bei der CDU – Wolfgang Drews CDU: Das ist doch primitiv!)

– Sie haben Recht, das ist primitiv, aber das ist genau das, was Sie mit Ihrer Politik in dieser Stadt herbeiführen und es gibt dort viele Beispiele.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt das Beispiel der Schulbuchbeteiligung, es gibt das Beispiel des Schwimmunterrichts. Sie machen die HWP platt, wo Menschen bisher eine Chance hatten, zu studieren, die kein Abitur gemacht haben.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie haben keine Ahnung, Herr Neumann!)

Sie schließen und wollen im Grunde die Volkshochschule abwickeln, wo auch Menschen eine Chance bekommen haben, mehr aus ihrem Leben zu machen. Sie wollen mit aller Macht Studiengebühren einführen, obwohl Sie wissen, dass wir eher mehr Menschen brauchen, die hoch qualifiziert sind.

(Robert Heinemann CDU: Davon haben Sie keine Ahnung! Das ist Ihr Problem!)

Wir brauchen mehr Studierende in unserer Gesellschaft und nicht weniger, gerade in Hamburg.

(Beifall bei der SPD – Volker Okun CDU: Sie müssen das Lesen und Rechnen lernen!)

Willi Buss hat das vorhin noch einmal wunderbar vorgezeichnet, welche Belastungen auf unsere Familien zukommen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie hier großspurig versprechen, dass das dritte schulpflichtige Kind einen halbierten Beitrag zahlen muss, wird es mit Ihrer Politik in dieser Stadt bald keine Kinder in einer Familie mehr geben. Es wird keine Drei-Kopf-Kinder-Familien mehr geben.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich messe Sie – und das wissen Sie – nicht an anständigen sozialdemokratischen Maßstäben, sondern ich messe Sie an Ihren eigenen Maßstäben. Vor fast einem Jahr stand der Bürgermeister mit seiner Regierungserklärung hier und hat gesagt, dass Hamburg als eine Metropole des Wissens etabliert werden muss, dass wir eine europäische Spitzenposition erringen müssen und dass wir bereits sehr viel Geld in Bildung investieren, dass das aber noch lange nicht genug Geld ist. Die reale Politik bedeutet aber, dass der Schwerpunkt auch hier ist: Was der Bürgermeister als Politikschwerpunkt definiert, dafür muss besonders viel beim Finanzsenator abgegeben werden.

(Bernd Reinert CDU: Das stimmt nicht!)

Die Bildungspolitik wird nicht von Bildungspolitikern gemacht, wird nicht von Frau Dinges-Dierig gemacht, sondern sie wird von Herr Peiner gemacht. Das ist die Wahrheit dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte noch drei Beispiele ansprechen. Das eine Beispiel betrifft die Konzeptionslosigkeit, Herr Heinemann. Erklären Sie uns doch einmal, warum Sie die Schule Fuchsbergredder in Billstedt noch vor acht Wochen vehement zumachen wollten, die Bezirksversammlung der CDU-Fraktion sogar gesagt hat, sie soll geschlossen werden – Sie waren bei den Veranstaltungen – und gestern Abend wird Frau Michau-Reichmann, der Schulleiterin, mitgeteilt, sie soll eine Ganztagschule werden.

(Wolfgang Beuß CDU: Ist doch toll!)

Wenn das nicht hü und hott ist, wenn das nicht Konzeptionslosigkeit ist, erst platt machen, dann zur Ganztags-

A schule, welchen Beweis wollen Sie denn sonst noch haben?

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Wolfgang Drews CDU*: Gönnen Sie das der Schule!)

Der zweite Hinweis: Wir haben mehr Geld und wir müssen Prioritäten setzen. Der Bürgermeister hat das in seiner Regierungserklärung gesagt, aber Prioritätensetzung heißt dann auch wirklich, Gelder umzuschichten. Es geht nicht darum, anderen etwas wegzunehmen, sondern auch um die Möglichkeiten, die der Bund uns mit den Hartz IV-Mitteln – wir haben das hier schon im letzten Jahr ausgiebig diskutiert – und auch mit der Zustimmung zur Pendlerpauschale bietet, endlich das Geld freizumachen, das wir in unsere Kinder und Jugendlichen investieren müssen. Nutzen Sie die Chance im Bundesrat, die Eigenheimförderung abzuschaffen. Das bringt 102 Millionen Euro für den Hamburger Haushalt. Hartz IV bringt 125 Millionen Euro für den Haushalt.

(*Bernd Reinert CDU*: Jetzt sind Sie beim Reden-Recycling!)

Nutzen Sie dieses Geld für die Investitionen in Kinder und Jugendliche. Das ist der Schwerpunkt, das ist unsere Zukunftsaufgabe und das ist das, was der Bürgermeister vor einem Jahr versprochen hat. Dafür ist er vielleicht auch gewählt worden. Aber all diesen Menschen zeigt er jetzt mit dieser Politik die kalte Schulter, denn es sind die Menschen in Reihenhaussiedlungen, die eben nicht befreit werden, weil sie Hartz IV-Empfänger sind und weil sie nicht an der Elbchaussee wohnen und mit dem Chauffeur in die Stadt fahren, sondern es sind die Busfahrer, es sind die Verkäuferinnen, es ist der gesunde Mittelstand, der Hamburg groß gemacht hat. Die sind es, die von allen Gebühren betroffen werden und für die wir Politik machen müssen und nicht für die Reichen und Schönen an der Elbchaussee. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Herr Neumann! Ich habe versucht, es zu erläutern, aber ich erkläre es Ihnen gerne noch einmal.

(*Michael Neumann SPD*: Sie haben es versucht!)

Das Thema hü und hott Fuchsbergredder.

(*Michael Neumann SPD*: Vorher wollten Sie sie schließen!)

Wir haben gesagt, dass diese Schule in der Region wichtig ist. Deshalb wollen wir sie erhalten.

(*Michael Neumann SPD*: Aber vorher nicht schließen wollen!)

– Wir haben doch einen Abwägungsprozess gemacht und was haben wir getan? Wir haben sie erhalten, weil wir in dem Abwägungsprozess gesagt haben, dass sie für diese Region wichtig ist. Nun ist die Frage, wie man am besten eine Schule erhält in einer Region, in der es vielleicht Probleme mit den Anmeldezahlen gibt? Indem man sie stärkt. Und wie stärkt man eine Schule? Indem man sie zum Beispiel zur Ganztagschule macht. Das ist ein ganz konsequentes Handeln, genau um diese Schule, in dieser Region zu stärken.

(Zurufe von der SPD – Glocke)

C

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wenn man nacheinander spricht, ist die Verständlichkeit viel besser.

(Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

– Das gilt auch für den Abgeordneten Neumann. Herr Heinemann fahren Sie bitte fort.

(Zuruf von *Ingo Egloff SPD*)

– Das gilt auch für den Abgeordneten Egloff.

(*Uwe Grund SPD*: Und Zwischenrufe sind erlaubt! – Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Robert Heinemann (fortfahrend): Das Zweite gilt für das Thema der Schwerpunktsetzung. 8 Prozent mehr bereinigte Betriebsausgaben für den Schulbereich, etwas über 6 Prozent für den Gesamthaushalt. Ich glaube, das ist eine sehr eindeutige Schwerpunktsetzung, denn wenn der Schulbereich über 8 Prozent

(*Michael Neumann SPD*: Ich dachte, Sie sparen!)

und der Gesamthaushalt etwas über 6 Prozent hat, dann haben andere deutlich unter 6 Prozent. Ich glaube, eindeutiger kann man keine Schwerpunkte setzen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

– Ja, wir geben mehr Geld aus, Herr Neumann. Gucken Sie einmal in den Haushalt. Lesen bildet.

D

(*Michael Neumann SPD*: Und deshalb werden alle Frauenhäuser zugemacht!)

Zum letzten Punkt – ich kann mich da gerne wiederholen, ich habe es nämlich schon vor zwei Wochen gesagt –: Wir haben unter anderem ein Problem damit, dass 42 Prozent aller Akademikerinnen keine Kinder mehr bekommen und das ist nicht nur eine Geldfrage, sondern das ist eine Frage von vielen, vielen anderen Themen. Ein Thema ist natürlich die Betreuung und deshalb investieren wir hier in Hamburg in Kitas.

(*Petra Brinkmann SPD*: Verteuern! Sie verteuern das alles!)

Deshalb haben wir sie ausgebaut und deshalb investieren wir auch in Ganztagssschulen, was Sie über Jahre nicht geschafft haben mit Ihrer einen läppischen Ganztagschule pro Jahr.

(Beifall bei der CDU)

Herr Neumann, vielleicht überzeugen Sie ja die Zahlen. Gucken Sie sich noch einmal die Geburtenratenentwicklung an: Deutschland negativ,

(*Britta Ernst SPD*: In Frankreich!)

Berlin minus 5,8 Prozent, Hamburg plus 1,6 Prozent.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema liegen mir nicht vor. Dann rufe ich das zweite, von der GAL-Fraktion angemeldete Thema auf:

A Sportstadt Hamburg geht baden – der Senat empfiehlt: drei Hallenbäder schließen!

Das Wort bekommt Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Weiß irgendjemand von Ihnen noch, was wir am 19. Februar 2003 hier debattiert haben?

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sie werden es uns gleich sagen!)

Ihr Gedächtnis ist auffallend schlecht. Wir haben damals einen gemeinsamen Antrag aller Abgeordneten verhandelt zum Thema "Feuer und Flamme" für die Olympia-Bewerbung 2003. Was ist aus dieser Gemeinsamkeit, aus dieser Gemeinschaft nach knapp zwei Jahren geworden? Ich würde das ganz knapp mit außen hui, innen pfui benennen. Das scheint das zu sein, was der Senat derzeit bei seinem Leitprojekt Sportstadt Hamburg gedenkt zu tun.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Um das zu dokumentieren: Auf der einen Seite erleben wir die notwendigen Anstrengungen für die Fußballspiele der WM 2006 in Hamburg. Ich kann auch schon in den Augen mancher Senatsmitglieder die Vorfreude darauf sehen, dass sie stolze Besitzer der VIP-Karten sein werden, die bei diesen Spielen vergeben werden.

(Wolfgang Ploog CDU: Ist das so?)

B Das erfolgreiche Bemühen um die Triathlon-WM und andere Großevents in Hamburg sind ehrenwert und notwendig. Das möchte ich deutlich betonen, wenn wir das sportpolitische Image hier in Hamburg international und national verbessern und wandeln wollen. Doch die Rechnung wird derzeit ohne diejenigen Sportlerinnen und Sportler in den Hamburger Vereinen in Hamburg gemacht: Die Jungen, die Alten, die Behinderten, die, die nur so zum Spaß Sport machen, die, die es für ihre Gesundheit tun, die es als Wettkampfsport betreiben und all diejenigen, die zumeist ehrenamtlich Jugendliche von der Straße holen oder anderweitig Menschen für Sport und Gesundheit motivieren. Sie sind jedoch diejenigen, die die Grundlage nicht nur für die sportlichen Erfolge bilden, sondern auch für den Imagewandel hier in Hamburg und das scheint der Senat zu vergessen.

Einige Beispiele: Im vergangenen Sommer kündigte der Senat einseitig das Sportförderkonzept auf und verlangt ab 2006 eine Betriebskostenbeteiligung der Sportvereine. Die meisten von Ihnen werden gesehen haben, wie das Votum des HSB gestern ausgefallen ist. Dieses Vorhaben wird einhellig abgelehnt.

(Michael Neumann SPD: Das ist höflich formuliert! Eine Ohrfeige war das!)

Das wollen die Hamburger Sportvereine nicht und sie können es auch nicht leisten, wenn sie ihren Aufgaben weiterhin gerecht werden wollen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wer von Ihnen gestern Abend dabei war, hat die Empörung gehört, dass die Menschen, die dort aktiv sind – und das sind immerhin ungefähr 500 000 Menschen, also knapp ein Drittel dieser Stadt –, mit dem seitens des Senats respektlosen Umgang ihrer Arbeit in den Vereinen nicht einverstanden sind und dass sie auch die Gering-

C schätzung, die aus dem Senatshandeln deutlich wird, für ihre Arbeit, auch ihre gesellschaftspolitische Arbeit, in dieser Stadt nicht akzeptieren. Das Vertrauen zu den Vereinen ist gestört, zu Bruch gegangen und das zum Schaden dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Zum Schulschwimmen haben wir schon einiges gehört. Das muss ich nicht wiederholen, Sie können es außerdem in der "taz" von heute ausführlich nachlesen, welche absurden Dinge dort getrieben werden.

Aber wir kommen zu der Folge von dem Schulschwimmen. In der Folge – das hat der Senat richtig erkannt, auch wenn die Konsequenzen ironisch sind, anders kann man sie nicht verstehen – muss man die Mindereinnahmen durch die Streichung des Schulschwimmens bei Bäderland irgendwie auffangen, um das Betriebsdefizit nicht noch mehr zu vergrößern. Deshalb werden kurzerhand drei Bäder geschlossen. Das kann doch wirklich nicht alles sein, was dem Senat zu diesem Problem einfällt,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sportstadt!)

nur diese drei Bäder schließen in Stadtteilen, die sowieso infrastrukturell und von der Einkommenssituation der Bewohnerinnen und Bewohner eher zur schwächeren Region der Stadt zählen. Da kann doch nur ein Schelm denken, dass diese Entscheidung kein Zufall ist.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

D Senator Dr. Freytag behauptet, die Entscheidungsgrundlage sei transparent gemacht worden, es sei einzig und allein nach Fakten und Zahlen entschieden. Das ist kompletter Quatsch. Bisher verweigert der Senat jede Information über die Entscheidungsgrundlage und das ist auch kein Beitrag dazu, das Vertrauen zwischen Sport, Politik und Senat in dieser Stadt wieder herzustellen.

(Volker Okun CDU: Ihre Anfrage ist doch beantwortet worden!)

Die Konsequenzen sind fatal. Schätzungsweise 30 Prozent der Trainingszeiten für die Schwimmsportvereine werden wegfallen, wenn das so umgesetzt wird. Die Feuerwehr sitzt für ihre Schwimmsportausbildung auf dem Trockenen und die Behindertentrainingsgruppen können genauso wie die Kitas, die Schulen oder auch nur Eltern, die ihre Kinder zu einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung geben wollen, sehen, wo sie bleiben. Das ist mit den angedeuteten Konsequenzen des vorherigen Themas auch fatal für Hamburg, dass wieder die Familien die Lasten tragen müssen.

Doch damit nicht genug.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Sie müssen zum Schluss kommen. Ihre Redezeit ist überschritten.

Dr. Verena Lappe (fortfahrend): Ja, das ist schade.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Darauf kommt es aber nicht an.

Dr. Verena Lappe (fortfahrend): Ich kann ja noch ein zweites Mal kommen.

- A Ich komme zum Schluss. Die Rettung für Hamburg wäre, hier stopp zu sagen und mit diesen Planungen aufzuhören, die Beteiligten an den Tisch zu holen, zu diskutieren und vor allen Dingen Transparenz zu schaffen bei der Entscheidungsgrundlage. Das ist das, wozu wir Sie auffordern wollen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist bei weitem überschritten.

Dr. Verena Lappe (fortfahrend): Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Nieting.

Clemens Nieting CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, geschätzte Kollegin, Frau Dr. Lappe! Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich vielleicht ähnlich reden, wie Sie es getan haben.

(*Michael Neumann SPD*: Weil sie Recht hat!)

– Nein, Herr Neumann, nicht Recht in allen Punkten, aber ich muss zugestehen, dass Sie in einigen Punkten durchaus Recht haben.

Es ist richtig, wenn Sie beispielsweise behaupten, dass es Probleme vor Ort gibt, wenn Schwimmbäder geschlossen werden. Selbstverständlich ist das so, für die Bürger, die betroffen sind, ebenso wie für die Vereine. Aber ich bin nicht an Ihrer Stelle und meine Kollegen in der CDU-Fraktion sind es auch nicht. Wir würden auch lieber regieren, wenn die Stadtkasse voll und der Haushalt ausgeglichen ist. Aber weder das eine noch das andere ist der Fall. Ich will jetzt auch gar nicht darauf eingehen, woran das liegen könnte.

(Zuruf von der CDU: Das wissen wir alle! – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Da könnte man sicherlich einiges sagen, aber die Situation ist wie sie ist. Die Gesamthaushaltsslage ist dramatisch. Das jährliche Defizit der Bäderland GmbH liegt bei über 17 Millionen Euro und nun stellt sich die Frage, wie man damit umgeht. Schulden weiter erhöhen? Das könnte man machen, wollen wir aber nicht, denn das hieße, nachfolgende Generationen zusätzlich zu belasten und Probleme nur zu vertagen, anstatt sie zu lösen. Dann werden es in einigen Jahren nicht drei Hallenbäder, sondern vielleicht fünf oder noch mehr.

Frau Dr. Lappe, ein Schwimmbad zu schließen, tut weh, nicht nur den Bürgern, nicht nur den Vereinen, nicht nur der Opposition, nein, ganz besonders auch uns von der CDU. Ich gebe zu, dass auch bei uns heftig diskutiert wurde, wie viele und welche Bäder es denn sein sollen. Ich muss sagen, dass ich allerhöchsten Respekt vor Andreas Ernst habe, der sich intern außerordentlich stark für das Bramfelder Hallenbad macht.

(Beifall bei der CDU)

Oder, Herr Neumann, auch vor Volker Okun, dem kein Vertreter von SPD oder GAL das Wasser reichen kann, wenn es darum geht, Lösungen für das Bismarck-Bad zu erarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem sagen beide, ja, wir tragen Schließungen von Bädern mit, wenn sie denn nicht zu vermeiden sind, auch dann, wenn es gegebenenfalls das Bad in meinem Stadtteil treffen sollte. Wir stimmen zu, wenn das Gesamtkonzept sozial fair ist, alle Möglichkeiten geprüft wurden und tragbare Alternativlösungen für die betroffenen Bürger und Vereine gefunden werden. Meine Damen und Herren! Natürlich spielt bei der Auswahl der zu schließenden Bäder die Höhe des jährlichen Defizits genauso eine Rolle wie die Höhe eines möglichen Investitionsstaus. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sollen diese Zahlen aber nicht alleine über Erhalt oder Schließung eines Bades entscheiden. Wir wollen weitere Punkte in die Entscheidung einfließen lassen. Zum Beispiel ist uns wichtig, dass gewährleistet ist, dass bei einer Schließung das nächste Bad in zumutbarer Entfernung erreichbar ist. Gegebenenfalls muss hierfür auch an eine Anpassung einer Busverbindung gedacht werden.

Ein weiterer Punkt. Alle Freibäder der Bäderland GmbH bleiben bestehen, denn Freibäder haben speziell für sozial schwächere Familien, insbesondere in der Zeit der Sommerferien, eine herausragende Bedeutung und dem tragen wir Rechnung.

(*Lutz Kretschmann-Johannsen SPD*: Im Winter ist das schwierig!)

Freibäder erfüllen aber noch eine andere Funktion. Sie führen Menschen zusammen, alte und junge, deutsche und ausländische Mitbürger. Hier gelingt Integration viel besser, als in jedem Bürgerhaus oder Haus der Jugend und auch wenn die Sommer in Hamburg meist recht kurz sind, wollen wir auf diesen Vorteil nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein Punkt. Mögliche Verkaufserlöse aus Badschließungen sollen in den Bestand der weiter bestehenden Bäder investiert werden und bei Investitionsvorhaben sind selbstverständlich die örtlichen Schwimmvereine mit einzubeziehen.

Wir sind mit unseren Überlegungen aber noch nicht am Ende. Wir wollen beispielsweise auch geprüft wissen, ob im Einzelfall bei einer Schließung ein Neubau eines kompakteren, kleineren Funktionsbades in Betracht kommen könnte ebenso wie eine mögliche Übernahme von Bädern zum Beispiel durch den Hamburger Schwimmverband. Für uns gibt es bei dieser Diskussion keine Denkverbote. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der Abgeordnete Schmidt.

Jürgen Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war gestern schon sehr eindrucksvoll, dass Vertreter von knapp 800 Vereinen, die immerhin 500 000 Sportlerinnen und Sportler in Hamburg vertreten, die beabsichtigte Sportsteuer abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Gestern ist schon gesagt worden, dass dies ein Sieg für den Breitensport, eine Niederlage für die Senatorin und eine Ohrfeige für die CDU und den Bürgermeister ist, denn Sie haben 14 Tage vor der Wahl noch Stein und

- A Bein geschworen, dass es eine Nutzungsgebühr nicht geben werde.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch kein Betriebsunfall. Ihre ganze Einstellung zeigt, dass der Breitensport Ihre Sache nicht ist, anfangen vom Vorwort im Sporthaushalt. Dort fehlt zum ersten Mal die Feststellung, dass der Breitensport ein Schwerpunkt ist. Es geht ja auch schlecht, wenn man dort streicht. Sie sind nicht einmal ansatzweise auf die Idee gekommen, den Sport so zu behandeln, wie Sie es mit den Studiengebühren machen wollen. Die Studiengebühren sollen an die Hochschulen zurückfließen, beim Sport soll die abgezockte Nutzungsgebühr zum Stopfen von Haushaltslöchern dienen. Ihre massiven Versuche der Verhinderung, diese für den Sport so existentielle Frage der Sportsteuer im Sportausschuss zu erörtern, sind ein weiteres beredtes Beispiel.

Ihre Wagenburgmentalität zeigt sich, wenn die Senatorin heute den Sport auffordert, Vorschläge zu machen. Meine Damen und Herren von der CDU und vom Senat, Sie müssen nachdenken.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Einfach einzugestehen, dass man mit Bäderschließungen und überproportionalen Kürzungen den Schwimmsport kaputtmacht, wäre eine Äußerung, die hier im Hause angebracht wäre. Sie verstehen nicht, dass der Sport hervorragende gesellschaftliche Arbeit leistet. Der Sport, so gestern Dr. Augner, Vorsitzender des Rissener Sportvereins, ist ein Sparbeitrag in sich. Der Breitensport hat seine große Kompetenz bei der Integration von Kindern und Jugendlichen immer wieder gezeigt.

B

Nun kommen Sie wahrscheinlich mit dem Argument, alle müssten sparen. Zunächst – das will ich noch einmal ausdrücklich wiederholen – haben Sie ein Wahlversprechen gebrochen und das ist schon von großer Bedeutung. Aber es stimmt nicht, wenn Sie sagen, alle müssen sparen, ich denke nur an Ihre Leuchttürme Elbphilharmonie, Tamm-Museum, Jungfernstieg.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das wollen Sie alles nicht, sagen Sie es!)

Dann kommt wahrscheinlich von Ihrer Seite wieder der berühmte Spruch, das seien doch Investitionen. Richtig, aber dafür muss der Steuerzahler auch durch die Zinsen jährlich in Millionenhöhe bluten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Vereine und Sportler fühlen doch, dass der breite Konsens der Olympia-Bewegung verloren geht. Auch innerhalb des Sports gibt es ein krasses Ungleichgewicht. Da wird auf der einen Seite draufgepackt – Großveranstaltungen, Sportevents, HSV-Trainingsplätze unter dem Deckmantel der WM 2006 –, aber Trainingsplätze an der Flurstraße und der Hagenbeckstraße sind vorhanden. Die mit 13,8 Millionen Euro ausgestattete Marketing-Gesellschaft muss nun auch noch bekennen, dass es mit der Sportstadt Hamburg nicht weit her ist. Eine Sportstadt kann und darf nicht allein durch Sportevents und Spitzensport geprägt sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Breitensport ist wichtig, ja lebensnotwendig. Er hat in Hamburg durch 44 Jahre SPD-Politik die anerkannte

- Spitzenstellung in Deutschland erfahren und jedermann weiß, dass Schwimmen dazugehört.

C

(Beifall bei der SPD)

Wie kann man Bäder schließen, wenn man eine wachsende Stadt propagiert, oder besteht eine wachsende Stadt nur aus Leuchttürmen, wie Sie das nennen? Senator Freytag hat in einem Interview zur Bäderschließung erklärt, zur politischen Kultur gehöre, Entscheidungen transparent und nachvollziehbar zu machen. Dann erklären Sie doch den Betroffenen in den Stadtteilen, warum Sie nicht die Besucherzahlen veröffentlichen. Zwischenzeitlich wissen wir, dass die drei Bäder im Vergleich hervorragende Zahlen haben.

(Lachen bei Volker Okun CDU)

Warum werden zwei verhältnismäßig nahe beieinander liegende Bäder in Wandsbek geschlossen? Wie erklärt sich die Aussage des Senats, zur eventuellen Weiterführung der Bäder mit verschiedenen Institutionen in Kontakt zu treten, wenn auf der anderen Seite die Bäderland GmbH immer wieder erklärt, Konkurrenz käme nicht infrage? Nehmen Sie denn die Äußerung Ihres Wandsbeker Bundestagsabgeordneten dazu gar nicht zur Kenntnis?

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Jürgen Schmidt (fortfahrend): Lassen Sie mich noch einen letzten Satz hinzufügen. Es kann nicht angehen, dass es in Hamburg einen Olympia-Stützpunkt mit einem Leistungszentrum Schwimmen gibt und wir in Zukunft gar keine Schwimmer mehr haben.

D

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir fordern den Senat auf, auf den Sport mit konstruktiven Vorschlägen zuzugehen und die Nutzungsgebühr in der Rumpelkammer zu lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! An Ihrer Stelle, Herr Schmidt, würde ich mich, was Finanzckdaten von Haushalten angeht, etwas bedeckter halten, denn den finanziellen Scherbenhaufen, den Hamburg jetzt hat, haben Sie uns hinterlassen.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Fakten: Hamburg hat 26 öffentliche Bäder und das ist bundesweit ein Spitzenwert. Diese Spitzenstellung wird Hamburg auch erhalten bleiben, wenn wir künftig 23 Bäder betreiben. Hamburg ist und bleibt eine herausragende Sportstadt.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Reden reicht nicht!)

Der Bäderbereich macht jährlich mehr als 17 Millionen Euro Verlust; das bedeutet pro Tag 50 000 Euro. Dieser

- A Defizitvortrag muss jeden Tag von den Steuerzahlern übernommen werden.

(*Michael Neumann SPD*: Ihr Gehalt wird jeden Tag von Steuergeldern bezahlt und das ist auch Verlust!)

Im Gesamthaushalt haben wir jeden Tag eine Deckungslücke von 1,5 Millionen Euro und das heißt, dass wir zum Handeln gezwungen sind. Es nützt überhaupt nichts, um den heißen Brei herumzureden. Zum verantwortlichen Handeln in einer dramatischen Finanzkrise gehört auch Sparen, insbesondere auch dann, wenn es unpopulär ist. Wir sagen im Gegensatz zu Ihnen, Herr Neumann, den Menschen die Wahrheit,

(*Michael Neumann SPD*: Wir sagen nach der Wahl dasselbe wie vor der Wahl!)

auch wenn die Wahrheit unangenehm ist. Am harten Sparen führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Wir lehnen es ab, zulasten unserer Kinder und der Folgegeneration die Staatsverschuldung, die Sie verursacht haben, noch weiter auszuweiten.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Niemand macht so viele Schulden wie Sie!)

Wir lehnen es ebenfalls ab, in Milliardenhöhe Tafelsilber zu verscherbeln, um damit Löcher im Haushalt zu stopfen, was SPD-Senate über Jahrzehnte gemacht haben.

(*Michael Neumann SPD*: Niemand verkauft so viel wie Sie!)

B

Dieser Weg ist ein Irrweg, den wir nicht gehen werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Staatsverschuldung nicht weiter ankurbeln.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Das tun Sie doch!)

Wir werden keine sinnlose Verscherbelung von Staatsvermögen vornehmen. Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich, das ist für Sie nicht angenehm, aber dennoch notwendig zu sagen. Wir haben alle Bäder in Hamburg auf den Prüfstand gestellt

(*Michael Neumann SPD*: Stellen Sie sich mal selbst auf den Prüfstand!)

und Fakten für Fakten die Kriterien durchdefiniert. Es sind folgende Kriterien zur Anwendung gekommen: Kostenwirtschaftlichkeit, Investitionsbedarf, regionale Versorgung – ein sehr wichtiger Punkt –, Attraktivität, bauliche und konzeptionelle Entwicklungsmöglichkeiten der Bäder, kumulierte Besucherzahl der zu schließenden Bäder, Auswirkungen auf die Bevölkerung, Höhe des kumulierten Einsparpotenzials, Höhe des wegfallenden Sanierungsbedarfs, regionaler Versorgungsgrad unter Berücksichtigung des Wettbewerbs, stadtentwicklungsbezogene Aspekte. Auf dieser Basis ist ein sehr sorgfältiger Vorschlag unterbreitet worden für Bäder, die massive Verluste haben.

(*Michael Neumann SPD*: Sie wollten auch Schulen schließen und machen daraus Ganztagschulen!)

Gleichzeitig – das ist uns ganz wichtig – werden wir das 1995 erstellte bisherige Bäderkonzept durch ein völlig

neues Bäderkonzept ablösen, das wir jetzt entwickeln und in diesem Jahr noch vorstellen werden. Es wird breit kommuniziert werden mit den Nutzern der Einrichtungen und den politischen Gremien. Besonders profitieren werden die Nachbarbäder der zu schließenden Einrichtungen, denn es ist vorgesehen, in den Nachbarbädern besondere Investitionen vorzunehmen, insbesondere auch im Bad Ohlsdorf, das eine herausragende Stellung hat. Das heißt, wir werden die regionale Versorgung sogar noch verbessern und attraktivere Bäder schaffen, als wir sie jetzt haben.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Denken Sie an die Redezeit!)

Unsere Politik wird sich an den Notwendigkeiten orientieren, auch wenn diese unangenehm sind. Wir machen keine Schönwetterpolitik, wir sagen die Wahrheit und die Wahrheit ist, dass wir in allen Bereichen sparen müssen.

(*Michael Neumann SPD*: Sie sparen gar nicht! Ammenmärchen!)

Wir werden das verantwortungsbewusst tun. Hamburg wird auch mit 23 Bädern weiterhin Spitze in der Bundesrepublik sein.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Senator Freytag, zu diesem ganzen Wust von Ausführungen kann ich gar nicht in fünf Minuten Stellung nehmen, aber erlauben Sie mir eine Anmerkung. Sie sprechen davon, eine regionale Versorgung zu verbessern. Was wollen Sie denn noch verbessern, wenn gar nichts mehr da ist? Das kann doch wohl nicht angehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Natürlich verbraucht Ihre Regierung Geld und Sie investieren Geld in Projekte, die für uns vielleicht keine Priorität haben; ich nenne nur das Tamm-Museum oder die U 4. Diese Gelder sind dann natürlich weg und stehen nicht mehr zur Verfügung.

Und natürlich verkaufen Sie auch Hamburgs Tafelsilber, das möchte ich hier einmal richtig stellen.

(*Michael Neumann SPD*: Mehr denn je!)

– Mehr denn je, genau.

(Beifall bei der GAL)

Ich komme wieder zurück zu den Realitäten in Hamburg. Mit dem Vorhaben, drei Hamburger Schwimmbäder zu schließen, geht Hamburg nicht nur als Sportstadt baden, sondern, Herr Neumann, erreicht auch in puncto Familienfreundlichkeit einen absoluten Gefrierpunkt. Ich denke, das ist für Sie als junge Familie ja auch sehr wichtig.

(*Michael Neumann SPD*: Genau!)

Unpopulär, aber notwendig – unpopulär ist Ihr Lieblingswort, Herr Senator – nennen Sie Ihre Entscheidung, dass hier gespart werden soll. Herr Senator, wenn Ihre Senatorin für Familie, Frau Schnieber-Jastram, Ihnen nicht einmal sagen kann, was wirklich notwendig ist,

C

D

A (Michael Neumann SPD: Sie weiß es nicht! Woher denn!)

dann müssen wir das als Opposition tun.

(Beifall bei der GAL)

Notwendig ist es nämlich, dass die Kinder Schwimmen lernen und das nicht nur aus einem sportlichen Aspekt heraus, sondern auch aus schlichten Sicherheitsgründen. Notwendig ist es dafür auch, dass es Schwimmbäder gibt – Sie nicken –, denn haben Sie schon mal Trockenschwimmen gemacht? Trockenschwimmen ist doof.

(Beifall bei der GAL)

Aber vielleicht gibt es eine neue Disziplin für diese Regierung, die Hamburg als Sportstadt sehen will. Eine Medaille für Trockenschwimmen kann ja auch ganz attraktiv sein und ist so kostengünstig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist keine Luxusforderung, wenn ich sage, diese Schwimmbäder in einer Stadt, die knapp 1,8 Millionen Einwohner hat, müssen stadtteilnah liegen. Ein Schwimmtourismus, bei dem die Eltern ihre Kinder quer durch die ganze Stadt karren müssen, wenn sie es überhaupt können, oder die Kinder selber quer durch einen so großen Bezirk wie Wandsbek fahren müssen, ist absolut falsch.

(Beifall bei der GAL)

Notwendig ist auch, das Schwimmen als Freizeitangebot für Familien, Kinder und Jugendliche zu erhalten. Und wenn es uns wirklich ernst damit ist, die Kinder von den Straßen und aus den Kaufhäusern von den PCs wegholen zu wollen, dann müssen wir ihnen Angebote machen und das Schwimmbad ist ein stadtteilnahes Angebot vor Ort, wo sie ohne viel Aufwand hingehen können.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Wann waren Sie da das letzte Mal?)

– Mit Ihnen, Herr Hesse, nehme ich das noch immer auf. 200 Meter im Freistil, ich glaube, da gucken Sie ganz schön in die Röhre.

(Beifall bei der GAL)

Sport ist einfach mehr – das hat der Kollege von der SPD schon richtig gesagt – als nur die Veranstaltung der Sport-Highlights, als Hansemarathon oder Triathlon. Sportliche Freizeitgestaltung ist nämlich auch einfaches Freizeitschwimmen und das heißt für die Kinder und Jugendlichen Spielen und Toben im Wasser. Das ist wichtig für die Entwicklung und für die Gesundheit, das wollen wir fördern und dazu brauchen wir Schwimmbäder.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nun höre ich unseren Senator sagen, wir haben doch nur drei Schwimmbäder geschlossen, wir haben noch so viele und dann gibt es ja auch noch die tollen Clubs. Und die anderen Schwimmbäder bauen wir noch viel besser aus, kompakter, da kommt noch ein bisschen Wellness hinein. Herr Senator Freytag, das ist typisch für einen Senator, der seine Planungen und Gedanken vom Tisch in der Behörde aus plant, aber überhaupt nicht begreift, was real in den Stadtteilen vor Ort los ist.

(Beifall bei der GAL – Dr. Diethelm Stehr CDU: Das sehen Sie an den Besucherzahlen!)

Schwimmen und Tobemöglichkeiten bietet Wellness nicht und ein Eintritt in einen Club kann sich höchstens der Senator leisten, aber nicht die Familien, die meisten jedenfalls nicht. Kinder unter zwölf Jahren dürfen auch nicht in den Club, davon einmal abgesehen. Vielleicht hat die Senatorin Schnieber-Jastram noch Möglichkeiten, ihren Familienpass zu erweitern. Dann macht es wenigstens Sinn, denn ohne Schwimmbäder macht der Familienpass sonst wenig Sinn. Es gibt keine Alternative als den Erhalt dieser Schwimmbäder und es gibt schon gar keine überflüssigen Schwimmbäder.

Lassen Sie mich noch kurz Wandsbek erwähnen. Wandsbek ist der größte Bezirk, einer der kinderreichsten Bezirke und Sie schließen 50 Prozent der Schwimmbäder vor Ort. Haben Sie sich einmal überlegt, welche Auswirkungen das auf das Schulschwimmen hat? Es gibt jetzt schon keine Schwimmzeiten und die Schulen werden gar nicht die weiten Wege in 45 Minuten schaffen, um ihren Kindern überhaupt die Möglichkeiten des Schwimmens zu geben.

(Michael Neumann SPD: Deswegen gibt es ja Ganztagschulen!)

Meine Damen und Herren! Das Problem der Fabriciusstraße ist schlicht und ergreifend, dass Kinder da gerne hingehen, weil es für sie so attraktiv und stadtteilnah ist, aber Kinder bringen eben zu wenig Profit. Was haben wir dann stattdessen? Einen Stadtteil und einen Ort ohne Schwimmbad.

Ich komme zu meinem Schlusssatz. Frau Senatorin Schnieber-Jastram, tun Sie mir bitte einen Gefallen, setzen Sie sich mit Herrn Freytag hin und kratzen Sie das Logo der Familienfreundlichkeit von Ihren Faltblättern. Hamburg hat es nicht verdient.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Michael Neumann SPD: Der Senat!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Okun.

Volker Okun CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg ist und bleibt eine herausragende Sportstadt, die kontinuierlich weiterentwickelt werden wird, und zwar im Sinne des Leitbilds des Senats der Sportstadt Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Wenn ich Ihren Ausführungen und Ihrer Argumentation folge, so ist das, was hier von Ihnen dargebracht wird, der Einstieg in die Fortsetzung einer unseriösen Haushaltspolitik der vergangenen 40 Jahre Ihrer Regierungszeit; anders kann ich das leider nicht bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Haushaltskonsolidierungspolitik dieses Senats gibt es keine Alternative. Das Ziel ist ein ausgeglichener Betriebshaushalt seit 2006 und eine jährliche Reduzierung der Neuverschuldung um 50 Millionen Euro. Nur dieser Kurs führt zu einer dringend notwendigen Rückgewinnung von notwendigen Handlungsspielräumen, die die Stadt für die Sicherung ihrer Zukunftsfähigkeit, für die Zukunftsfähigkeit ihrer Bürger und auch für die des Sports

- A und der Sportler in unserer Stadt braucht. Den Weg, den der Bund geht, die Ausgaben über verstärkte Neuverschuldung zu finanzieren, ist ein Irrweg, den Hamburg nicht gehen wird und darf. Deswegen ist der Weg des Senats in der Bäderland-Konzeption, den die Fraktion ausdrücklich unterstützt, ohne echte Alternative, nämlich eine langfristige Sicherung der Bäderlandschaft im Rahmen eines Zukunftskonzepts, welches der Bürgerschaft noch im Verlaufe des Jahres 2005 vorgelegt werden wird. Bäderschließungen, meine Damen und Herren von der Opposition, sind auch notwendig, weil sich gerade während Ihrer Regierungszeit der Zustand dramatisch verschlechtert hat. Zahlreiche Bauten im zweistelligen Bereich sind noch aus den Sechzigerjahren.

(*Michael Neumann SPD*: Irgendwann baut man mal Schwimmbäder!)

Die Technik ist völlig überholt, die Gebäude sind in einem schlechten Zustand. Sie haben einen Investitionsrückstau hinterlassen, der nicht mehr finanzierbar ist. Zur Vorgehensweise der Entscheidungen zu Schließungen und der denkbaren Alternativen haben Senator Dr. Michael Freytag und mein Kollege, Herr Nieting, Stellung bezogen. Hamburg bleibt übrigens auch nach den geplanten Schließungen von drei öffentlichen Schwimmbädern bundesweit Spitze mit 23 verbleibenden Bädern, anders übrigens als Berlin, wo in den letzten zweieinhalb Jahren 14 öffentliche Bäder geschlossen worden sind, eine Stadt, die einen sozialdemokratischen Bürgermeister hat.

(*Michael Neumann SPD*: Und die vorher von der CDU in die Pleite gerammt wurde!)

- B Zweitens beklagen Sie die Kürzungen beim Schulschwimmen, weil die Nutzer des Schwimmsports und des Schulschwimmens Vollkosten zu tragen haben; so argumentiert Ihr sportpolitischer Sprecher immer. Dabei vergessen Sie natürlich, dass Ihr Senat 1996 die Vollkostendeckung eingeführt hat und seitdem dieses Entgelt erhoben wird. Beschweren Sie sich also bei Ihrem alten Senat und nicht bei der Regierung dieses Senats.

(Beifall bei der CDU)

Drittens beklagen Sie die Reform beim Schulschwimmen. Dabei wird vom Senat gerade beim Schulschwimmen sichergestellt, dass jedes Kind – ich betone: jedes Kind – kostenlos eine Schwimmbildung bis zum Ende der vierten Klasse erhält. Damit wird der Schwerpunkt im Schulschwimmen bei der Ausbildung der Nichtschwimmer gelegt und das finden wir richtig.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Ausführungen belegen also vielerlei sachliches Fehlen von Grundlagen oder sind heiße Luft.

Nun will ich aus aktuellen Gründen aber auf die denkwürdige außerordentliche Vorstandssitzung des Hamburger Sportbunds eingehen, die gestern im Zusammenhang mit dem 10-Eckpunkte-Papier stattgefunden hat. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich kann Ihre Aufregung überhaupt nicht verstehen und rate auch Herrn Kollegen Schmidt zur Vorsicht bei voreiligen Schlüssen. Passiert ist doch Folgendes: Senat und Sport haben mehr als sechs Monate über einen Konsolidierungsbeitrag des Sports, der von diesem gar nicht infrage gestellt wird, verhandelt und sich geeinigt. Das HSB-Präsidium hat – übrigens einstimmig – zweimal mit dem gesamten

Präsidium dieses Ergebnis und den Vertrag einstimmig bestätigt. Gestern – das ist in der Tat richtig – haben die Vereine ihre Verhandlungsgruppe zurückgepfiffen

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Betroffenen!)

und ihrem Präsidium das Mandat entzogen. Aber unverändert gilt natürlich, dass der Sport am Zuge ist. Er muss erstens mit einer neuen abschlusslegitimierten Verhandlungsgruppe auf den Senat zugehen und neue Verhandlungen anstreben.

(*Michael Neumann SPD*: Sie wollen was vom Sport!)

Zweitens muss er, Herr Neumann, hinreichende Vorschläge machen, wie der Konsolidierungsbeitrag real erbracht werden kann. Die Auffassung meiner Fraktion dazu ist völlig klar.

(*Michael Neumann SPD*: Sie regieren die Stadt!)

Erstens werden die durch den Sport erbrachten Einsparungen durch Eigenleistungen vollends angerechnet und zweitens werden die 2,5 Millionen Euro durch eigene Sparvorschläge erbracht; die Nutzungsgebühr ist vom Tisch. Wir erwarten, dass die Gespräche jetzt aufgenommen werden und zu einem guten Ergebnis kommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte mich hier nicht melden,

(*Bernd Reinert CDU*: Nun ist es doch passiert!)

aber was Herr Dr. Freytag hier gesagt hat, bedarf einer Richtigstellung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erstens: Diese Stadt verschuldet sich kontinuierlich, seit der Senat von der CDU geführt wird. In den letzten drei Jahren ist die Verschuldung absolut und relativ gestiegen und daran gibt es keine Zweifel; das zeigen einfach die Zahlen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zweitens: Selbstverständlich verkauft dieser Senat öffentliches Vermögen, und zwar mehr und schneller als alle Senate vor ihm. Das Einzige, was in dieser Stadt rapide wächst, ist der Verkauf von öffentlichen Unternehmen. Auch das sind Zahlen, darüber gibt es keine Diskussion.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Drittens: Sie hätten die 25 Prozent der HEW nicht verkaufen müssen. Warum haben Sie es getan? Also hören Sie auf, hier herumzureden.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD*: Heulen!)

Viertens: Sie haben politische Prioritäten und Sie haben Posteriotäten. Und Posteriotäten nachrangiger Politikgebiete benutzt man, um zu sparen. Stehen Sie dazu, Bäder sind für Sie nachrangig, Kinder und Familien auch. Warum geben Sie es nicht einfach zu? Das glaubt Ihnen doch jeder.

C

D

A (Beifall bei der SPD und der GAL)

Fünftens: Mit Sachzwängen und Sparen haben die Bäder und das Schulschwimmen wirklich absolut nichts zu tun.

(Volker Okun CDU: Das ist ein Irrtum!)

Was machen Sie in Ihrer Finanzpolitik? Sie finanzieren über Einsparungen bei öffentlichen Unternehmen, wie zum Beispiel die Bäderland GmbH, über zusätzliche Verschuldung bei öffentlichen Unternehmen, wie zum Beispiel SAGA, GWG, WK, über Abführung von Dividenden von öffentlichen Unternehmen, über Ihr Investitionsprogramm, das nach wie vor nicht finanziert ist, Ihre Leuchtturmprojekte und dafür zahlen die Hamburgerinnen und Hamburger mit verschlechterten Leistungen. Das ist Tatsache und sonst gar nichts.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist nicht so, dass es keine Alternative gibt, und Sie wissen das auch, Herr Okun. Sie wollen doch nicht, dass das Bismarck-Bad geschlossen wird und Sie wissen auch, dass das politisch anders möglich ist. Also wieso diesen Eiertanz? Was ist das denn für eine Fraktion, die sich vor ihren Senat stellt und sagt, der macht alles richtig und intern dann ganz unruhig wird? Da rollt dann der getretene Wurm ab und zu, wie wir heute noch merken werden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Freytag.

B **Senator Dr. Michael Freytag:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Endlich, Herr Zuckerer, können wir wieder wie in alten Zeiten Haushaltsdebatten führen; das finde ich prima.

(Michael Neumann SPD: Erinnern Sie sich mal, was Sie damals gesagt haben!)

Die Zwischenrufe von Herrn Zuckerer waren auch besser als Ihre, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte ein Faktum festhalten, Herr Zuckerer. Sie haben behauptet, dieser Senat hätte mehr Tafelsilber verkauft als alle SPD-Senate vorher; das ist wirklich ein Ammenmärchen. 5 Milliarden Euro haben SPD-geführte Senate von 1990 bis 2000 an den Mann oder an die Frau gebracht. Sie haben systematisch Tafelsilber vernichtet und in die Löcher des Haushalts gestopft. Sie haben diese Finanzkrise ganz entscheidend verursacht und nicht dieser Senat.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Freytag, Sie haben sich vorhin auf ein Bäderkonzept von 1996 bezogen. Meines Wissens nach gibt es ein Konzept von 1999. Sie scheinen nicht so ganz auf dem aktuellen Stand zu sein. Dieses Konzept enthält umfangreiche Detailplanungen, um Bäderland auf einen guten Sanierungsweg zu bringen. Das Unternehmen war erfolgreich. Sie könnten gut und vertrauensvoll mit Bäderland weiter zusammenarbeiten,

um das Unternehmen weiter zum Erfolg zu bringen. Stattdessen wird ihnen die Grundlage weggenommen. Sie gefährden damit die flächendeckende Versorgung mit Schwimmbädern in Hamburg, was nicht – wenn ich das richtig in Erinnerung habe – dem Antrag der CDU-Fraktion vom Dezember entspricht.

(Bernd Reinert CDU: Das Gegenteil ist der Fall!)

ein bedarfsgerechtes und flächenadäquates Angebot vorzuhalten. Die Reaktionen der Menschen dieser Stadt zeigen, dass das nicht bedarfsgerecht und flächenadäquat ist. Das wird Ihnen noch ganz böse auf die Füße fallen vom Schaden dieser Stadt.

(Volker Okun CDU: Das ist ja nicht die Wahrheit! – Beifall bei der GAL)

– Herr Okun, natürlich ist das die Wahrheit.

Herr Nieting hat vorhin erneut mit dieser lustigen Freibadgeschichte angefangen und daran seine Sorge um die Integration der Alten, Jungen, Behinderten und Emigranten in dieser Stadt zum Ausdruck gebracht. Daran wird aber genau deutlich, was Ihr Integrationskonzept ist, nämlich gerade mal für im Durchschnitt von 30 Tagen im Jahr und nicht für das ganze Jahr. Das ist genau das Problem mit Ihnen. Und hierauf werden Ihre Entscheidungen getroffen. Das kann nicht sein und ist auch nicht im Interesse dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Hallenbäder sind natürlich auch Integrationsorte. Das wollen Sie nicht wahrhaben. Stattdessen wollen Sie die vermeintlich billigeren Freibäder aufrechterhalten. Darüber muss man auch einmal nachdenken.

(Doris Mandel SPD: Aber da stellen Sie die Heizung ab!)

Zu guter Letzt wird dann noch Herr Peiner in der "Bild"-Zeitung zitiert – das haben vielleicht einige gelesen –, dass er möglicherweise auch noch die städtische Lotto- und Toto-Gesellschaft verhöckern will.

So viel zum Verscherbeln von öffentlichem Tafelsilber

(Michael Neumann SPD: Mal sehen, an wen er das verhöckern will!)

und so viel dazu, dass möglicherweise die zweite Säule des Sportförderkonzeptes bisher infrage gestellt ist. Das ist alles keine Basis für die Sportstadt Hamburg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Maier für maximal drei Minuten.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Senator Freytag, Sie sind ein richtig kontrafaktischer Senator. Sie erzählen uns, dass Sie die Verschuldung der Stadt stoppen wollten. Sie haben von 2001 bis 2006 die Verschuldung der Stadt um jährlich 1 Milliarde gesteigert. In den vier Jahren vorher stieg die Verschuldung um jährlich 936 Millionen. Das heißt, Sie haben schneller verschuldet als Rotgrün.

Weiterhin sagen Sie, dass Sie weniger Tafelsilber verkauft haben. Von 2001 bis 2005 rechnen Sie mit einem Betriebsmitteldefizit von 2,9 Milliarden. Das haben Sie ausschließlich durch den Verkauf von Tafelsilber gedeckt und von den 5 Millionen Verkäufen, die Sie dem rotgrün-

- A nen Senat beziehungsweise der SPD vorwerfen, haben Sie in den ersten beiden Jahren die Rücklagen genutzt, um überhaupt Ihren Betriebshaushalt decken zu können.

Das heißt, Sie leben sogar noch verstärkt von Verkäufen der Stadt und wollen das auch noch fortsetzen. Darüber hinaus muss man noch festhalten, dass in den vier Jahren, in denen Rotgrün regiert hat, die Ausgaben im Betriebshaushalt jährlich um durchschnittlich ein halbes Prozent gestiegen sind. Seitdem Sie an der Regierung sind, sind sie jährlich durchschnittlich um 1,2 Prozent gestiegen, trotz rückläufiger Steuereinnahmen.

Hören Sie auf, den soliden Senator zu geben und hier Behauptungen aufzustellen, die einfach mit den Tatsachen nichts zu tun haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Senator Dr. Freytag, bitte.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir kommen der Sache sehr gut auf den Grund. Wir führen jetzt nämlich eine Haushaltsdebatte, weil das die Ursache aller Probleme ist, die wir jetzt haben.

(Günter Frank SPD: 44 Jahre!)

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, Herr Dr. Maier, dass wir hier einen Zusammenhang haben. Wir wollen Einsparmaßnahmen im Betriebshaushalt auch als Grundlage unserer Haushaltspolitik fortsetzen.

- B (Dr. Monika Schaal SPD: Wer regiert hier eigentlich? – Doris Mandel SPD: Aber Ihr nehmt es von den Kleinen!)

Wir werden nicht vor den notwendigen Konsequenzen wegtreten, auch wenn es unangenehm ist.

Wir haben gleichzeitig, Herr Dr. Maier und Herr Zuckerer, entschieden, dass wir über ein Sonderinvestitionsprogramm durch interne Umschichtung und Vermögensmobilisierung Folgendes tun: Wir werden diese 1 Milliarde von 2005 bis 2010 investieren, ohne die Staatsverschuldung zu erhöhen. Wir werden dazu eigene Mittel verwenden, um aus altem ein neues Vermögen zu machen.

Sie haben als SPD-geführte Senate, zeitweise mit Unterstützung der GAL, jahrelang ausschließlich verkauft, um die Gelder in die Löcher des Haushaltes zu versenken. Wir wollen die Nettokreditaufnahme um jährlich 50 Millionen senken, obwohl uns das in der jetzigen Haushalts- und Steuersituation schwer fällt, wo wir durch Steuermindereinnahmen genau so dramatisch belastet sind wie andere Kommunen.

Wir haben aber eine klare Konzeption und die heißt, keine Politik zulasten der Nachfolgegeneration.

(Doris Mandel SPD: Zulasten der Familien!)

Wir werden dort investieren, wo wir neue Zukunftsfelder bedienen, und Kredite für Investitionen nur dann aufnehmen, beispielsweise für Straßenbau, Schul- oder Hochschulbau, wo es unbedingt nötig ist. Ansonsten – und das haben wir zum Ausdruck gebracht – wollen wir mit dem Sonderinvestitionsprogramm von über 1 Milliarde ausschließlich ohne neue Verschuldung auskommen und so mit eigenem Geld die neuen Investitionen tätigen. Das ist

eine Finanzpolitik der Zukunft, zu der Sie nicht in der Lage gewesen sind.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Senator Freytag, das war ein klassischer Themenwechsel. Wir werfen Ihnen vor, dass Ihre Behauptung aus der ersten Runde nicht stimmt. Sie haben die Stadt weiter verschuldet und es wurde doch Tafelsilber für die Betriebshaushaltslücke verkauft. Jetzt wechseln Sie das Thema, indem Sie sagen, dass Sie zukünftig ein Sonderinvestitionsprogramm von 1 Milliarde aus Vermögensverkäufen vornehmen werden. Hiervon war gar nicht die Rede.

(Volker Okun CDU: Aber das gehört zum Thema! – Bernd Reinert CDU: Aber das ist richtig!)

Es ging um Ihre falsche Behauptung aus der ersten Runde. Ihre falsche Behauptung, dass Sie in der Zeit bis 2005 kein Vermögen versilbert hätten

(Volker Okun CDU: Aber nicht in den Betriebshaushalt!)

und die Verschuldung nicht weiter vorantreiben würden. Es ist einfach faktisch so, dass Sie sie schneller vorangetrieben haben und dass Sie im gleichen Ausmaß Vermögen in den Betriebshaushalt gesteckt haben, sogar noch etwas stärker als vorher.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die ganze Debatte hat schon etwas Merkwürdiges, wenn ich den Gedanken und Worten von Herrn Dr. Maier und Herrn Zuckerer folge. Dann höre ich aus Ihren Reihen, dass die Finanzlage der Stadt dramatisch ist. Und Sie haben Recht.

Wenn wir uns bemühen, den Haushalt der Stadt durch notwendige und schmerzhaftige Einsparungen zu konsolidieren,

(Dr. Monika Schaal SPD: Das machen Sie doch gar nicht!)

dann stellen sich alle Ihre Fachpolitiker hin und sagen, dass wir aber das genau in diesem Bereich nicht machen dürfen. Das sei politisch grundfalsch. Mit dieser Bewusstseinsspaltung leben bitte Sie, aber werfen Sie uns nicht die Schuld vor.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Dr. Maier, wenn wir dann noch einmal kurz auf die Entwicklung von Einnahmen

(Zuruf von Manuel Sarrazin GAL)

und Ausgaben sowie auch auf die Schuldenentwicklung dieser Stadt eingehen wollen, dann bleibt festzuhalten, dass in den Neunzigerjahren bei starken Zuwächsen an Steuereinnahmen die Verschuldung der Stadt in ganz gewaltigem Maße gestiegen ist und dass wir, seitdem wir regieren oder an der Regierung beteiligt sind, jedes Jahr

- A das Problem gehabt haben, dass die Steuereinnahmen immer noch unter dem Niveau des Jahres 2000 liegen.

(Jens Kerstan GAL: Und trotzdem haben Sie die Ausgaben erhöht!)

Ich möchte nicht wissen, wo Hamburg heute finanziell stünde, wenn Sie mit Ihrer Politik hätten weitermachen können.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Sie inszenieren sich immer sehr mühevoll in der Ausweglosigkeit Ihrer Politik. Es ginge nicht anders und es gäbe keine Alternativen. Es gibt klare Alternativen zu dem, was Sie tun.

(Bernd Reinert CDU: Es gibt keine bessere Alternative!)

Wir müssen hier deutlich sagen, dass es hier zwei Alternativen gibt. Daher ist die heutige Debatte eine sehr gute für das Parlament und die Öffentlichkeit, weil nämlich deutlich wird, was Sie und was wir, die Oppositionsparteien, wollen.

Sie wollen, dass die Schwimmbäder geschlossen werden und unsere Kinder keine bildungspolitischen Schwerpunkte sind. Sie wollen das Museum Tamm und die Elbphilharmonie sowie unbedingt eine U-Bahn bauen. Das sind die Widersprüche und die Alternativen, vor denen unsere Stadt steht.

- B (Beifall bei der SPD und der GAL – Bernd Reinert CDU: Sie vergleichen nicht Äpfel und Birnen, sondern Äpfel und Kröten!)

Hier muss man deutlich sagen, sei es durch den Wortbeitrag von Walter Zuckerer oder auch von Herrn Maier aus den letzten Haushaltsdebatten, dass kein Senat so schnell oder heftig auf der Überholspur Gas in den Schuldenstaat gegeben hat wie dieser Senat. Schuldenkönig ist Herr von Beust und niemand anders. Hier kann man sich auch nicht herausreden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Übrigens, was das Jahr 2010 angeht: Sie haben einen Regierungsauftrag bis 2008, aber wenn Sie so weitermachen, haben Sie nicht mehr die Gelegenheit, bis 2010 zu regieren.

Was die heutige Debatte zeigt, ist, ob wir in Leuchtturmprojekte investieren wollen. Walter Zuckerer hat einmal sehr schön gesagt: Leuchttürme leuchten im Dunkeln besonders hell. Oder wollen wir in die Stärken der Stadt investieren? Das sind die Zukunftsinvestitionen: Bildung, Kindertagesheimbetreuung, Vorschule, Schule und auch Universitätsstudium. Das sind die Zukunftsressourcen. Hierin wollen wir Sozialdemokraten investieren. Sie möchten schlichtweg Leuchttürme im Hafen bauen. Das ist die Alternative, vor der die Stadt und die Menschen stehen. Sie haben die Möglichkeit, zu entscheiden. Damit ist ihre Politik nicht ausweglos, sondern es gibt eine klare Alternative. Die Menschen sollen diese kennen und wissen. Ich bin sicher, dass sie dann auch die richtige Entscheidung treffen werden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Die kennen die Alternative und haben Sie abgewählt! – Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Vielleicht ist es auch ein Zeichen dafür, dass sich im Grunde genommen Ihre Ära schon nach einem Jahr dem Ende zuneigt. Die zuständige Fachsenatorin, Frau Dinges-Dierig, äußert sich zu diesem Thema überhaupt nicht. Gestern gab es eine schallende Ohrfeige für die Verhandlungsgruppe des HSB und das Ergebnis, was sie mit Frau Dinges-Dierig ausgehandelt haben. Dazu spricht die Dame überhaupt nicht. Hier wird abgelenkt.

(Bernd Reinert CDU: Wenn Sie das Thema Bäderland anmelden, spricht der fachlich zuständige Senator!)

Was die Finanzpolitik betrifft, wird hier Sand in die Augen gestreut. Die zuständige Schulsenatorin spricht nicht zu der Sache, die gestern vorgefallen ist.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Dann müssen Sie anders anmelden!)

Sie spricht nicht darüber, dass unsere Schülerinnen und Schüler nicht mehr Schwimmen lernen. Das zeigt deutlich, dass sie wohl selbst nicht mehr das Vertrauen oder das Vertrauen des Bürgermeisters hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zum Punkt 3 unserer heutigen Tagesordnung, Drucksache 18/1522: Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichtes.

D

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts – Drucksache 18/1522 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Frau Martens abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und von Herrn Randt Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Ich bitte, die Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel in die Wahlurne.

Ich darf nun Frau Thomas bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen.)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und die Stimmabgabe abgeschlossen ist.

- A Damit erkläre ich die Wahlhandlung für geschlossen. Ich bitte nun, die Stimmenaushändigung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenaushändigung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.54 Uhr

Wiederbeginn: 16.59 Uhr

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind 113 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren keine Stimmzettel ungültig, also waren 113 Stimmzettel gültig. Herr Dr. Jürgen Westphal erhielt 93 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen. Damit ist Herr Dr. Westphal erneut zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich bitte nun Herrn Dr. Westphal, hier nach vorne in unsere Mitte zu kommen.

Herr Dr. Westphal, die Bürgerschaft hat Sie eben erneut zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu darf ich Ihnen die Glückwünsche des ganzen Hauses aussprechen. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

Dr. Jürgen Westphal: Ja, ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

- B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Da Sie bereits Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts sind, haben Sie den Eid nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht vor der Bürgerschaft schon geleistet. Eine erneute Vereidigung ist nicht erforderlich. Ich wünsche Ihnen im Namen des ganzen Hauses als Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts weiterhin eine glückliche Hand in Ihrer Amtsführung, alles Gute, Glück und auch Befriedigung für Ihr Amt.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zu den Punkten 3 a und 3 b der heutigen Tagesordnung: Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde sowie der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drucksache 18/1668 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres – Drucksache 18/1670 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden sollen. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen je ein Feld für Zustimmung, für Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Stimmzettel gel-

ten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführerinnen nun bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.*

Ich rufe Punkt 9 auf, Drucksache 18/1501: Bericht des Eingabenausschusses über seine Informationsreise nach Serbien-Montenegro vom 2. Oktober bis 7. Oktober 2004.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Informationsreise nach Serbien-Montenegro vom
02.10.2004 bis 07.10.2004 – Drucksache 18/1501 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Ploog.

Wolfhard Ploog CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Drucksache 18/1501 hat der Eingabenausschuss dem Parlament den Bericht über die Informationsreise nach Serbien-Montenegro und in den Kosovo vorgelegt. Ich freue mich, dass ich Ihnen damit auch einen Ausschnitt aus unserer Arbeit vorstellen kann.

Einen Schwerpunkt bildet immer wieder die zu treffende Entscheidung des Eingabenausschusses über das Schicksal vieler Bürgerkriegsflüchtlinge, insbesondere darüber, ob sie zurückkehren müssen, hier bleiben dürfen oder wie ihre Zukunft aussieht. Das ist eine wichtige und zentrale Angelegenheit. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass wir heute an dieser prominenten Stelle einmal über diese Arbeit berichten dürfen.

Erlauben Sie mir, dass ich in Ergänzung der Drucksache noch einige weitere Erläuterungen gebe. Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass es im Vorfeld der Reise leider einige Spekulationen über die Sinnhaftigkeit dieser Reise gab, was uns unverständlich war. Diejenigen, die den Bericht gelesen haben, werden sicher keine Spekulationen mehr anstellen. Nun ist unsere Arbeit nicht immer so transparent, dass sie sich von allein erklärt. Deswegen haben wir diesen Bericht sehr ausführlich und für jede Frau und jedermann nachvollziehbar dargestellt.

Anlass der Reise – um das noch einmal zu wiederholen – war unter anderem zu erkunden, ob wir es verantworten können, Bürgerkriegsflüchtlinge – hier insbesondere Angehörige bestimmter ethnischer Gruppen, vornehmlich Roma, – gegen deren Willen zurückzuführen oder nicht.

Welche Erkenntnisse hat die Delegation gewonnen? Woche für Woche – das habe ich eben gesagt – befasst sich der Eingabenausschuss mit den Eingaben verzweifelter Menschen, die als Bürgerkriegsflüchtlinge vor Jahren vom Balkan zu uns kamen, um in Sicherheit leben und überleben zu können, nun aber in die Heimat zurück müssen, weil eine Verfolgung nicht mehr droht und weil

* Ergebnisse siehe Seite 1147 B.

- A ein dauerhaftes Bleiberecht leider nicht immer gewährt werden kann.

Diese Menschen haben alle Mitglieder im Eingabenausschuss immer wieder gebeten, eine adäquate Lösung für sie zu finden. Das ist nicht immer einfach und menschlich sehr schwierig. Ich bin davon überzeugt, dass es niemanden in diesem Hause gibt, der Menschen in ein ungewisses Schicksal geben will. Wir haben diese Reise deshalb unternommen, weil wir Ungewissheit darüber hatten, in welches Schicksal wir diese Menschen eigentlich entlassen.

Trotz bestimmter restlicher Unsicherheiten muss auch das Parlament immer wieder mit darüber befinden, ob Menschen zurückreisen müssen oder nicht, ob sie bleiben oder zurück sollen. Diese Entscheidungen fielen uns seit langem schwer. Dazu haben vor allem die Berichte über die Lebensbedingungen in Serbien, in Montenegro und im Kosovo beigetragen, die wir schon seit einigen Jahren hören.

Diese Berichte waren teilweise sehr erschreckend und niederschmetternd. Die Gegebenheiten, in die die Menschen zurückkehrten, waren für uns so wenig vorstellbar, dass wir uns einfach entschließen mussten, die Situation vor Ort zu erkunden und mit eigenen Augen zu betrachten. Wir wollten uns selbst dort auch die notwendigen Informationen holen. Das haben wir alle für sehr, sehr wichtig erachtet. Ich glaube, am Ende der Reise konnten wir feststellen, dass dies auch wichtig war.

- B Wir haben uns mit den Gesprächen, die wir mit den Regierungsvertretern und mit den Vertreterinnen und Vertretern der dort tätigen Organisationen geführt haben, eine bestimmte Sicherheit über das geschaffen, was die zurückkehrenden Menschen erwartet.

Dies war vor allem deshalb wichtig, weil derzeit noch circa 1250 Menschen aus Serbien und Montenegro in Hamburg leben. Dazu kommen noch circa 900 Menschen aus dem Kosovo, die eigentlich alle ausreisepflichtig wären, von denen aber viele ganz einfach Angst vor der Rückkehr haben. Diese Menschen haben existenzielle Ängste, die wir sehr ernst nehmen müssen, weil sie freiwillig eben nicht zurückkehren möchten.

Wir benötigen dieses Wissen um die Lebensverhältnisse, weil wir dann in den Entscheidungen sicherer sein würden. Ergänzend dazu – um Gewissheit zu finden – ist es für mich wichtig, dass ich eine Verantwortung für meine eigene Entscheidung tragen kann. Ich muss mit dem, was ich entscheide, auch am nächsten Tag noch zufrieden sein können. Auch wenn ich nicht zufrieden bin, muss es aber doch so sein, dass ich die Entscheidung verantworten kann.

Dass die Delegation auch noch in den Kosovo reisen konnte, war ein ganz besonders glücklicher Umstand. Das haben wir alle so bewertet. Wir haben uns dort ganz hautnah und aktuell nicht nur die brisante politische Lage verdeutlichen lassen können. Wir konnten – das war noch wichtiger – mit Roma-Vertretern,

(Antje Möller GAL: Das waren keine Roma!)

mit aus Deutschland zurückgekehrten jungen Frauen und Männern, Gespräche führen, die unter anderem mit Hilfe Deutschlands weiter in der deutschen Sprache gefördert werden. Wir haben dort auch mit Vertretern UN-Organisationen Gespräche geführt.

C Die so gewonnenen Erkenntnisse bedeuten, dass auch auf längere Sicht nicht jeder Bürgerkriegsflüchtling sofort zurückreisen muss. Die Erkenntnisse zeigen auch mir, dass die Lage der Menschen vor Ort und damit auch die Lage der Rückkehrpflichtigen schwierig ist und für eine lange Zeit schwierig bleiben wird. Die Einzelheiten möchte ich nicht wiederholen; diese können Sie in dem Bericht nachlesen. Wir haben das dort dokumentiert.

So viel sei aber gesagt: Wer in die genannten Gebiete zurückkehren muss, hat nicht ohne Weiteres den Zugang in die dortigen Sozial-, Gesundheits- und in die Bildungssysteme, was bei uns selbstverständlich ist. Wer nicht registriert ist, darf sich nicht niederlassen. Es gibt also eine große Anzahl von Schwierigkeiten für die Menschen, die dorthin zurückkehren. Wer nicht nachweisen kann, von dort zu kommen, wird nicht registriert und darf sich dann auch nicht niederlassen. Wenn er sich niederlässt, hat er nicht den Zugang zu den Systemen. Das ist ein teuflischer Kreis.

Das gilt für alle Menschen gleichermaßen, trifft auch die ethnischen Minderheiten, die es ohnehin schwerer haben. Es ist für sie schon deshalb schwieriger – das haben wir dort eindrucksvoll feststellen können –, weil sie anders leben. Das muss man respektieren. Sie sollen auch anders leben können. Man kann ihnen keinen Stempel aufdrücken und ihnen nicht sagen, anders leben zu sollen. Das muss so hingenommen werden. Deswegen besteht für uns eine besondere Pflicht, ihnen den Zugang in die dortigen Systeme zu erleichtern. Wie machen wir das? Welche Sicherheiten können wir diesen Menschen mitgeben? Welche Erkenntnisse haben wir gewonnen?

D Wir können Ihnen sicher Hinweise und Ratschläge geben. Wir können auch gemeinsam mit dem Senat die Ausreisen gründlicher und auch besser vorbereiten, als es vielleicht in dem einen oder anderen Fall geschehen ist. Hierin liegt für mich der politische Erfolg dieser Reise. Er liegt aber auch – das ist besonders zu betonen – in dem Vertrauen, das wir im Namen dieses Parlaments den Institutionen und auch den einzelnen Menschen vor Ort vermitteln konnten, dass sich das Parlament der Freien und Hansestadt Hamburg einfühlsam, aber auch kompetent und engagiert um diese betroffenen Menschen bemüht. Ob wir bei unseren Entscheidungen immer richtig liegen, wage ich nicht mit einer hundertprozentigen Festigkeit zu behaupten. Darüber richten andere. Ich glaube aber, wir konnten dort sehr gut vermitteln, dass wir das hier sehr ernsthaft betreiben.

Für die Bereitschaft des Senats – und hier insbesondere für die der Innenbehörde –, uns nach unserer Reise – das ist jedenfalls auch noch einmal besonders deutlich geworden – zu folgen und zu begleiten, darf ich mich für meine Fraktion sehr herzlich bedanken.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus der Sicht der Regierungsfraktion war die Reise ein voller Erfolg, den wir nun auch auf unsere politischen Entscheidungen übertragen müssen. Wir setzen unsere Arbeit weiter mit Sensibilität und Augenmaß fort. Ich darf Sie alle bitten, uns hierbei zu unterstützen und zu begleiten. Das sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich erbeten.

Ich möchte meinen Beitrag zu dem Bericht des Eingabenausschusses nicht beenden, ohne nicht auch noch Worte des Dankes zu finden. Frau Präsidentin, ich hoffe, dass ich keinen großen Fauxpas begehe, wenn ich zu-

- A nächst einmal Worte des Dankes an den Eingabendienst finde, – namentlich an Frau Friederike Geyer, die das alles mit einer bewundernswerten Sorgfalt so vorbereitet hat –, dass wir auf der Reise alle Punkte so wahrnehmen konnten, wie wir uns das gewünscht hatten.

(Beifall im ganzen Hause)

Dann möchte ich noch einen ganz herzlichen Dank an unsere Juristin, Frau Dr. Ina Tjardes, für die Begleitung, für den Rat und den Bericht in der Drucksache 18/1501 aussprechen, den sie ganz maßgeblich gestaltet hat,

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

dessen Lektüre die Reiseteilnehmer jeden einzelnen Punkt noch einmal neu erleben lässt. Ein Dankeschön geht auch an die Delegation, an Frau Cords, Frau Möller und Herrn Grapengeter. Es war harmonisch und angenehm mit Ihnen. Es ließ mich in Ihrem Kreise bestimmte Eindrücke leichter ertragen, die sonst nicht so einfach zu ertragen sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Cords.

Ingrid Cords SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Viel anderes kann ich dem Bericht von Herrn Ploog nicht hinzufügen. Aber trotzdem lassen Sie mich den Bericht mit meinen Worten ergänzen und kommentieren.

- B Der Eingabenausschuss legt hier einen Bericht über eine besondere Reise mit humanitärem Hintergrund vor. Das ist das Besondere an dieser Reise. Der ausführliche Bericht spricht für sich. Ich möchte einige Bemerkungen zu den Beweggründen der Reise hinzufügen.

Die Empfehlung, dass dieser Bericht von allen Abgeordneten auch als Grundlage für ihre Arbeit in anderen Ausschüssen dienen kann, möchte ich nur am Rande einfügen.

Schon seit Anfang 2003 bestand bei Mitgliedern des Eingabenausschusses der Wunsch, die Lebensverhältnisse in einigen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Eine große Anzahl der Eingaben von Kriegsflüchtlings aus dem Balkankrieg, die durch den Hamburger Senat beziehungsweise die Behörden immer drängender zur Rückkehr in ihre Heimatländer aufgefordert wurden, mussten im Eingabenausschuss entschieden werden. Eine Diskrepanz zwischen den Schilderungen der Petenten über die Lebensbedingungen in den Nachfolgestaaten einerseits und den offiziellen Lageberichten des Auswärtigen Amtes beziehungsweise der Innenbehörde andererseits war offensichtlich. Berichte über schreckliche Lebenssituationen von Minderheiten erreichten die Öffentlichkeit. Schilderungen von zurückgekehrten deutschen Brigadeeinheiten des KAFOR-Einsatzes in Serbien-Montenegro zeigten ebenfalls ein abweichendes Bild.

Den Mitgliedern im Eingabenausschuss war aufgrund dieser unterschiedlichen Schilderungen eine eigene Vor-Ort-Einschätzung als Grundlage für die Beratungen und Beschlüsse über zur Rückkehr verpflichtete Jugoslawienflüchtlinge von zunehmender Bedeutung. Endlich konnte

- C diese Reise im Oktober 2004 nach einigen politischen, administrativen Hakeleien stattfinden.

Unsere kleine Delegation hat sich in nicht weniger als 26 offiziellen Gesprächen durch beeindruckende Schilderungen von hochrangigen Vertretern des Internationalen Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen, von freiwilligen Nichtregierungsorganisationen – zum Beispiel vom Roten Kreuz – über deren Tätigkeit informiert. Ebenso haben uns Vertreter von deutschen Bundesbehörden über ihre Aufgaben und Projekte in Serbien-Montenegro und im Kosovo ausführlich berichtet.

Unsere Delegation konnte so umfassende Eindrücke über das Gesundheitssystem, die Wohnverhältnisse, über das Schulwesen und die Arbeitsmöglichkeiten in Serbien-Montenegro gewinnen. Natürlich ist die Betrachtungsweise durch die Brille hoch motivierter Berater und Mitarbeiter geprägt, aber sie ergeben in der Gesamtschau ein realistisches, einheitliches Bild der komplexen und schwierigen Lage, in der sich das Land immer noch befindet. Oft war es der Delegation möglich, durch eigene Kontakte und Gespräche mit Rückkehrern aus Deutschland diese Schilderung zu vertiefen. Nun komme ich zu einem Fazit dieser Reise.

Erstens: Die Abgeordneten haben in wenigen Tagen die diplomatischen, hoch offiziellen Lageberichte des Auswärtigen Amtes überprüfen können.

Erkenntnis: Zwischen den Zeilen zu lesen, ist eine Kunst. Die Gelegenheit zu haben, sich vor Ort kundig zu machen, ist weiterhin wichtig und notwendig.

Zweitens: Auf der Grundlage der gesetzlichen Rückkehrverpflichtung der ehemaligen Kriegsflüchtlinge sollte die Umsetzung der Durchführung zielbezogener vermittelt werden.

Für die Volksgruppe der Roma könnten hier zum Beispiel im Rahmen der Rückführung Erleichterungen für die Reintegration in ihre ehemaligen Heimatregionen gestaltet und damit erleichtert werden. Mit Zertifikaten beziehungsweise Zeugnissen wie Geburtsurkunden der in Deutschland geborenen Kinder, Aufenthalts- beziehungsweise Meldebescheinigungen ist eine Eingliederung in die serbischen Sozialsysteme schneller möglich.

Die stellvertretende Ministerin für Menschen- und Minderheitenrechte der Staatenunion Serbien und Montenegro appellierte in diesem Zusammenhang noch einmal eindringlich an die Hamburger Delegation, keine ernsthaft erkrankten Personen zurückzuführen, leicht erkrankte Personen für eine Übergangszeit mit Medikamenten auszustatten und – ein weiterer Appell – bis auf Weiteres keine Personen nach dem Kosovo abzuschicken. Eine besondere Verantwortung muss dabei den traumatisierten Kriegsflüchtlings zuteil werden.

Drittens: Die Akzeptanz für eine freiwillige Rückkehr der Kriegsflüchtlinge aus Hamburg muss durch Beratung und gezielte Vorbereitung unterstützt werden.

Das Interesse der Abgeordneten für diese Reise war – soweit ich das feststellen konnte; das hat auch Herr Ploog schon angedeutet – nicht von parteipolitischen Interessen geprägt. So könnten die Ergebnisse dieser Reise konstruktiv für die Betroffenen in die Entscheidungen und Beschlüsse im Eingabenausschuss einfließen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen besonderen Dank – außer dem Dank, den Herr Ploog den Mitarbei-

- A tern des Eingabendienstes ausgesprochen hat – anschließen. Diese Reise wäre ohne die Vorbereitungen und die Hilfe der Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Belgrad und dem Deutschen Verbindungsbüro im Kosovo, die für die Sicherheit und die Vielzahl der Gespräche gesorgt haben, so nicht möglich gewesen. Deshalb unser besonderer Dank auch dorthin. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Möller.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir kommen nach dieser gemeinsamen Reise um das Fazit, Verantwortung zu übernehmen, nicht herum.

Hamburg hat nicht nur eine kleine Delegation des Eingabenausschusses in das ehemalige Jugoslawien geschickt, sondern auch die Ausländerbehörde war mit einer Delegation zumindest in Serbien. Das bedeutet einmal mehr, dass es gemeinsam darum gehen muss, aus diesen Eindrücken, die ich ganz ähnlich sehe, wie sie von Frau Cords und Herrn Ploog geschildert wurden, aus dem Erlebten ein Fazit zu ziehen, das zum politischen Handeln führt. Das fehlt aus meiner Sicht bei Ihrem Beitrag, Herr Ploog.

Es ist schwer, sich über das Erlebte zu streiten, aber es ist sicherlich notwendig, über das politische Fazit zu streiten. Damit will ich einmal beginnen.

- B Alle drei Länder haben sehr deutlich gesagt, dass es für ethnische Minderheiten Probleme unterschiedlichen Ausmaßes gibt, die uns zum politischen Handeln zwingen. Alle drei Länder haben gesagt, dass vor allem die medizinische Versorgung für die Zurückgekehrten teilweise dramatische Situationen zur Folge hat. Der Zugang zum System in Bezug auf die medizinische Betreuung, aber auch zum Sozialsystem insgesamt – wie beispielsweise zu den Renten und anderen Unterstützungen, mögen sie auch noch so gering sein – ist nicht ausreichend gewährleistet. Therapie- und Behandlungsmöglichkeiten gibt es teilweise gar nicht oder nur sehr eingeschränkt.

Der Zugang zur Bildung – das ist mindestens so dramatisch – für die zurückgekehrten vor allem für die Jugendlichen und die Kinder ist nahezu nicht gegeben. Lediglich in Montenegro gibt es eine Schulpflicht, die für die ethnischen Minderheiten auch durchgesetzt wird.

Zu dieser Aufzählung, die nicht vollständig ist, kommt als letzter Punkt das Thema Obdachlosigkeit. Die meisten der Rückkehrerinnen und Rückkehrer, die einer ethnischen Minderheit angehören, leben in Sammelunterkünften, in Flüchtlingslagern und sie haben nicht die Möglichkeit, zu eigenem Wohnraum zu kommen.

Das sind Probleme, auf die uns nicht nur die schon genannten Ministerien oder sonstigen Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen der einzelnen Länder aufmerksam gemacht haben, sondern die internationalen Institutionen, die vor Ort sind. Der UNHCR, UNMIG und auch die jeweiligen deutschen Vertretungen vor Ort haben sehr deutlich über diese Probleme mit uns geredet. Das heißt wieder, dass an dieser Stelle politisches Handeln gefragt ist.

C Ich vermisste von der CDU eine Initiative. Es reicht nicht zu sagen, die Fälle im Eingabenausschuss mit dem Senat ganz gut hinzukriegen, der – ich wiederhole das noch einmal – seine eigene Reise gemacht, deswegen die Eindrücke genauso wie wir mitgenommen hat und diese natürlich sofort in administratives Handeln umsetzen könnte. Er tut das nicht. Deswegen muss man deutlich sagen, dass es hier eine politische Initiative von Hamburg geben muss, die zum Beispiel auf alle anderen Innenminister in Bezug auf das Thema – um einen Aspekt zu nennen – medizinische Versorgung übergehen sollte.

Wir haben im Kosovo erfahren, dass es in Dänemark ein Verfahren gibt, wo alle Personen, die abgeschoben werden sollen, weil sie nicht freiwillig zurückkehren wollen, einem unabhängigen medizinischen Gutachter vorgeführt werden, um den tatsächlichen Gesundheitszustand so beschreiben zu können, dass die Organisationen, die im Kosovo – also vor Ort – Hilfe und Betreuung organisieren, davon ausgehen können, dass die Beschreibung des Gesundheitszustands auch dem tatsächlichen entspricht. Das wäre aus meiner Sicht eine politische Initiative, die in Hamburg gestartet werden sollte. Das kann die Mehrheit in diesem Parlament mit Leichtigkeit tun und es würde den Senat auch überzeugen können. Diese Initiative fehlt. Das ist bedauerlich.

Für Serbien gilt insbesondere, dass Rückreisen in jeder Form – auch das ist hier schon gesagt worden – nur dann stattfinden können, wenn die für die Registrierung notwendigen Dokumente vorhanden sind. Das geht zurück bis zu den Schulzeugnissen, die sicherlich nicht alle Familien hier über die letzten zehn oder 14 Jahre gesammelt haben. Das heißt, auch hier wäre eine politische Initiative notwendig.

D Es ist der Ausländerbehörde sehr deutlich zu machen, dass es nicht reicht, Passersatzpapiere zu besorgen, sondern es muss dafür gesorgt werden, dass den Ausreisenden die notwendigen Dokumente zwar nicht zur Verfügung gestellt – sie müssen sie im Grunde genommen selbst besorgen –, aber es muss ihnen dazu die Gelegenheit gegeben werden, bevor sie abgeschoben werden. Sonst enden die Familien dort im Flüchtlingslager oder in der Obdachlosigkeit. Das können wir nicht verantworten. Wir waren vor Ort und wissen, wohin die Personen geschickt werden. Es wäre für die Mehrheitsfraktion leicht, diese Initiative zu starten.

(Beifall bei der GAL)

Es reicht zum Beispiel auch nicht aus, dass die Ausländerbehörde – seitdem der Hinweis von uns kam – nicht einfach jeden, der aus dem ehemaligen Jugoslawien kommt, nach Belgrad zurückschickt, sondern dass es weiter sehr wohl einen Unterschied macht, ob ein Kosovo-Serbe nach Belgrad geschickt wird oder ob ein Roma ins Kosovo oder nach Montenegro abgeschoben werden soll. Jetzt gibt es für die Einzelfälle, die der Eingabenausschuss behandelt, die Möglichkeit, tatsächlich einen Albaner, der ins Kosovo zurück möchte, auch nach dort und nicht automatisch nach Belgrad zu schicken. Herr Ploog hat gesagt, dass hier die Zusammenarbeit verbessert worden sei. Aber das reicht doch bei weitem nicht aus.

Sie haben die Zahl von 2000 Personen genannt, die insgesamt ausreisepflichtig sind. Wir behandeln doch nicht jeden Fall im Eingabenausschuss. Hier muss sich politisch darüber verständigt werden, dass das automatisch gemacht wird. Bevor die Abschiebung durchgeführt

- A wird, hat die Ausländerbehörde automatisch zu klären, zu welchem Zielflughafen diese Personen oder diese Familien geschickt werden wollen oder können. Es kann nicht davon abhängig sein, ob dieser Fall dem Eingabenausschuss vorliegt.

Die zweite Aufgabe, die ich der Ausländerbehörde zuschieben möchte, ist das Weitertragen dieser Informationen an die Innenministerkonferenz. Ich weiß nicht, wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU und auch von der SPD, mit diesem Bericht umgegangen sind. Ich habe mir erlaubt, meine Fraktionskolleginnen von den Grünen in den anderen Landtagen über diese Reise zu informieren. Dort gibt es genau die gleichen Probleme, wie wir sie haben. Und ich habe mir auch erlaubt, das Auswärtige Amt zu informieren. Ich bin nicht optimistisch, dass das große Auswirkungen haben wird. Aber wir könnten diese Initiative gemeinsam voranbringen und wenn Sie genau das Gleiche tun, wenn Sie die anderen Länderparlamente über unsere Reise informieren und ihnen die Kenntnisse, die wir jetzt haben, auch zukommen lassen, dann kann es auch eine Innenministerkonferenz geben, die sicher nicht "Abschiebung – Ja oder Nein" diskutiert, wohl aber über die Situation, in die man die Leute zurückschickt. Es muss darüber diskutiert werden, was man verantworten kann und was nicht. Das mag in zwei Jahren alles anders sein, aber im Moment sieht es ja so aus, als wenn sich die politische Situation eher zuspitzt. Ich nehme an, Sie haben das auch in der Zeitung verfolgt. Wir sind hier in der Verantwortung, unser Wissen weiterzugeben und es auch politisch umzusetzen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

B

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Ploog, bitte.

Wolfgang Ploog CDU: Frau Möller, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln hat natürlich dazu geführt, dass die Landesparlamente der Bundesrepublik unterrichtet worden sind, auch durch Übersendung dieses Berichtes. Ich gehe davon aus, dass wir auf der Tagung der Vorsitzenden und Schriftführer der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder im Oktober in Berlin darüber sprechen werden. Insofern ist es schon auf einen Weg gebracht.

(Doris Mandel SPD: Das ist noch so lange hin!)

Das andere, was wir an Schlüssen und Erkenntnissen aus der Reise ziehen, sollten wir auch im Einzelnen im Eingabenausschuss besprechen. Das ist es allemal wert. Das aber, was Sie sich vorgestellt haben, finde ich auch aller Ehren wert. Das ist gar nicht das Problem. Wir können das aber nicht über den Eingabenausschuss leisten. Da muss man sehen, wie wir das gemeinsam hinkriegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von dem Bericht des Eingabenausschusses aus der Drucksache 18/1501 Kenntnis genommen hat.

Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt die Wahlergebnisse vor. Bei der Wahl einer Deputierten der Justiz-

behörde sind 111 Stimmzettel abgegeben worden. Alle 111 Stimmzettel waren gültig. Frau Viviane Kühne erhielt 99 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen. Damit ist Frau Kühne gewählt.

Bei der Wahl eines Deputierten der Behörde für Inneres sind 110 Stimmzettel abgegeben worden. Alle 110 Stimmzettel waren gültig. Herr Dr. Stephan Hugo Winters erhielt 97 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Damit ist Herr Dr. Winters gewählt.

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 8, Senatsmitteilung: Europapolitische Schwerpunkte des Senates 2004/2005.

**[Senatsmitteilung:
Europapolitische Schwerpunkte des Senats
2004/2005 – Drucksache 18/1536 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Harlinghausen, Sie haben es.

Rolf Harlinghausen CDU:* Meine hochverehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer etwas bewegen will, muss sich zunächst selbst bewegen und handeln.

(Dr. Willfried Maier GAL: Genau!)

Das gilt auch in der Europapolitik. Wir haben heute mit unserer Vorlage ein Beispiel dafür. Der Senat hat sich erneut als sehr zuverlässig erwiesen und hält sein Versprechen, die Bürgerschaft regelmäßig über seine Schwerpunktsetzung im Bereich der Europapolitik zu unterrichten. Diese Vorlage macht deutlich, dass Politik unter der Führung von Ole von Beust als Dialog verstanden wird, ein Dialog, der weder Einbahnstraße noch Sackgasse ist, sondern direkte Verbindung zwischen dem Senat, der Bürgerschaft und den Bürgerinnen und Bürgern.

Dieser Tage wird wieder viel von Transparenz, Offenheit, vom Dialog mit dem Bürger und der Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit der Politik gesprochen. Dieses Papier macht deutlich, dass die Hamburger Regierung diese Anliegen nicht nur sehr ernst nimmt, sondern auch bereit ist, ihre Arbeit für jeden Bürger dieser Stadt nachvollziehbar und messbar zu machen. Neben die bekannten Schwerpunkte "Ausbau der Drehscheibenfunktion Hamburgs zwischen Europa und Asien" und "Förderung der Hamburger Wissenschaft und Forschung" wird die Stärkung der Metropolregion Hamburg in Europa in diesem Jahr in den Mittelpunkt treten.

Auch aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion ist dies ein äußerst wichtiges Anliegen. Im November vergangenen Jahres trafen sich die christdemokratischen Kolleginnen und Kollegen aus den norddeutschen Ländern, die in den Landtagen beziehungsweise Bürgerschaften in den Europaausschüssen vertreten sind. Diese Tagung – im Juli 2003 erstmals auf Anregung der Hamburger Abgeordneten durchgeführt – dient dem Ideenaustausch auf parlamentarischer Ebene und trägt zur Vernetzung im Sinne der Metropolregion bei. Es ist erfreulich, dass sich auch die anderen Fraktionen eine solche Zusammenarbeit als sinnvoll vorstellen können. Ein Europaausschusstreffen mit Schleswig-Holstein wird am 3. Mai dieses Jahres stattfinden. Es ist zu wünschen, dass gemeinsame Sitzungen der Europaausschüsse zu einem festen Bestandteil der parlamentarischen Arbeit werden.

C

D

A (Beifall bei der CDU)

Man kann es auch als Würdigung der Arbeit des Senates in der Europapolitik und speziell in der Wirtschafts- und Hafenpolitik sehen, dass Hamburger Vertreter sowohl im Ausschuss der Regionen als auch im Europäischen Parlament für die Berichterstattung zum Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission über den Zugang zum Markt für Hafendienste – kurz Port Package II – ausgewählt wurden, und das bei starker Konkurrenz, Herr Egloff.

Auf den Fluren der europäischen Gremien wird anerkennend festgestellt, dass Hamburg zusammen mit seinen norddeutschen Partnern in Brüssel sehr viel präsenter ist als in früheren Jahren.

(Berndt Röder CDU: Hört, hört!)

Europapolitik in und aus Hamburg führt nicht mehr ein Mauerblümchendasein, sondern kommt als Querschnittsaufgabe in allen Behörden täglich vor. Die Förderung der Europakompetenz in der Hamburger Verwaltung ist zu einem der zentralen Ziele der Personalentwicklung geworden. Das begrüßen wir Christdemokraten ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU)

Zu einer engagierten Europapolitik gehört selbstverständlich auch das rechte Augenmaß und das soll man nicht verlieren, denn Hamburg muss seinen Platz in Europa haben und ausbauen. Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht dem Irrglauben unterliegen, dass ohne Hamburg Europa nicht mehr möglich sei. Das rechte Maß, die Balance zu finden, ist einer der Kernpunkte erfolgreicher Europapolitik.

B

Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, muss Hamburg seine eigenen Stärken herausarbeiten und starke Partnerinnen und Partner finden, in der unmittelbaren Nachbarschaft im Sinne der Metropolregion, aber auch unter den europäischen Nachbarn im Sinne der Ostseekooperation. Der Senat sieht es zu Recht als einen seiner Schwerpunkte an, angesichts der zunehmenden Europäisierung des Gesundheitswesens Hamburg als Gesundheitsstandort international bekannt zu machen.

(Uwe Grund SPD: Das merken wir an den Schwimmhallen!)

Die hohe Bedeutung Hamburgs als Luftfahrtstandort wurde durch das parteiübergreifende Engagement von Senat, Bürgerschaftsabgeordneten, Landes- und Bundespolitikern bei den schwierigen Verhandlungen um die Erweiterung der Landebahn in Finkenwerder deutlich. Hier, Herr Egloff, ist durchaus auch ein Lob für die Sozialdemokraten angebracht.

(Berndt Röder CDU: Aber nur da!)

Lediglich die Grünen scheinen sich in diesem Punkt etwas opportunistisch verfolgt zu haben.

Man darf sich auf seinen Erfolgen jedoch nicht ausruhen. Es reicht nicht, einfach nur weltweit drittgrößter Luftfahrtstandort zu sein. Die Qualitäten müssen kommuniziert und ständig ausgebaut werden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Qualifizierungsoffensive Luftfahrt zur Sicherung des luftfahrttechnischen Kräftepotenziales oder an die Kooperation mit den beiden französischen

Luft- und Raumfahrtregionen Midi Pyrénées und Aquitaine, wie aus der Drucksache 18/1536 hervorgeht.

C

"Nicht gängeln, sondern konstruktiv begleiten" lautet das Motto des Senates in der Wirtschaftspolitik, die mit der Europapolitik korreliert,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Konstruktiv fördern!)

keine zusätzlichen Verordnungen, sondern Abbau von bürokratischen Hürden und die Erleichterung des Zugangs zu Informationen. Meine Damen und Herren, in der Europapolitik weht, seit Ole von Beust 2001 die Regierung übernahm, ein neuer, frischer Wind.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ganz merkwürdig, dass die Zuneigung zu unserem Bürgermeister auch bei den Oppositionsparteien mit der Entfernung von Hamburg steigt. Außerhalb, je weiter es weg geht, wo die Genossen nicht mehr so zuhören,

(Dr. Willfried Maier GAL: Das wird nicht zufällig sein!)

ist man richtig stolz auf seinen Bürgermeister.

(Dr. Willfried Maier GAL: Die gucken nicht so genau hin! – Gegenruf von Berndt Röder CDU: Nein, sie sind weitsichtiger, Herr Dr. Maier!)

Das kann man bei der Gelegenheit ruhig einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können auf eine Reihe größerer und kleinerer Erfolge zurückblicken. Gleichzeitig wird in diesem Papier auch deutlich, dass es auch künftig auf diesem Gebiet noch eine ganze Menge zu tun gibt. Sicherlich wird uns die Opposition nicht enttäuschen und gleich pflichtgemäß herumrörgeln, dass nicht alles vollständig und sofort erfüllt worden ist. Das ist aber klar. Das muss subjektiv auch verstanden werden.

D

Die Intensivierung, die Zusammenarbeit mit dem Ostseeraum bleibt, nicht zuletzt durch den Beitritt verschiedener Anrainerstaaten zur Europäischen Union, ein wichtiger Schwerpunkt der Europapolitik der Hansestadt.

Meine Redezeit reicht leider nicht aus, die zahlreichen Aktivitäten und Erfolge, Frau Dr. Hilgers,

(Gesine Dräger SPD: Reden Sie ruhig weiter!)

des Senates en detail zu würdigen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ich würde Ihnen die Zeit lassen. Es gibt keine!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle darauf verweisen, dass auch die Bürgerschaft ihre Rolle voll erfüllt, indem sie Eigeninitiative ergreift. Denken wir zum Beispiel nur daran, dass wir das Memorandum über die parlamentarische Zusammenarbeit mit der Kaliningrader Gebietsduma in Angriff genommen haben, an die aktive Beteiligung Hamburger Abgeordneter bei der jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenz oder an den zunehmenden Kontakt zum konsularischen Corps. Erfreulich ist, dass wichtige europapolitische Initiativen häufig einvernehmlich und interfraktionell verabschiedet werden können, was nach außen für die Position Hamburgs hilfreich ist. Es fällt aber – wie gesagt – der Opposition aus subjektiven Gründen nicht immer leicht, das auch darzustellen. Wir werden das sicherlich gleich im Anschluss wieder hören.

- A Neben den vielfältigen Aufgaben, die die Politik im Ressort Europa erwartet, gilt es auch und vor allem, die Bürgerinnen und Bürger nicht aus den Augen zu verlieren. Gerade der Europapolitik wird gern vorgeworfen, sie neige zu einer gewissen Arroganz und Abgehobenheit. Das Projekt Europa sei ein Anliegen von Intellektuellen und Bürokraten mit auswuchernder Verwaltung und gehe vorbei an den eigentlichen Bedürfnissen der Menschen. Ich denke, an dieser Stelle sind gerade wir als Abgeordnete aufgerufen, als Mittler zwischen den Instanzen aufzutreten und Europapolitik greifbarer und transparenter zu machen. Dies geschieht nicht nur auf eigens ausgewiesenen Informationsveranstaltungen wie etwa der neu gestalteten Europawoche, sondern auch und vor allem im täglichen Kontakt mit dem Bürger. Immer wieder mache ich die Erfahrung, dass es weniger bunte Broschüren oder aufwändige kulinarische Veranstaltungen mit dänischen Pølsern, französischem Wein oder holländischem Käse sind, die den Bürger von der Bedeutung Europas überzeugen. Was den Bürger überzeugt, ist vielmehr das engagierte Einzelgespräch, die Diskussion unter vier Augen. In diesem Sinne sollten wir vielleicht das Werben für Europa zu einem unserer bürgerschaftlichen Schwerpunkte für 2005 erklären. Das, meine Damen und Herren, das aktive Bemühen, Europa für die Hamburgerinnen und Hamburger greifbar zu machen, fördert nicht zuletzt auch die allgemeine Akzeptanz der Europäischen Verfassung, die wahrlich in unserem Interesse ist.

(Ingo Eglöff SPD: Ihre Redezeit ist um!)

Es geht hier um die europapolitischen Schwerpunkte, Herr Eglöff.

- B Erlauben Sie mir zum Schluss den Hinweis, dass bei allem Engagement für europäische Belange natürlich die Pflege der guten Beziehungen zu anderen Partnern in der Welt nicht vernachlässigt werden darf. Das wird auch nicht so sein, wie ich den Senat kenne. Hamburg ist das Tor zur Welt und muss es bleiben. Daran sollen wir arbeiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Frank.

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Harlinghausen, 80 Prozent Ihrer Rede waren doch mehr oder weniger Leerformeln. Das kommt vor, bei dem einen weniger,

(Rolf Harlinghausen CDU: Aber mit H!)

bei dem anderen häufiger. Und im Übrigen, Sie und der Bürgermeister sind ein tolles Gespann in dieser Stadt.

(Rolf Harlinghausen CDU: Das war ein starker Spruch!)

Meine Damen und Herren, Europas Entwicklung ist eine sehr lebhaft. Der europäische Integrationsprozess ist allerdings in vielen Fragen ein ergebnisoffener und insofern auch eine Herausforderung für die Politik und für die Menschen. Ich will hier viel konkreter reden als Sie: Wie hat sich der Hamburger Senat nun auf diese Entwicklung vorbereitet? Wie hat er Hamburg positioniert? Da genügt es einfach nicht, Herr Harlinghausen, den Senatsbericht aufzuschlagen und die Papierlage zu referieren. Sie sind ja noch nicht einmal für eine Ostseejugendstiftung – ein ganz wichtiges Projekt, das Sie ja im Ausschuss abge-

lehnt haben –, aber reden sehr viel von Ostseepolitik. Das passt ja irgendwie nicht zusammen.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Dafür wollen Sie kein Geld ausgeben!)

Immer dann, wenn es konkret wird, wenn angepackt werden muss, ist die Europapolitik des Senates einfach unzulänglich.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat verschläft auch Entwicklungen. Es wird viel geredet und schön geredet, aber es fehlen erfolgreiche Impulse. Sie haben unsere Unterstützung immer dann, wenn es um die Interessen Hamburgs geht, aber die jetzige Europapolitik des Senates – das muss man an dieser Stelle einfach einmal festhalten – ist nicht geeignet, Hamburg im Rahmen der europäischen Neuorientierung ausreichend zu positionieren. Ich will das an einigen Beispielen verdeutlichen:

Sie haben vorhin das Stichwort "Port Package II" genannt, das hat mich ein bisschen erstaunt, die europäische Richtlinie für eine Liberalisierung der Hafendienste. Das ist geradezu ein Hamburger Trauerspiel, Herr Harlinghausen. Port Package I ist zum Glück an der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament gescheitert – nicht an der konservativen Fraktion, an der sozialdemokratischen. Diese neue Kommission legt wiederum eine in Teilen noch verschärfte Richtlinie vor, Port Package II. Diese Richtlinie gefährdet Hamburg in hohem Maße. Ich glaube, darüber kann man gar nicht streiten. Sie gefährdet nicht nur die Leistungsfähigkeit unseres Hafens, sie bedroht auch die Arbeitsplätze der vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ganz existenziell.

(Rolf Harlinghausen CDU: Sie haben offensichtlich keine Ahnung vom Standpunkt der hamburgischen Vertreter! – Gegenruf von Michael Neumann SPD: Hören Sie einmal zu!)

Wenn Port Package II Realität wird, wird Asien und werden andere den Hafen übernehmen. Was sagt der Senat? – Schauen Sie doch einmal in seinen Bericht: Er werde das Verfahren aufmerksam begleiten. Meine Damen und Herren, "aufmerksam begleiten" – das ist doch bezeichnend. Hier fehlt doch eine ganz klare Absage an Port Package II. Wo steht denn das in diesem Bericht? Hier fehlt eine Kampfansage an Brüssel. So existenziell ist das nämlich für Hamburg.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL)

Der Senat wird das aufmerksam begleiten. Meine Güte. Für diese Politik tragen Sie die Verantwortung und trägt der Bürgermeister die Verantwortung. Wissen Sie, wer die Interessen unserer Stadt in dieser Frage richtig vertritt? Das ist die rotgrüne Regierungsfraktion in Berlin mit ihrem Entschließungsantrag. Vielleicht haben Sie ihn gelesen. Nicht lachen, lesen Sie ihn.

(Rolf Harlinghausen CDU: Vielleicht lesen Sie einmal die Papiere dazu!)

Dieser Antrag ist nur wenige Tage alt und beschreibt exakt die Interessenlage unserer Stadt. Wissen Sie, wer diesen Antrag im Ausschuss abgelehnt hat? Die CDU und der Hamburger Landesvorsitzende, Herr Fischer.

(Michael Neumann SPD: Unglaublich! Dieser Vaterlandsverräter!)

- A Und wissen Sie, wer Port Package I im Europaparlament zugestimmt hat? Der CDU-Europaabgeordnete Jarzembowski. Der ist nun wieder Berichterstatter für Port Package II. Darauf sind Sie auch noch stolz. Das kann man auch ganz anders sehen.

Hamburg kann sich in dieser so wichtigen Frage auf die Sozialdemokraten in dieser Stadt und anderswo verlassen, aber, wie man sieht, in keiner Weise auf die CDU.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein bezeichnender Vorgang und ein Appell an Herrn von Beust. Ich kann nur sagen, treten Sie endlich in das breite Bündnis gegen Port Package II ein. Es ist Ihre Aufgabe. Sie sind dafür gewählt worden, die Interessen Hamburgs zu vertreten.

(Beifall bei der SPD und bei Jörg Lüthmann GAL)

Vor ähnlichen Problemen stehen wir bei der Chemikalienverordnung – REACH heißt sie – oder auch bei der nicht nur für Hamburg, aber auch für Hamburg gefährlichen EU-Dienstleistungsrichtlinie. Auch bei der Außenwirtschaftsförderung ist in Brüssel von Hamburg wenig zu sehen und zu hören. In Hamburg kürzen der Senat und die CDU-Fraktion die Außenwirtschaftsförderung um 30 Prozent. Die CDU-Fraktion verlangt jetzt vom Senat endlich ein Konzept zur Außenwirtschaftsförderung von kleinen und mittleren Betrieben. Das sollte eigentlich sehr nachdenklich stimmen, aber Recht hat die Fraktion dennoch.

Der Senat hat auch die für Hamburg sehr schwierige Entwicklung der europäischen Förderprogramme völlig verschlafen.

B

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Günter Frank (fortfahrend): – Nein. Herr Harlinghausen, ich habe nicht so viel Redezeit. Außerdem habe ich keine Lust dazu.

(Michael Neumann SPD: Das war ehrlich richtig!)

Es geht um das Thema Förderprogramme. Das hat Hamburg aus meiner Sicht – wir haben häufig darauf hingewiesen – wirklich verschlafen. Hamburg wird nach 2006 bei einigen Förderprogrammen mit leeren Händen dastehen, zulasten zum Beispiel der vielen Projekte im Beschäftigungsbereich. Mit dem äußerst professionell vorbereiteten Meereskonzept hat Schleswig-Holstein rechtzeitig neue Fördertöpfe erobert. Und Hamburg? – Keine Impulse, nichts. Die Zukunft werden der Senat und Herr von Beust mit dieser doch sehr lau wirkenden und unzulänglichen Europapolitik nicht gewinnen.

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Der Herr badet gern lau!)

Deswegen kann man nur sagen: Überlassen Sie die Europapolitik nicht Ihrem Staatsrat. Dabei kommt nichts heraus. Ich würde an Herrn von Beust die Aufforderung richten wollen: Machen Sie Europa im Interesse Hamburgs zur Chefsache!

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ob das hilft?)

Ich sage noch einmal: Sie haben uns Sozialdemokraten an Ihrer Seite, wenn es darum geht, die Interessen Hamburgs zu vertreten, aber Hamburg muss in der Europa-

politik eine deutlich bessere Politik machen. – Schönen Dank.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: * Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Herr Harlinghausen sprach die kulinarischen Genüsse bei der Europawoche an.

(Rolf Harlinghausen CDU: Da haben Sie nicht zugehört!)

Die scheinen beim Thema Europa nicht nur bei der Europawoche manchmal zu überwiegen, sondern auch in diesem Hause, wenn man sich die Gefülltheit der Reihen anguckt. Das ist natürlich schade.

(Michael Neumann SPD: Sie kennen das Essen hier!)

– Ja, trotz des Essens hier. Das ist sehr richtig.

(Wolfgang Drews CDU: Herr Sarrazin, Sie verstehen doch von Wein und Essen mittlerweile mehr als alle anderen!)

– Wir verstehen von ziemlich vielen Sachen eine ganze Menge. Da haben Sie Recht, Herr Drews. Da kann ich Ihnen nur zustimmen.

Ich möchte auch zur Mitteilung des Senates zu den europapolitischen Schwerpunkten Stellung nehmen. Ich weiß, obwohl ich in diesem Hause neu bin, dass die Europapolitik normalerweise nicht der Themenbereich war, in dem es große Konfrontationslinien gab – Herr Frank hat das auch schon aufgeführt –, sondern in dem vor allem Streit im Detail notwendig ist. Natürlich sind auch wir uns heute einig und stimmen dem Senat auch zu in seiner Beschreibung der großen Bedeutung des Projektes der Europäischen Verfassung auch für Hamburg, der großen Bedeutung der Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau, auch unter anderem über das Strukturmittel, der großen Bedeutung der Zusammenarbeit im Ostseeraum und der Zusammenarbeit mit anderen Städten und Regionen. Auch wir Grünen unterstützen stets die Vertretung hamburgischer Interessen in Berlin und in Brüssel, zum Beispiel bei der Ansiedlung des Deutsch-Russischen Jugendbüros. Solange es mit unserer politischen Überzeugung hier vor Ort übereinstimmt, machen wir das auch mit sehr viel Einsatz und sehr gern. Selbstverständlich werden wir aber auch nicht bei allen Fragen miteinander übereinkommen. Herrn Lüthmann und mir würden viele Einzelfälle zum Beispiel in der Verkehrspolitik einfallen. Das ist auch normal.

D

Das klingt soweit alles ganz gemütlich, aber so gemütlich kann es leider nicht bleiben, denn es gibt einen großen Pferdefuss bei der Europapolitik dieses Senates, den auch ich hier ansprechen möchte. In meiner Pressemitteilung habe ich einen Vergleich zu einem Wetterbericht, der nicht ganz zutrifft, gewählt und der dann letztlich dazu führt, dass man gerade in Hamburg ohne Regenschirm hinausgeht, im Regen steht und nass wird.

Ich möchte das auf die Europapolitik des Senates übertragen: Der Senat ist stets erstklassig darin – nicht nur im Bereich Europa, aber auch dort –, Schwerpunkte öffentlichkeitswirksam auszuloben. Da muss ich Ihnen als junger Abgeordneter sagen: Da sind Sie zum Teil wirklich

- A gut. Aber er ist nicht so erstklassig darin, diese Schwerpunkte auch inhaltlich und engagiert zu unterfüttern.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich denke, es gibt ein bewährtes Mittel, um das aufzulösen: Messen wir Sie an Ihren Taten. Stichwort Ostseekooperation – Herr Frank hat es angesprochen: Die Oppositionsparteien haben einen praktikablen Vorschlag vorgelegt, wie Zusammenarbeit im Ostseeraum durchgeführt werden kann. Mit der Unterstützung Hamburgs für eine Ostseejugendstiftung wollten wir die Ernsthaftigkeit unseres Engagements im Ostseeraum unterstreichen und bei den Ansätzen, von denen wir alle noch etwas haben werden – die einen als Empfänger von Rentenleistungen, die anderen auf andere Weise, nämlich von den Jugendlichen. Wie passt es aber zu Ihrem Schwerpunkt Ostseepolitik, diese Initiative abzulehnen? Hier lassen Sie Ihren großen Schwerpunktsetzungen, auch vielen Ankündigungen, wieder einmal keine tatsächliche Arbeit und zu wenig Wertschätzung folgen. Ich denke, Sie machen hier einen richtigen Fehler und das nicht nur im Sinne von Ostseezusammenarbeit und Völkerverständigung.

- B Denken Sie einmal an die Realität im heutigen Berufsleben: Sprachkenntnisse, internationale und interkulturelle Kompetenz sind immer entscheidender für den Lebensweg des Einzelnen, aber auch für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region. Gleichzeitig sind gerade in diesem Bereich Schülerinnen und Schülern in Deutschland große Schwächen zu attestieren. Wo kann man besser lernen, als im Kontakt mit anderen Menschen, die man trifft? Das heißt, wir müssen Jugendaustausch und Jugendbegegnung auch als Qualifizierungsinstrument für unsere Jugendlichen begreifen und nicht nur im Bereich der Ostseejugendstiftung. Auch bei den Fallzahlen für Jugendbegegnung und Jugendaustausch – die zurückgehen – verspielen wir mit dieser Politik eindeutig Chancen, die genutzt werden sollten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Noch ein kleiner Punkt dazu. Ich möchte es auch nicht zu lange machen: Wir können uns hier und im Ausschuss über viele Sachen gern einig sein. Wir können auch gern streiten, sowohl über das Setzen regionaler Schwerpunkte als auch über anderes. Ich denke aber, dass es Hamburg durchaus verdient hat, ein genaueres Auge auch auf Wachstumsbereiche zu werfen – die Sie ja auch laut Ihrer Mitteilung haben möchten –, die nicht nur in den Küstenregionen des Ostseeraumes liegen, sondern zum Beispiel in Zentral- oder Südpolen. Auch als der ungarische Präsident hier zu Besuch war, hat der Bürgermeister gesagt, er habe ein großes Interesse daran. Ansonsten merkt man davon leider nicht so viel.

Wir wissen auch, dass sehr viel in den Schwerpunkten passiert, die innerhalb des Ostseeraums gesetzt sind, in St. Petersburg zum Beispiel, jetzt hoffentlich auch bald mit Kaliningrad. Ich finde, wir sollten aber auch den Bereichen Aufmerksamkeit schenken, in denen wir bisher nicht so engagiert sind, wie wir es vielleicht sein können. Aus unserer Sicht muss Hamburg offensiver und differenzierter seine Chancen in den verschiedenen Regionen des Ostseeraumes definieren und dann versuchen, Zusammenarbeit anzugehen oder auch Zusammenarbeit Dritter zu unterstützen. Es gibt viele Initiativen in dieser Stadt, wo die Politik gar nicht immer alles machen muss. Die Handlungsweise aber, Zusammenarbeit nicht nachhaltig anzugehen – dafür habe ich leider Beispiele, die ich

hier nicht nennen möchte –, Schwerpunkte auszuloben, aber nicht zu unterfüttern, und trotzdem einen großen PR-Bohei zu veranstalten, ist leider auch ein Grundmerkmal der Europapolitik des Senates. Die Ostseekooperation ist nur ein Beispiel.

Ich frage mich, wie es zu der von Ihnen genannten Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz passt, den europäischen Haftbefehl im Bundesrat abzulehnen? Wie passt es zu Ihrem erklärten Anspruch, im Sinne Hamburgs auf die Ereignisse auf die Europapolitik Einfluss zu nehmen, dass Sie in der Föderalismuskommission zu dieser Frage schlicht und einfach nur unfähig gewesen sind, sich einzubringen? Und wie passt es zu einer konsistenten Europapolitik Hamburgs, wenn an der einen Stelle, wo der Bürgermeister einmal Recht hat mit seiner Position zum Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, die eigene Fraktion ihm hier, in diesem Hause, bei der Abstimmung in den Rücken fällt? Ich denke, Sie sehen, warum es aus meiner Sicht nicht zuviel Grund für Gemütlichkeit gibt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte aber noch ein paar kurze aktuelle Fragestellungen aufgreifen. Wir haben viel über das Jahr 2004 mit der Erweiterung und mit dem Verfassungsvertrag geredet. Aber auch das Jahr 2005 hat ganz wesentliche Entscheidungen zu erwarten, die ebenfalls hier vor Ort Auswirkungen haben werden. Zurzeit läuft das Mitentscheidungsverfahren – Herr Frank hat es schon genannt – über den Kommissionsvorschlag zur so genannten Dienstleistungsrichtlinie. Die EU-Kommission will Barrieren für den freien Verkehr von Dienstleistungen im Binnenmarkt abbauen, ein Ansinnen, das wahrscheinlich alle hier im Hause grundsätzlich begrüßen. Die Instrumente und vor allem die Umsetzung im konkreten Richtlinienentwurf rufen aber zu Recht starke Kritik hervor, unter anderem vom Bundesrat in zwei Beschlüssen formuliert. Wie Sie aber darauf kommen, in den europapolitischen Schwerpunkten in der Drucksache 18/1536 genau diese Richtlinienvorschläge in der Form zu benennen, dass Sie eine Harmonisierung nationalstaatlicher Regelungen erkennen lassen, ist mir absolut schleierhaft. Mit der Einführung des Herkunftslandsprinzips wird auf gar keinen Fall eine Harmonisierung nationalstaatlicher Regelungen einhergehen können. Was ist daran eine Harmonisierung, wenn in Hamburg zukünftig für Dienstleistungsanbieter nicht nur das deutsche Recht, sondern auch das Recht 24 anderer Nationen einschlägig sein soll? Wir möchten, dass hier in Hamburg viel stärker über die Risiken des Richtlinienentwurfes für uns Verbraucher, für uns Angestellte und für Unternehmen geredet wird, aber auch, dass die Chancen nicht zu kurz kommen. Wir werden deswegen in Kürze eine Große Anfrage dazu einreichen.

Herr Frank hat auch schon – das ist dann der eigentlich letzte Aspekt – Port Package II angesprochen. Herr Ohlsen, das hat Herr Frank schon ganz richtig gesagt: Sie machen ja hier zurzeit tatsächlich viel Wind darum. Europa kommt ja nicht so oft in unserer Presse vor. Sie kommen mit Port Package II da schon öfter vor. Man kann aber tatsächlich sagen, dieses Thema ist ganz offensichtlich besser bei Rotgrün aufgehoben. Wir haben uns dazu im Bundestag ganz klar positioniert. Wir haben weitgehende Änderungen am vorliegenden Richtlinienentwurf eingefordert und Ihre Fraktion hat es im Bundestag nicht mitgetragen. Von daher: Machen Sie hier nicht

- A so ein Bohei, sondern setzen Sie sich einmal in Ihrer eigenen Partei stärker ein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ähnlich ist es auch bei den Strukturmitteln, die Herr Frank angesprochen hat. Herr Frank und die SPD haben eine Große Anfrage zum ESF eingereicht. Wir werden im Rahmen der Diskussion über die finanzielle Vorausschau in diesem und vielleicht auch noch im nächsten Jahr sehr viel darüber reden müssen.

Hier gilt es jetzt, von Hamburger Ebene aus sehr stark darauf Einfluss zu nehmen, dass die Metropolfunktion Hamburgs auch im europäischen Kontext anerkannt wird. Es gibt Bestrebungen und auch die Absichten, in den Zielgebietsdefinitionen die spezifischen Problematiken von Metropolregionen zu berücksichtigen. Hier muss Hamburg massiv Einfluss nehmen, nicht zulasten von Regionen, die es nötiger hätten, aber in dem Maße

(Rolf Harlinghausen CDU: Es nimmt aktiv Einfluss!)

– wie aktiv Sie Einfluss nehmen, haben wir oftmals gemerkt und manchmal leider auch nicht – ,

wie es für ganz Europa sinnvoll ist, aber auch so, dass Hamburg nicht zu kurz kommt.

Abschließend kann ich Folgendes sagen: Ob in der Ostseepolitik, in der europäischen Jugendarbeit, bei der Stärkung des Wirtschaftsstandorts oder auch zum Teil beim europapolitischen Tagesgeschehen, der Senat kündigt vieles an, tatsächlich wird er aber zumeist nicht einmal seinen eigenen Schwerpunkten gerecht. Zu oft lässt der Senat Hamburgs Interessen im Regen stehen. Nicht alles, was passiert, ist schlecht. Aber besser machen würde es diese Seite des Hauses allemal. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort erhält der Abgeordnete Kraxner.

Stefan Kraxner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Frank, ich möchte noch auf ein paar Punkte eingehen, die so nicht im Raum stehen gelassen werden sollten. Ich habe das Gefühl, Sie sind unheimlich neidisch, dass der Senat bereits zum dritten Mal einen Bericht zum europapolitischen Schwerpunkt vorgelegt hat, was Ihre Vorgängerregierung leider nicht getan hat. Insofern gebührt ihm der Dank.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg hat sich – das sehen Sie vielleicht anders, aber das ist auch Ihr Recht – im Bereich Europa sehr gut positioniert. Dass der Senat seine ersten Reisen in die baltischen Staaten gemacht hat – ob es der Erste Bürgermeister gewesen ist oder der Wirtschaftssenator –, zeigt deutlich, wie wichtig dem Hamburger Senat Europa und auch die neuen europäischen Länder sind.

(Beifall bei der CDU)

Herr Frank und auch Herr Sarrazin, Sie sprachen Port Package an. Ich frage mich wirklich, ob Sie die Presse lesen oder nicht. Heute ist auf Initiative dieses Senats eine Bundesratsinitiative eingebracht worden, Port Package abzulehnen, und Sie sagen hier, der Senat

verschlafe diese ganze Geschichte. Mit dieser Initiative ist klar bewiesen, dass das nicht der Fall ist.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem finde ich es besonders lustig, wenn Sie sagen, die tolle Bundesregierung würde im Bereich Port Package und Hafen alles machen. Wer verhindert denn die außerordentlich notwendige Ausbaggerung der Elbe? Das ist doch die derzeitige Bundesregierung. Sagen Sie also bitte nicht, die Bundesregierung würde alles für die Hafenstadt Hamburg tun.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat hat mit dieser Drucksache eindeutig bewiesen, dass er die Bedeutung Europas und Osteuropas in seine Politik aufgenommen hat. Dieser Senat hat erkannt, dass Hamburg durch die Dynamisierung und Flexibilisierung Europas sowie durch die neuen Beitrittsstaaten wirtschaftlich, aber auch kulturell ein enormes Potenzial hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 18/1536 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe jetzt die Tagespunkte 31 und 15 a auf, die Drucksachen 18/1625 in der Neufassung und 18/1645, Antrag der Fraktionen von SPD und GAL, erfolgreiche berufsbegleitende Weiterbildung der HWP sichern, und Bericht des Wissenschaftsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Bildung der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg und zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Erfolgreiche berufsbegleitende Weiterbildung der HWP sichern – Drucksache 18/1625 (Neufassung) –]

[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 18/1148: Entwurf eines Gesetzes zur Bildung der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg und zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes – WiSoG – (Senatsantrag) – Drucksache 18/1645 –]

Die Drucksache 18/1625 (Neufassung) möchte die CDU-Fraktion an den Wissenschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Brüning, Sie haben es.

Dr. Barbara Brüning SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Universität für Wirtschaft und Politik war in Hamburg jahrzehntelang eine Hochschule mit einem besonderen Profil. Vor allem Berufstätige ohne Abitur, die an anderen Hochschulen kaum eine Chance haben, wurden an der HWP speziell betreut und zu einem erfolgreichen Studienabschluss geführt. Bundesweit wurde die HWP deshalb gelobt, genützt hat es ihr nichts, denn sie wird vom jetzigen Senat buchstäblich weggeklaut.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ab dem 1. April 2005 wird es die HWP als eigenständige Hochschule nicht mehr geben. Sie wird mit der Universi-

- A tät Hamburg zu einer Mammutfakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zwangsfusioniert.

Die SPD-Fraktion lehnt diese Fusion ab. Wir werden deshalb dem Gesetz zur Gründung der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften heute nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Heike Opitz GAL*)

Wir sind von Anfang an dafür gewesen, die HWP als eigenständige Hochschule mit ihrem besonderen Profil für Berufstätige zu erhalten. Wir verstehen deshalb auch nicht die Gründe, warum diese Hochschule aufgelöst werden soll. Sachliche Gründe wie Effizienzsteigerung oder Bündelung von wissenschaftlichen Synergieeffekten können es nicht sein, denn Sie gründen in Hamburg eine Mini-Hochschule nach der anderen: die Media School, die Finanzhochschule, künftig die Polizeihochschule und die Bauakademie. Warum in dieser pluralistischen und nach meinem Geschmack ausufernden Hochschullandschaft nun ausgerechnet die HWP keinen Platz mehr haben soll, diese Antwort sind Sie bis heute schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich ziehe daraus folgenden Schluss: Die HWP ist politisch nicht gewollt und muss deshalb anderen Mini-Hochschulen weichen.

Die Auflösung der HWP haben SPD und GAL im Ausschuss nicht verhindern können. Dennoch haben wir im Ausschuss gemeinsam mit der CDU versucht – Herrn Beuß sehe ich da –, das Schlimmste zu verhindern. Erwähnen möchte ich vor allem die Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes, in das wir gemeinsam eine Klausel aufgenommen haben, die den Bewerberinnen und Bewerbern ohne Abitur künftig einen Hochschulzugang erleichtern soll. Dies ist zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein,

B

(*Wolfgang Beuß CDU*: Aber immerhin!)

könnte aber dazu beitragen, das besondere Profil der HWP in die künftige Fakultät hinüberzuretten.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion wird in der Übergangsphase in den nächsten drei Jahren mit Argusaugen darauf achten, dass Berufstätige ohne Abitur an der neuen Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ihre Chance erhalten, und ich hoffe, Herr Beuß, Sie auch.

(Beifall bei der SPD)

Aus einer Studie des Hochschulinformationszentrums in Hannover, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung durchgeführt wurde, geht hervor, dass 90 Prozent von 13 000 befragten Hochschulabsolventinnen und -absolventen nach dem Studium eine wissenschaftliche Weiterbildung absolvieren, allerdings nur 5 Prozent an einer Hochschule. Deshalb ist es aus Sicht der SPD-Fraktion dringend notwendig, die Weiterbildungsangebote an den Hochschulen auszubauen. Die HWP hat mit dem Institut für Weiterbildung eine Institution geschaffen, an der bisher erfolgreiche Bachelor- und Masterstudiengänge berufsbegleitend durchgeführt wurden. Deshalb haben wir heute zusammen mit der GAL einen Antrag eingebracht, der das Ziel verfolgt, diese Weiterbildungsstudiengänge auch an der neuen Fakultät fortzuführen und weiterhin vom Institut für Weiterbildung durchführen zu lassen. Die organisatorische

Umsetzung obliegt selbstverständlich der neuen Fakultätsleitung. Ich habe nun vernommen, dass die CDU diesen Antrag an den Ausschuss überweisen will. Ich hoffe, dass Sie Ihren Worten, die Sie, Herr Beuß, im Ausschuss verlauten ließen – Sie wollen das Institut für Weiterbildung an die Fakultät anbinden –, Taten folgen lassen und diesem Antrag letztendlich zustimmen.

C

(*Wolfgang Beuß CDU*: Wait and see!)

– I'll wait and see.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem heutigen Tag geht eine erfolgreiche Ära der Hamburger Hochschullandschaft zu Ende. Die SPD-Fraktion bedauert dies, wird aber den Blick nach vorne richten und – das verspreche ich Ihnen – in zahlreichen Anträgen darauf hinwirken, den Hochschulzugang in Hamburg auch für Berufstätige weiterhin offen zu halten und noch auszubauen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In diesem Sinne werden wir es Ihnen nicht durchgehen lassen, die HWP still und leise abzuwickeln. Wir werden die neue Fakultät genau beobachten. Ich wiederhole es noch einmal: Es ist uns sehr wichtig, den Hochschulzugang weiterhin zu öffnen. Es darf nicht nur die Geldelite, sondern es müssen die klügsten Köpfe studieren.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Genau!)

Es soll geprüft werden, ob das an der neuen Fakultät tatsächlich realisiert wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Kraxner hat jetzt das Wort.

D

Stefan Kraxner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

"Die zukünftige Entwicklung Hamburgs wird in besonderem Maße von der Nutzung des geistigen Potenzials in der Stadt abhängen. Die Hamburger Hochschulen sollen daher in Zukunft ihre Chancen verstärkt nutzen können, wichtige Impulse für neue Entwicklungen in Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft zu geben."

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Leitsatz handelt es sich um ein Zitat, das als Präambel in der "Leitlinie für die Entwicklung der Hamburger Hochschulen des Hamburger Senats" steht.

Was mit dieser Senatsmitteilung im Juni 2003 den Anfang nahm, wird heute zumindest für die HWP erfolgreich abgeschlossen.

Kernpunkt des vorliegenden Gesetzes ist die Gründung der neuen Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg, bestehend aus den bisherigen Fachbereichen Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg und der HWP. Nach einem breit angelegten Diskussionsprozess, der unter Beteiligung aller Betroffenen stattgefunden hat, schafft der vorliegende Gesetzentwurf die rechtlichen Grundlagen für die Bildung dieser neuen Fakultät.

Mit der neuen Organisationsstruktur, bestehend aus den drei Departments einer eigenen Verwaltung, des Gründungsdekanats und des Gründungsfakultätsrats, wird die

- A Voraussetzung geschaffen, die genannten Bereiche mit der HWP zusammenzuführen. Hierdurch kann Hamburg in den genannten Bereichen ein praxisorientiertes und exzellentes Studienangebot anbieten und somit die Attraktivität des Wissenschafts-, aber auch des Wirtschaftsstandorts Hamburg für die Zukunft sichern.

(Beifall bei der CDU)

Ich teile nicht die Auffassung der Opposition, dass die Integration der HWP die Beerdigung eines Erfolgsmodells sei. Ich bin der festen Überzeugung, dass durch die Integration der HWP und die damit einhergehende Vermeidung der bisher existierenden Doppelangebote die Ressourcen besser und effektiver eingesetzt werden können. Dies wird der Qualität von Forschung und Lehre und damit den zukünftigen Studierenden zugute kommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin auch zuversichtlich, dass die positiven Elemente der HWP, Frau Dr. Brüning, in der neuen Fakultät überleben und eigene Akzente setzen wird.

Sicherlich können Sie, liebe Opposition, dem Senat und auch meiner Fraktion vorwerfen, dass wir es nicht geschafft haben, jeden Einwand aus dem Moderationsverfahren zu einem Konsens zu bringen. Jedoch war und ist uns sehr wichtig, wir wollen das besondere und vorbildliche Profil der HWP auch in der neuen Fakultät bewahren und sogar verbessern.

Diese Zielformulierung ist ausdrücklich in Paragraph 3 Absatz 3 geregelt, der die Gewähr dafür bietet, dass sich das spezifische Profil der ehemaligen HWP auch in der neuen Fakultät wiederfindet.

B

So wird das bereits in der HWP vorhandene Know-how im Umgang mit modularen Studiengängen in der neuen Fakultät eingebracht und nutzbar gemacht.

Besonders am Herzen liegt unserer Fraktion, dass auch an der neuen Fakultät Berufserfahrene ohne Abitur ihr Studium aufnehmen können,

(Beifall bei der CDU)

wenn sie die entsprechende Eignungsprüfung zuvor erfolgreich absolviert haben. Auch die Übernahme dieses Teilprofils der HWP wird durch den vorliegenden Gesetzentwurf gewährleistet.

Meine Damen und Herren, getreu dem Motto "Wo Licht ist, da ist auch Schatten", möchte ich an dieser Stelle nicht verhehlen, dass auch unsere Fraktion nach der erfolgten Expertenanhörung zum ursprünglichen Gesetzentwurf Änderungswünsche eingebracht hat. Das hatten Sie bereits erwähnt.

So haben wir im Ausschuss unsere Bedenken hinsichtlich der nicht ausreichend ausgestalteten Vertrauensschutz- und Vertretungsregelung zum Ausdruck gebracht. Im Rahmen des Komplexes Vertrauensschutz sehen wir es als unerlässlich an, dass HWP-Studierende Rechtssicherheit darüber erlangen, dass sie ihr begonnenes Studium nach den bisher für die HWP geltenden Regelungen an der Universität beenden können.

(Beifall bei der CDU)

Die von uns vorgeschlagene Ergänzung des Paragraphen 10 stellt daher klar, dass alle HWP-Studierenden sicher sein können, ihr Studium zu den ursprünglichen

Bedingungen beenden zu können. Die Integration in die Universität wird daran nichts ändern.

C

Zudem hat die Expertenanhörung verdeutlicht, dass es zur Sicherstellung einer angemessenen Repräsentanz von Vertretern der HWP-Studierenden in den Gremien der Universität weiterer Regelungen bedarf. Auch hierzu haben wir gesetzliche Konkretisierungen vorgeschlagen.

Sehr geehrte Damen und Herren der Opposition! Wie Sie sehen, haben auch wir uns mit der Expertenanhörung kritisch auseinander gesetzt und in unsere Politik einfließen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Erlauben Sie mir zum Abschluss kurz auf zwei Dinge hinzuweisen, die von Frau Dr. Brüning schon erwähnt worden sind und über die wir meines Wissens eine einheitliche Meinung haben.

Erstens: Auch wir als CDU-Fraktion unterstützen den Erhalt des Instituts für Weiterbildung.

(Beifall bei Dr. Barbara Brüning SPD)

Wir halten zumindest für den Anfang eine Anbindung auf Fakultätsebene für sinnvoll. Zwischen dem Dekanat und dem Präsidium sollte eine sinnvolle Regelung getroffen werden. Daher wollen wir den SPD-Antrag an den Wissenschaftsausschuss überweisen und konstruktiv diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Seien Sie gewiss, Frau Dr. Brüning – und ich meine auch die allgemeine Opposition –, es ist ein besonderes Anliegen und Versprechen unserer Fraktion, dass wir insbesondere in den nächsten Jahren ein strenges Auge darauf haben werden, wie sich das Bildungsprofil der HWP in der neu geschaffenen Fakultät entwickeln wird.

D

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Dann nicht mehr, oder was?)

Die CDU-Fraktion ist davon überzeugt, dass sich die HWP mit ihrem Lehrkörper ihr positives Image auch innerhalb der neuen Fakultät erhält. Sie wird daher gegen die Universität bestehen und mithin als Motor für anstehende Veränderungen in der Universitätslandschaft wirken können. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen werden durch den vorliegenden Gesetzentwurf geschaffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Frau Dr. Opitz.

Dr. Heike Opitz GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich halte heute eine Grabrede auf die HWP,

(Wolfgang Beuß CDU: Nun übertreiben Sie mal nicht!)

denn mit dem vorliegenden Gesetz – dem WiSoG – wird die HWP beerdigt.

Die Präsidentin der HWP ist bereits verabschiedet, die schwarze Mehrheit in diesem Hause wird die HWP auflösen. Das ist ein großer Verlust für die Hamburger Hochschullandschaft. Eine fachliche Begründung gibt es hier-

- A für nicht. Gerade angesichts der Schaffung neuer, echter Mini-Hochschulen wie die der Finanzen und der Polizei ist und bleibt die Auflösung nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die HWP ist eine traditionsreiche Einrichtung, die auf eine lange Geschichte zurückblicken kann. Den Anfang bildete die Akademie für Gemeinwirtschaft, die ab dem 1. November 1948 den Studienbetrieb aufnahm. Schon damals konnten dort Nicht-Abiturienten mit einer Aufnahmeprüfung zum Studium zugelassen werden.

1961 wurde die Akademie für Gemeinwirtschaft in Akademie für Wirtschaft und Politik umbenannt. Ab 1963 folgte ein umfangreicher Ausbau der Hochschule, die Studienabschlüsse der Betriebs-, Volks- und Sozialwirte wurden eingeführt. Die Forschungstätigkeit der Hochschule wurde ausgebaut.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist ja wirklich eine Grabrede!)

– Ja, es ist wirklich eine Grabrede.

1970 erfolgte eine erneute Namensänderung in Hochschule für Wirtschaft und Politik; die HWP entstand. Ein weiterer Ausbau der Studien- und Forschungsaktivitäten wurde vorangetrieben. Anfang der Neunzigerjahre erhielt die HWP das Promotions- und Habilitationsrecht und wurde durch die Hochschulrektorenkonferenz als Universität anerkannt. Von diesem Zeitpunkt an modernisierte die HWP ihre Studiengänge und stellte das Studiensystem auf Bachelor- und Masterstudiengänge um.

- B Im Oktober 2003 schloss die HWP ihre Studienreform mit einem interdisziplinären Bachelor-Abschluss und sieben Masterstudiengängen ab. Sie war damit die erste Hamburger Hochschule, die über ein komplett umgesetztes konsekutives Bachelor- und Master-System verfügte.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die HWP zeichnete ein ganz besonderes Profil aus. Sie bot einen offenen Hochschulzugang an und schaffte damit die Möglichkeit, auch ohne Abitur zu studieren. Das Studium war wissenschaftlich, kritisch und praxisorientiert. Kennzeichnend waren die Interdisziplinarität und Internationalität der Hochschule. Auch gab es die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums. Das Institut für Weiterbildung der HWP sicherte schließlich die Möglichkeit der berufbegleitenden Weiterbildung und des lebenslangen Lernens. Die HWP war damit ein Erfolgsmodell, das deutschlandweit bekannt war und namhafte Absolventen hervorbrachte. Diese finden sich nicht nur in den Führungspositionen der Gewerkschaften, sondern auch in denen der Arbeitgeberverbände wie es der ehemalige BDI-Chef Hans-Olaf Henkel belegt.

Die Dohnanyi-Kommission lobte 2003 ausdrücklich das Studienmodell der HWP, das mit seinen Abschlüssen beispielhaft für die Vereinheitlichung der Hochschulabschlüsse in Europa sei. Gerade die innovativen Ansätze der HWP, der modulare Aufbau, die internationalen Studienabschlüsse, der starke Praxisbezug sowie die sehr gute Betreuung der Studierenden und die hohe Studienerfolgsquote seien zu würdigen. Dennoch empfahl sie die Auflösung der HWP.

Am 17. Juni 2003 folgte der Senat mit seinen Leitlinien zur Umstrukturierung der Hochschullandschaft dieser Meinung. Daran anschließend fand ein Moderationspro-

zess zwischen den beiden Fachbereichen der Universität und der HWP statt, der ein Jahr später abgeschlossen war. Damit wurde die Grundlage für eine einheitliche Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg mit drei Departements gelegt.

Im Rahmen des folgenden Gesetzgebungsverfahrens fand im letzten Dezember eine Expertenanhörung statt. Einige Dinge wurden daraufhin noch geändert. Das Zulassungsgesetz ist hierfür ein Beispiel.

Die CDU-Fraktion hatte auch noch einige positive Ansätze der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses in die Drucksache eingefügt. Es gibt eine Art Bestandsgarantie für die Studierenden der HWP und auch die Mitbestimmung der Studierenden der HWP in der Universität wird gewährleistet.

Die SPD und wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass das Weiterbildungsinstitut an die neue Fakultät angegliedert wird. Damit soll sichergestellt werden, dass die Weiterbildungsstudiengänge an die fachlich zuständige Fakultät angebunden werden.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen noch ein Zitat eines Experten zu der Auflösung der HWP in Erinnerung rufen. Es stammt von Professor Dr. Ulrich Teichler aus Kassel, der einzige Experte, der nicht als HWP- oder Universitätsmitglied oder Teil der Dohnanyi-Kommission direkt betroffen war. Er bezeichnete die Fusion mit der Uni wegen der unterschiedlichen Profile als

"ein spannendes, aber hoch riskantes Projekt mit weniger als 50 Prozent Erfolgchancen."

Dieses Experiment ist zu gewagt. Das besondere Profil der HWP wird unverantwortlich gefährdet. Ob es Erfolg haben wird, wissen wir erst in einigen Jahren.

(Wolfgang Beuß CDU: Abwarten. Das ist zu pessimistisch. Sie sind die Konservativen hier!)

– Ja, ich bin konservativ, wenn es um den Erhalt wesentlicher Dinge geht. Und die HWP gehört für mich dazu, Herr Beuß.

(Wolfgang Beuß CDU: Wissen Sie, was eine Frischzellen-Kur ist?)

Ich hoffe und wünsche dennoch, dass mit der Verabschiedung dieses Gesetzes, mit der Beerdigung der HWP nicht auch das besondere Profil der HWP beerdigt wird und dass an der neuen Fakultät ein modernes Studienangebot mit den Schwerpunkten der HWP gelebt werden wird. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Senator Dräger hat jetzt das Wort.

Senator Jörg Dräger: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jede Veränderung birgt Risiken und Chancen. Es ist die Verantwortung von Politik, die Notwendigkeit für Veränderung zu erkennen und dann die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Chancen genutzt und die Risiken minimiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir bei der Reform der Hamburger Hochschulen getan und das ist auch die Grundlage für den vorlie-

- A genden Gesetzentwurf für die Zusammenführung der HWP mit der Universität Hamburg.

Mit diesem Gesetzentwurf werden wir an der Hamburger Universität effizientere Forschungs- und Studienstrukturen aufbauen. Das ist auch notwendig, damit die Universität ihre zunehmende Autonomie sinnvoll nutzen und den stärkeren, auch überregionalen und internationalen Wettbewerb gestalten und überstehen kann. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit der Bildung dieser neuen Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eine Organisationseinheit schaffen, die die Leistungsfähigkeit der entsprechenden Fächer in Forschung und in Lehre weiter erhöhen wird.

(Beifall bei der CDU)

Veränderungen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften tat Not in Hamburg. Unbefriedigende Ranking-Ergebnisse, in Teilen zu hohe Abbrecherquoten oder zu geringe Forschungsergebnisse wurden zumindest unserem Anspruch an eine innovative und qualitativ hochwertige Forschung und Lehre nicht gerecht. Lassen Sie mich deswegen einige Ziele in Erinnerung rufen, die wir mit der Zusammenführung von HWP und Universität verfolgen:

Erstens: Eigenverantwortung, Flexibilität und Qualität. Wir wollen eine leistungsfähige Fakultät etablieren mit einer eigenen Verwaltung, einem eigenen Budget und einem starken Dekanat.

(Beifall bei der CDU)

- B Von dieser Dezentralisierung der Verantwortung auf die Fachebene werden alle beteiligten Fächer profitieren. Das neue Bachelor/Master-System ermöglicht gerade, in den grundständigen Studiengängen übergreifend Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu vermitteln und auch die Soft Skills stärker zu betonen. Die anschließende Spezialisierung nach den verschiedenen Forschungsschwerpunkten der heute hier zusammengehenden Einheiten kann dann in den Masterstudiengängen erfolgen. Hier bieten sich große Chancen, die in der neuen Organisation genutzt werden können.

Zweitens: Schwerpunktsetzung. Wir benötigen die neue Fakultätsstruktur, um leistungsfähige Forschungsschwerpunkte und innovative Forschungsansätze entschieden fördern zu können. Unabdingbar für Wettbewerbsfähigkeit und Exzellenz ist es, Kompetenzen und Ressourcen mit kritischer Masse zu bündeln. Nur so werden wir überregional und auch international wahrgenommen.

Drittens: Managebarkeit. Wir wollen Fakultäten schaffen, auch hier im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die überschaubar genug sind, um sich mit ihnen zu identifizieren und fachnahe Entscheidungen zu treffen, die aber groß genug sind, um auch die nötigen Ressourcen für einen optimalen Betrieb bereithalten zu können. Die neue Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird zu beidem in der Lage sein.

(Beifall bei der CDU)

Ein viertes Ziel – der Abgeordnete Kraxner hat es eben schon erwähnt – ist die Vermeidung von Doppelangeboten, die in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bestanden. Durch die Zusammenführung der jeweiligen Angebote in eine Fakultät erreichen wir, dass es diese Doppelungen zukünftig nicht mehr geben wird. Wir werden damit die Ressourcen gezielter einsetzen und den

- C Studieninteressierten ein attraktiveres Fächerspektrum bieten können.

Ohne Zweifel ist die Zusammenführung zweier Hochschulen ein weitgehender Eingriff. Das hängt gerade im Fall der HWP mit dem besonderen Profil und auch mit der Geschichte der Hochschule zusammen. Ich möchte aber betonen, dass wir diese Entscheidung nicht leichtfertig getroffen haben und zu keiner Zeit überstürzt und über die Köpfe der Beteiligten hinweg vorgegangen sind. Auch die Präsidentin Bittscheidt der HWP hat die Gründlichkeit der Beratungen in der letzten Ausschusssitzung in der Bürgerschaft ausdrücklich gelobt,

(Dr. Barbara Brüning SPD: Dennoch wollte sie ihre Hochschule erhalten!)

denn bereits im Januar 2003, Frau Brüning – vor über zwei Jahren –, hatte die Strukturkommission empfohlen, die Angebote von HWP und Universität zusammenzulegen. Diese Kommissionsergebnisse sind äußerst umfangreich und auch sehr offen diskutiert worden und dann erst in die Leitlinienentscheidung des Senats im Juni 2003 eingeflossen. Die Gründung der Fakultät und die offenen Fragen wurden anschließend in einem Moderationsprozess vom Herbst 2003 bis zum Frühsommer 2004 zwischen allen Beteiligten diskutiert. Der abschließende Bericht, der neben vielen konsensualen auch differierende Meinungen aufzeigte, diente als Grundlage für den Gesetzentwurf im Herbst 2004, der dann wiederum auch mehrfach im Wissenschaftsausschuss und in einer Expertenanhörung debattiert wurde. Jetzt hat der Ausschuss mit einem Änderungsantrag der CDU einige in der Expertenanhörung zutage getretenen Aspekte berücksichtigt und das Gesetz in die Bürgerschaft eingebracht.

D Wir haben uns in diesem zwei Jahre währenden überaus breiten und alle Beteiligten einbeziehenden Diskussionsprozess die Zeit genommen, die wir brauchten, um die Zusammenführung von HWP und Universität gewissenhaft und umfassend vorzubereiten und auf eine gute gesetzliche Grundlage zu stellen.

Ich möchte an dieser Stelle ganz ausdrücklich der Präsidentin der HWP, Frau Dr. Bittscheidt, für ihre konstruktive Begleitung dieses sehr schwierigen Prozesses danken. Bei allen unterschiedlichen Meinungen, die wir vertreten und auch ausgefochten haben, kann ich ihr nur meine größte Anerkennung für ihre Verlässlichkeit und für ihre Geradlinigkeit zollen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte aber auch darauf verweisen, dass es in einem Punkt immer einen großen Konsens unter allen Beteiligten gab. Wir wollen das besondere und in Teilen vorbildliche Profil der HWP auch in der neuen Fakultät bewahren, und zwar

(Beifall bei der CDU – Präsident Röder übernimmt den Vorsitz.)

die innovativen bereits modularisierten Studiengängen mit ihrem interdisziplinären Angebot, die sehr guten Betreuungs- und Beratungsangebote einschließlich einer ausgezeichneten Alumni-Arbeit und den Hochschulzugang ohne Abitur für Berufserfahrene nach einer entsprechenden Eingangsprüfung.

Das sind Elemente, die für alle Hochschuleinrichtungen immer bedeutender werden und die die HWP erfolgreich

- A in die neue Fakultät, in die größere Universität und in das Hamburger Hochschulsystem einbringen kann.

Dank des vorliegenden Gesetzentwurfes und unseres weitergehenden Hochschulrechtes in Hamburg werden sich diese besonderen Merkmale auch in der neuen Fakultät wiederfinden. Der Bachelor/Master wird jetzt das Regelangebot in allen Hochschulen und die Betreuungsrelationen werden gerade in den Wirtschaftswissenschaften deutlich verbessert. Ein innovatives Hochschulzulassungsgesetz hat die Bürgerschaft vor wenigen Wochen hier beschlossen und das jetzt in dem vorliegenden WiSo-Gesetz festgelegte Zwei-Phasen-Modell des Fusionsprozesses gewährt gerade den sinnvollen Bestandschutz und gleichzeitig die nötige Flexibilität für eine innovative Weiterentwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Das Bewährte wird also in der neuen Fakultät erhalten werden. Aber wir investieren auch in die Zukunft in dieser und für diese Fakultät. Im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms möchte der Senat Mittel bereitstellen, um den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eine angemessene räumliche Heimat auf dem Campus Von-Melle-Park zu bieten. Dann wird baulich vollendet, was wir organisatorisch hier heute debattieren.

Ein Gesetz und auch ein Gebäude können aber nur den Rahmen definieren, in dem Inhalte und Organisation ausgestaltet werden. Mitentscheidend für den Erfolg der neuen Fakultät in der Gründungsphase wird auch das Gründungsdekanat und natürlich ganz besonders die Person des Gründungsdekans sein. Ihm kommt die Aufgabe zu, die ehemaligen Fachbereiche der Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften, der Universität sowie die HWP zu einer Einheit zusammenzuführen. Wir suchten für diese Aufgabe – und haben sie in der Person von Professor Weber gefunden – eine herausragende Persönlichkeit, die Erfahrung und Innovationskraft gleichermaßen in sich vereint.

- B Auch für die anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fakultät gilt: Nur sie können die zukünftige Organisation mit Leben füllen. Daher möchte ich heute vor allem an alle Angehörigen, Professoren, Verwaltungspersonal, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Studierenden der neuen Fakultät Wirtschafts-

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

und Sozialwissenschaften appellieren: Nutzen Sie die Chance der Kräftebündelung. Arbeiten Sie mit an einem zentralen Projekt und tragen Sie mit Ihrem Engagement zu einer starken und leistungsfähigen Fakultät bei. Die nötigen Rahmenbedingungen haben wir jetzt mit diesem Gesetzentwurf geschaffen, um eine neue, eine innovative und eine erfolgreiche Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entstehen zu lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Dr. Brüning, Sie haben das Wort.

Dr. Barbara Brüning SPD: Herr Senator, Sie haben natürlich jetzt genau das gemacht, was ich vorhin in meiner Rede schon angekündigt habe. Sie haben die HWP gelobt, damit Sie sie wegloben können.

Ich finde das nicht redlich, dass Sie hier von Senkung der Abbrecherquoten sprechen. Ich fand, die Abbrecherquoten bei der HWP waren niedrig. Wieso bringen Sie das als Argument, um jetzt die Gründung einer neuen Fakultät zu rechtfertigen?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch hinsichtlich des Arguments von Herrn Kraxner, dass man Doppelangebote vermeiden wolle, frage ich Sie: Es gibt Doppelangebote bei der Hochschule für Angewandte Wissenschaften und bei der TU Hamburg-Harburg. Wollen Sie alle diese Doppelangebote abschaffen und eine Riesenhochschule gründen? Nein, Sie wollen in Hamburg weitere kleine Hochschulen schaffen und hier passte die HWP einfach nicht hinein. Das müssen Sie doch einmal politisch zugeben. Sie wollten das nicht. Sie haben die Frage hinsichtlich der Gründe, warum Sie die HWP nicht mehr haben wollen, nicht beantwortet, aber auf der anderen Seite – Frau Opitz hat das auch schon ausgeführt – soll eine Minihochschule nach der anderen gegründet werden. Das passt irgendwie nicht zusammen. Die eine kleine Hochschule soll weg, aber weitere andere kleine Hochschulen gründen Sie gleichzeitig.

Herr Dräger oder vielleicht auch Herr Kraxner, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie noch einmal hier nach vorne kämen und es noch einmal begründen, warum die HWP als kleine Hochschule mit ihrem Profil nicht in die Hamburger Hochschullandschaft passt, denn die HWP hat ein ganz spezielles Profil, was wir alle in unseren Reden ausgeführt haben. Sie sprechen doch immer davon, dass Sie Hochschulen für Hamburg mit einem besonderen Profil wollen. Warum dann die HWP nicht? Dass müssten Sie bitte noch einmal hier erklären.

(*Marcus Weinberg CDU:* Das hat er deutlich gesagt!)

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, dass ich das schon etwas merkwürdig fand, Herr Dräger, dass Sie hier die Präsidentin der HWP, die im Übrigen hier oben anwesend ist, für ihr konstruktives Verhalten im Moderationsprozess loben. Aber ihre Hochschule wollte sie erhalten. Das muss man doch einmal an dieser Stelle ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich hatte eher den Eindruck, dass Frau Dr. Bittscheidt für ihre Hochschule im Ausschuss gekämpft hat und dass sie wollte, dass viele gute Dinge, die an der HWP abgelaufen sind, vor allem das Studium für Berufstätige, an die neue Fakultät herübergeführt werden. Aber ihre Hochschule wollte Sie von Anfang an erhalten und ich möchte Frau Dr. Bittscheidt

(*Wolfgang Beuß CDU:* Trotzdem hat sie konstruktiv mitgearbeitet!)

nochmals im Namen der SPD-Fraktion für ihre Arbeit danken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor und wir kommen damit zur Abstimmung.

Zunächst zur Drucksache 18/1625 in der Neufassung.

- A Wer stimmt einer Überweisung an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung einstimmig erfolgt.

Nun zum Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 18/1148.

In Ziffer 1 des Antrages aus der Drucksache 18/1148 ist eine Kenntnisaufnahme erbeten worden. Diese ist erfolgt.

Wer möchte zu Ziffer 2 des Antrages aus der Drucksache 18/1148 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Ausschussempfehlung mehrheitlich gefolgt worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und Ziffer 3 des Antrags aus der Drucksache 18/1148 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Zustimmung ist mehrheitlich erfolgt.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

- B (Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz mit den gerade beschlossenen Änderungen auch in zweiter Lesung annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe auf den Punkt 32, Drucksache 18/1626, Antrag der GAL-Fraktion: Quartiersgaragen als Chance für integrierte Mobilitätsangebote nutzen.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Quartiersgaragen als Chance für integrierte Mobilitätsangebote nutzen – Drucksache 18/1626 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir sicher, wenn ich Ihnen jetzt erklären würde, warum ich hier heute mit Hilfe einer Unterarmstockstütze stehe, würde mir Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit zuteil werden. Das rührt mich in gewisser Weise, aber ich glaube, dass auch das von uns zur Debatte angemeldete Thema, der Antrag zu Quartiersgaragen, dieses Interesse verdient. Ich möchte Sie kurz in die Welt einführen, über die wir beim Thema Quartiersgaragen genau sprechen.

Wir sind tatsächlich im Wesentlichen mit den innerstädtischen, gründerzeitlichen Quartieren befasst.

(Unruhe im Hause – Glocke)

C

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Das ist jetzt wieder ein bisschen zu laut hier. Etwas mehr Ruhe wäre schön. – Ich bat um Ruhe und nicht noch mehr Bekundungen von der rechten Seite. Herr Lühmann, bitte.

Jörg Lühmann (fortfahrend): Die dicht besiedelten, gründerzeitlichen Quartiere der Stadt haben das Bild von der Stadt für uns Hamburgerinnen und Hamburger geprägt. Das sind die Quartiere, in denen wir wirklich das Gefühl haben, dass wir in der Stadt sind.

(Wolfhard Ploog CDU: Das stimmt!)

Diese Quartiere sind in einer Zeit gebaut worden, in der das Auto noch nicht ein Massengut war und den Straßenraum noch nicht geprägt hat. Daher ist das einzige Problem dieser Quartiere, dass es im öffentlichen Straßenraum zu wenig Stellplätze gibt.

Das Merkwürdige dabei ist, dass diese Quartiere trotzdem hoch nachgefragt sind. Die Leerstände sind gering, die Mieten hoch, Verkaufspreise für Wohnungen weit über dem Hamburger Durchschnitt und trotzdem gibt es in der öffentlichen Wahrnehmung das große, schwere Problem der zu geringen Zahl öffentlicher Stellplätze im Straßenraum. Das ist ein bisschen schwierig.

Der Senat geht allerdings davon aus, dass hier einer der Hauptschwerpunkte sei, gegenzusteuern. Daher müssen Quartiersgaragen gebaut und nicht unerheblich gefördert werden. Hier werden bis zu 15 000 Euro für jeden Stellplatz als Fördermittel ausgegeben mit dem einzigen Zweck, die Mieten auf ein marktgängiges Niveau herabsenken zu können. Man muss sich doch fragen, was eigentlich der Erfolg dieser Strategie ist. Dieser Erfolg wird tatsächlich einzig und allein davon aufgezehrt, dass die Zulassungszahlen für Autos in der Stadt immer weiter ansteigen. Sie haben hier ein Fass ohne Boden, indem Sie jedem Stellplatz 15 000 Euro hinterherwerfen, ohne dass es einen nennenswerten Effekt für die Quartiere gibt.

(Beifall bei der GAL)

Das Interessante dabei ist aber, dass genau in diesen Quartieren auch die Menschen wohnen, die den Schlüssel in der Hand haben, das Problem grundsätzlicher zu lösen. Hier wohnt nämlich die Klientel, die für Angebote des Carsharing ansprechbar ist. Die privat angeschafften Autos werden pro Tag im Durchschnitt 45 Minuten benutzt, ein Carsharing-Auto pro Tag acht Stunden. Wer also für 45 Minuten Benutzung pro Tag ein Auto anschaffen will, der wird mit 15 000 Euro pro Stellplatz auch noch gefördert. Das finde ich angesichts der leeren Kassen mindestens bedenkenswert.

(Beifall bei der GAL)

Aber in diesen Quartieren leben auch die Menschen, die gut rechnen können. Bis 14 000 Kilometer Jahresleistung bei einem Auto lohnt sich Carsharing gegenüber Anschaffung eines privaten Autos. Die Durchschnittsleistung von Autos im Bundesdurchschnitt liegt bei gerade 12 300 Kilometern pro Jahr. Das bedeutet, dass für die Mehrzahl der Haushalte Carsharing eine interessante Alternative ist.

D

- A Carsharing stärkt den ÖPNV. Jeder fünfte Carsharing-Benutzer verfügt über eine ÖPNV-Zeitkarte. Er hat sich teilweise sogar extra nur eine ÖPNV-Karte gekauft, weil er Carsharing macht. Daher unterstützt der HVV auch aktiv die Angebote des Carsharing und wirbt dafür auf seinen Internetseiten.

Carsharing entlastet die Umwelt. Wer Carsharing betreibt, benutzt das Auto nur dann, wenn er das wirklich braucht. Die Abwägung, ob ein Auto benutzt wird oder nicht, wird sehr viel strenger durchgeführt, wenn man kein eigenes Auto vor der Tür stehen hat und sich über die wahren Kosten des Autofahrens regelmäßig selbst betrügt. Wer ein Auto anfordern muss, wird nie und nimmer zum Zigarrettenholen um die Ecke mit dem Auto fahren.

Auf diese Art und Weise lassen sich im nennenswerten Umfang Kilometerleistungen von Autos vermeiden und lassen sich bundesweit hochgerechnet mindestens 330 Millionen Liter Benzin jährlich einsparen. Das ist eine wirklich umweltrelevante Größe, von der wir hier reden.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Das ist viel! – *Olaf Ohlsen CDU*: Ja! – Beifall bei der GAL)

Carsharing ist aber auch umweltfreundlich, weil wir es in der Regel mit sehr viel neueren Autos zu tun haben. Ein Carsharing-Auto hat ein Durchschnittsalter von drei Jahren, private Autos liegen bei sieben Jahren. Daran sehen wir, dass wir es mit Autos zu tun haben, die technisch auf dem neuesten Stand sind, dementsprechend leise, umweltfreundlich verbrauchsarm und besser gewartet sind, als die meisten privaten Fahrzeuge. Der umweltpolitische Effekt des Carsharing ist eindeutig.

- B Zu guter Letzt ist Carsharing auch sicher. Bezogen auf alle Wagen, die es im Carsharing gibt und unter Berücksichtigung ihrer Kilometerleistung wäre, rein statistisch betrachtet, im Jahre 2003 anteilig eine Anzahl von Verkehrstoten in Höhe von sechs zu erwarten gewesen. Tatsächlich waren es keine. Es ist kein einziger Mensch in Deutschland auf den Straßen in einem Auto gestorben, dass durch Carsharing benutzt wurde. Das ist ein nicht ganz zu verachtender Aspekt zur Erhöhung der Sicherheit auf den Straßen.

(Beifall bei der GAL)

Aber wenn alles das, wie ich vermute, die CDU-Abgeordneten nicht wirklich interessiert und nicht überzeugt, dann will ich auf den einen Punkt kommen, der ganz nahe an den Quartiersgaragen liegt. Vor ungefähr elf Jahren schätzten Wissenschaftler, dass ein Carsharing-Auto circa vier private Autos ersetzen könnte. Ein Realitätsbeispiel aus Dresden hat nachgewiesen, dass mit einem Carsharing-Auto sechseinhalb private Autos ersetzt werden konnten. Die wissenschaftlichen Studien gehen mittlerweile von einem Niveau von bis zu zehn ersetzbaren Autos aus.

Für jedes Auto, das nicht benutzt wird, brauchen wir auch keinen Stellplatz. Das bedeutet, dass wir nach den aktuellen Dresdner Zahlen davon ausgehen können, dass für zwei Stellplätze, die wir für Carsharing haben, 13 private Stellplätze einsparen können. Das ist ein nennenswerter Umfang, über den wir nachdenken müssen, wenn wir das Thema Stellplatznot in den innerstädtischen Quartieren lösen wollen.

(Beifall bei der GAL und bei *Lutz Kretschmann-Johannsen SPD*)

Daher sollten Sie den Mut haben – ich weiß, dass die CDU den Antrag gestellt hat, unseren Antrag zu überweisen –, hier und heute zu sagen: Wenn das alles so gut ist und es ist tatsächlich so gut, dann fordern wir den Senat auf, hierfür konkret etwas zu tun. Wenn wir 15 000 Euro für jeden Stellplatz in einer Quartiersgarage als Fördermittel ausgeben, die dann verloren sind, dann könnten wir auch jetzt den Mut haben zu sagen, dass in jeder Quartiersgarage mindestens drei Stellplätze für Carsharing-Angebote vorgehalten werden sollen.

(Lachen bei der CDU)

Ich weiß nicht, was daran so komisch ist.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Vielleicht sagen Sie mal etwas zu den Arbeitsplätzen in Wolfsburg und bei Mercedes!)

Ich finde es viel komischer, dass Sie 15 000 Euro pro Stellplatz ausgeben. Hier muss man mal eine Gegenrechnung zulassen.

Wenn ich mir vorstelle, was eine ProfiCard für die Ringe A, B, und C kostet...

(*Wolfhard Ploog CDU*: Wie viel sind das?)

– Die Ringe A, B und C? Die Kosten für eine dieser Karten beläuft sich auf 534 Euro im Jahr. Wenn Sie das jetzt dumm anstellen, könnten Sie sagen, Sie teilen die 15 000 Euro durch die 534 Euro, dann sind Sie mit 28 Jahren Förderung dabei. Jedem, der einen Stellplatz subventioniert bekommt, könnte ich 28 Jahre lang solch eine Karte geben. Aber Sie können das auch noch schlauer machen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Fahren Sie mit dem Fahrrad!)

Zahlen Sie die 15 000 Euro in einen Fond ein und ziehen Sie 534 Euro ab. Wenn Sie das übers Jahr mit 3,7 Prozent verzinst bekommen, dann haben Sie am Ende des Jahres wieder 15 000 Euro und können nochmals diese Jahreskarten verschenken. Das wäre auch noch einmal eine Alternative.

Da es aber ohne Auto nicht geht, springen Sie über Ihren Schatten und helfen Sie jetzt wenigstens dem Carsharing, um zu einer multimodalen Mobilität für Hamburg zu kommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Herr Hamann das Wort.

Jörg Hamann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Lühmann, zunächst einmal gute Besserung. Ich fürchte, ohne jetzt böse sein zu wollen, die Geschichte mit Ihrem Bein hätte doch ein bisschen mehr interessiert und Aufregung versprochen, als dieser Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wirklich nicht böse gemeint. Wir verdanken Ihnen eine ganze Reihe interessanter Anträge und wirklich lebhafter Diskussionen. Aber dieser Antrag, glaube ich, bleibt weit hinter Ihren Möglichkeiten zurück.

Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mich auch gefragt, warum die GAL diesen Antrag überhaupt ange-

C

D

A meldet hat und das noch als einzigen Antrag heute, das heißt, als Ihren Debattenantrag.

(Zuruf von der GAL: Wir dürfen nur einen anmelden!)

Das war die weise Voraussicht des Wählers, der Ihnen hier die entsprechende Zahl gab, um nur einen einzigen Antrag anzumelden.

(Beifall bei der CDU)

Ich fürchte, das bleibt auch noch eine ganze Zeit so.

Ich habe diesen Antrag gelesen und mich tatsächlich gefragt, warum es gerade dieser Antrag ist. Vor kurzer Zeit habe ich bei Ihnen noch so kämpferische und mutige Reden gehört. Ich habe Aufschreie gehört, wie Filz und Untersuchungsausschuss. Da habe ich bei mir gedacht: Jetzt hatten wir diesen tollen Haushaltsausschuss und in der heutigen Sitzung wird die GAL bestimmt mit einem richtigen Knaller kommen und uns hier noch einmal deutlich machen, was sie in letzter Zeit alles herausgefunden hat.

(Dr. Till Steffen GAL: Was wissen Sie, was wir nicht wissen?)

Stattdessen kommt dieser wirklich nette und freundliche Antrag,

(Dr. Barbara Brüning SPD: Und diese Rede!)

B in dem der Senat höflich gebeten und ersucht wird, Kontakte zwischen Bauherren und den Betreibern von Stellplatzanlagen herzustellen sowie zu prüfen, ob die Förderung mittelständischer Carsharing-Anbieter ermöglicht werden sollte. Ein wirklich netter und freundlicher Antrag, den wir – das haben Sie ja schon vorweggenommen – sicherlich auch gern bei einem so freundlichen Bitten um Diskussion überweisen werden.

Das Beste an Ihrem Antrag, Herr Lühmann, ist eigentlich das Betreff. Aber darüber stimmen wir ja nicht ab. "Quartiersgaragen als Chance für integrierte Mobilitätsangebote nutzen". Das klingt gut. Nur Ihre drei Forderungen sind natürlich nicht so gut. Ich sagte schon: Kontakte herstellen und prüfen, darüber kann man immer reden. Dann aber wieder reflexartig Ihre Überlegung, dass man wohl durch Änderung der Bauordnung oder durch Gesetz irgendetwas vorschreiben müsse, beispielsweise, dass die Quartiersgaragen mindestens drei Stellplätze für Carsharing-Anbieter enthalten müssten. Ich weiß nicht, wozu das Not tut. Die meisten Quartiersgaragen leiden leider nicht gerade unter Überfüllung.

(Jörg Lühmann GAL: Ja, nun ist gut, Herr Hamann, lassen Sie uns im Ausschuss darüber reden!)

In den Quartiersgaragen ist reichlich Platz. Wenn Ihr Antrag und Ihre Intention so gut ist, dann wird es auch sicherlich einen Weg geben, mit dem jeweiligen Betreiber zu sprechen und dort für die entsprechenden Plätze zu sorgen.

Erstaunlich und erfreulich für mich ist eigentlich, was ich zwischen den Zeilen lese, nämlich, dass Sie nun – vielleicht auch nur indirekt – eigentlich das Auto, welches Sie immer gern als Mief bezeichnet haben, fast schon als vollwertiges Verkehrsmittel akzeptieren, wenn auch nur in der Form als Carsharing. Und Sie reden von Quartiersga-

ragen. Hier habe ich in der Vergangenheit ganz andere Dinge von Ihnen gehört.

(Jörg Lühmann GAL: Dann haben Sie nicht zugehört!)

– Herr Lühmann, das ist sicherlich für die GAL ein großer Schritt, aber für die Menschheit und für Hamburg ist dieser leider nicht ganz so groß.

(Beifall bei der CDU)

Es wäre im Übrigen auch wirklich schön, wenn das nicht nur dieser Antrag wäre, der wohl irgendwo eine Lücke füllen soll, weil das mit dem Untersuchungsausschuss doch nicht so geklappt hat und Ihnen nichts anderes einfiel, sondern wenn es auch Realität wird.

Ich erinnere mich beispielsweise an Diskussionen zum Thema Quartiersgaragen im Schanzenviertel beim Schlachthof. Hier war die Haltung der GAL: Quartiersgarage und Autos wollen wir nicht.

Oder, Herr Nachbar Lühmann, am Großneumarkt, wo wir beide wohnen, gab es hierüber auch mal eine Diskussion über eine Quartiersgarage.

(Jörg Lühmann GAL: Da war es Quatsch!)

Das wollte der Senat prüfen. Ihr Reflex sofort, wie jetzt auch: Quatsch. Sie erinnern sich noch an Ihre Worte. Das war doch nicht alles Geschwätz. Sie kennen noch Ihre Worte, was Sie früher gesagt haben, und jetzt Ihre reflexartige Antwort: Da war es Quatsch. Wir wollten das nur prüfen.

(Jörg Lühmann GAL: Wir haben das geprüft!)

D Es lag doch keine Absicht vor, dort eine Quartiersgarage zu bauen. Ich hätte mich darüber auch nicht gefreut. Es ging nur um eine Prüfung und sofort kam von Ihnen reflexartig: Auto böse, Quartiersgarage böse, nein, das wollen wir nicht. Herr Lühmann, ein wenig Gedankenfreiheit sollten Sie dann doch hier zugestehen.

Zum Schluss und darüber werden Sie sich sicherlich darüber freuen: Wir werden Ihrem Antrag natürlich nicht zustimmen, aber wir werden ihn auch nicht ablehnen. Wir werden diesen Antrag überweisen. Das ist wirklich ein großes Entgegenkommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Timmermann, Sie haben das Wort.

Karin Timmermann SPD: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Vielleicht können wir wieder ein bisschen sachlicher werden und uns an dem Thema abarbeiten.

(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD und Jörg Lühmann GAL)

Über das Thema Quartiersgaragen ist hier bereits in der letzten Legislaturperiode intensiv debattiert worden.

(Bernd Reinert CDU: Und in der vorletzten Legislaturperiode!)

Die SPD-Fraktion teilt die Auffassung, dass Quartiersgaragen in eng bebauten Wohnquartieren den Parkplatzproblemen und Suchverkehren entgegenwirken können.

- A Es ist auch immer unser Anliegen gewesen, Quartiersgaragen in engen Wohngebieten zu erstellen. In unserem rotgrünen Verkehrsentwicklungsplan war das Bestand und von daher sind wir hier ganz bei der GAL und sicherlich auch bei der CDU, dieses umzusetzen.

Da sich eine Verbesserung der Parksituation positiv auf den Individualverkehr auswirken kann, kann man womöglich befürchten, dass wieder mehr Menschen mit dem Auto fahren. Genau das soll es nicht sein, sondern es sollen öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund halten wir den Antrag der GAL-Fraktion für eine gute Idee und vernünftige Alternative.

Carsharing ermöglicht dem Bürger, auf die Anschaffung eines eigenen Autos zu verzichten, ohne in der eigenen Mobilität eingeschränkt zu sein. Die Bereitstellung eines Mindestkontingents in neu einzurichtenden Quartiersgaragen für Carsharing-Angebote ermöglicht Betreibern, dieser privaten Autovermittlung ihre Angebote flächendeckend in ganz Hamburg anzubieten. Auf diese Weise erleidet der Nutzer tatsächlich keinen Nachteil, wenn er auf seinen privaten PKW verzichtet, nur im Ausnahmefall ein Auto vorübergehend anmietet und im Übrigen den öffentlichen Personennahverkehr nutzt.

Das funktioniert natürlich nur dann, wenn man zu einer Carsharing-Station keine langen Wege hinter sich bringen muss. Von daher muss in unmittelbarer Nähe ein großes Angebot vorgehalten werden, um eine breite Akzeptanz zu erzielen.

(Beifall bei Jörg Lühmann und Antje Möller, beide GAL)

- B Carsharing würde folglich bei einer breiten Akzeptanz zugleich ein Beitrag zur Umweltentlastung leisten.

Die einzige Frage, die sicherlich zu klären wäre, ist die Höhe der Gebühr, denn schließlich wird jeder Stellplatz öffentlich gefördert. Daher muss zumindest darüber nachgedacht werden, zu welchen Konditionen dann gewerblichen Unternehmen die Stellplätze zur Verfügung gestellt werden und wie wir mit dieser Gebührenfrage umgehen. Aber ich denke, dass wir diese Detailfragen im Fachausschuss diskutieren sollten. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Herr Böttcher das Wort.

Niels Böttcher CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Lühmann, Ihr Vortrag war ganz anschaulich. Was Sie über Quartiersgaragen und Carsharing gesagt haben, stimmt im Großen und Ganzen. Das ist eine gute Sache. Nur die Verbindung, die Sie hergestellt haben, leuchtet nicht so ein.

Die Verkehrspolitik der Grünen, die man auch in den Bezirken verfolgen kann, ist darauf bedacht, dem Bürger mit Zwangsmaßnahmen das Autofahren zu verleiten. Hiermit haben Sie aber die ganzen Jahre keinen Erfolg gehabt. Daher hat Ihre Parkplatzvernichtungspolitik in den Bezirken nicht zu weniger Autos, sondern zu katastrophalen Parkplatz-Suchsituationen geführt.

(Beifall bei der CDU)

Quartiersgaragen fördern nicht den Ankauf eines Autos, sondern bereinigen einfach nur die katastrophale Situa-

tion, die in den eng bebauten Quartieren, beispielsweise in Eimsbüttel oder Altona, vorherrschen. Die Förderung für diese Quartiersgaragen wird aus einem Topf bezahlt, in den Geld für nicht gebaute Parkplätze hineinkommt. Wenn man von diesem Geld dann wieder Parkplätze baut, wird dieses Geld sachgerecht verwendet.

Die Carsharing-Angebotsunternehmen sind gewinnorientierte mittelständische Unternehmen. Das sind nicht mehr wie vor 15 Jahren ökologische Selbsthilfegruppen, die die Umwelt verbessern wollten, sondern das Ganze ist zu einer funktionierenden Industrie geworden. Ich sehe es nicht ein, dass wir, wenn wir überall Subventionen abbauen wollen, mittelständische Unternehmen extra fördern. Die Carsharing-Angebotsunternehmen können sich genauso um Plätze in den Quartiersgaragen bewerben wie jeder einzelne Autobesitzer auch. Sie kommen dann auch in den Genuss der Förderung dieses Stellplatzes.

Ich weiß zum Beispiel von einer neuen Quartiersgarage in Eimsbüttel, dass sich dort kein Carsharing-Angebotsunternehmen beworben hat und es steht auch keines auf der Warteliste. Wenn sie sich dort bewerben, dann wird die Stellplatzgebühr durch fünf bis sechs Benutzer geteilt. Das ist eine sinnvolle Maßnahme. Aber dort stehen keine Fahrzeuge dieser Unternehmen und es haben sich auch keine beworben.

Wir wollen bei der Carsharing-Förderung nicht die gleichen Fehler machen wie zum Beispiel bei der Windkraft, wo erst der Bedarf teuer subventioniert wird in der Hoffnung, dass dann das Angebot kommt. Wir können uns im Ausschuss darüber unterhalten, wie man zum Beispiel – Sie haben Mittel aus der Wirtschaftsförderung und die Herstellung von Kontakten beantragt – das Carsharing-Angebot unterstützen könnte, aber das kann nicht auf Kosten und gegen die Interessen anderer geschehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/1626 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung erfolgt.

Ich rufe den Punkt 27 auf, Drucksache 18/1617, Antrag der CDU-Fraktion: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Beamtengesetzes.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Beamtengesetzes – Drucksache 18/1617 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Spethmann.

(Michael Neumann SPD: Eine historische Debatte!)

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Traditionen sind etwas Schönes und Gutes. Sie geben uns das Gefühl von Vertrautheit, weil sie etwas sind, an das wir uns gewöhnt haben und mit dem wir uns identifizieren können. Gewisse Traditionen werden zu unverwechselbaren Merkmalen einer Kultur, eines Staates oder auch einer Stadt.

- A Gerade in Hamburg gibt es einige Hamburgensien, die unsere Stadt ausmachen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe im Plenum. Frau Spethmann, wenn Sie das Mikrophon ein wenig tiefer stellen, dann hört man Sie besser.

Viviane Spethmann (fortfahrend): Da fällt mir das Matthiae-Mahl ein. Würde man dieses abschaffen, so würde sicher ein Stück Hamburg verloren gehen. Aber man muss auch bereit sein, Traditionen zu überdenken, ob sie noch zeitgemäß sind, ihren ursprünglichen Zweck und überhaupt ihren Sinn erfüllen oder ob sie sogar negative Folgen haben. Wir dürfen nicht stur an Traditionen festhalten, ohne sie hin und wieder zu hinterfragen.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz –
Dr. Monika Schaal SPD: Wollen Sie das Matthiae-Mahl abschaffen?)

Die Annahme fremder Auszeichnungen wurde damals als Zeichen der Unterwürfigkeit interpretiert. Diese Zeiten dürften heute aber lange vorbei sein. Ende der Fünfzigerjahre startete man in diesem Parlament bereits einen Versuch, diesen überlieferten Grundsatz abzuschaffen. Der damalige Gesetzentwurf zum Hamburgischen Beamtengesetz sah einen Genehmigungsvorbehalt nur für ausländische Ehrungen vor, der auch bundsrechtlich geregelt war. Aber am Ende der Ausschussberatungen wurde der Genehmigungsvorbehalt wiederum auf sämtliche Auszeichnungen erweitert. Ich hoffe, mit dem vorliegenden Änderungsentwurf wird die Sache heute, im Jahre 2005 – 40 Jahre später – etwas einfacher verlaufen.

B

Der Beamte sollte selbst und unabhängig von der Anschauung des Senats entscheiden dürfen, ob er eine inländische Ehrung entgegennehmen will oder nicht. Schließlich geht es um seine außerordentlichen Verdienste als Mensch. Er sollte wegen seines Status als Beamter nicht gegenüber anderen Bürgern benachteiligt werden. Außerdem sollten wir doch alles tun, um ehrenamtliches Engagement der Menschen in dieser Stadt, egal ob Beamter oder nicht, zu unterstützen.

(*Michael Neumann SPD*: Wenn das Geld knapp wird, werden die Orden größer!)

Die Unabhängigkeit Hamburgs dürfte durch diese Annahme von inländischen Auszeichnungen durch unsere Staatsbediensteten heute wohl nicht mehr gefährdet sein. Die Tradition

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich einmal der Grüppchenbildung im hinteren Teil des Hauses entgegenwirken? – Danke.

(*Michael Neumann SPD*: Wer so einen Antrag einbringt, der muss auch zuhören!)

Viviane Spethmann (fortfahrend): Die Tradition der Ablehnung sämtlicher Ehrungen, die nicht vom Senat verliehen werden, ist daher heute nicht mehr zeitgemäß.

Mit diesem Entwurf folgen wir der bundesgesetzlichen Regelung und anderen Ländergesetzen, wie sie unter anderem im noch SPD-regierten Schleswig-Holstein, im

SPD-regierten Rheinland-Pfalz, im Saarland und auch in Bremen bestehen, das von einer Großen Koalition regiert wird. Ich sehe keinen Grund, warum wir in Hamburg eine Ausnahmestellung einnehmen und unseren Beamten eine solche Entscheidungsbefugnis nicht zubilligen sollten.

C

Alte Zöpfe, die nur noch stumpf und glanzlos herabhängen, sollte man einfach abschneiden, insbesondere dann, wenn sie nicht mehr zeitgemäß sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das ist innovativ!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Zuckerer.

(*Michael Neumann SPD*: Setz' den Helm auf und schnell' den Gurt an!)

Walter Zuckerer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es fällt meiner Fraktion relativ schwer, diesen Antrag ernsthaft und angemessen zu debattieren,

(*Wolfgang Beuß CDU*: Na, dann fangen sie mal an!)

wo doch dieses relativ unhanseatische Machwerk eher "für'n Mors ist".

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Das war ein charmanter Versuch. Ich erteile Ihnen dennoch einen Ordnungsruf.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Das war charmant! –
Gesine Dräger SPD: Das war die Pflege der niederdeutschen Sprache! – Glocke)

D

Frau Abgeordnete Dräger, eine Kritik am Präsidenten zieht normalerweise auch einen Ordnungsruf nach sich. Dieser erfolgt jetzt.

Walter Zuckerer (fortfahrend): Ich will trotzdem versuchen, das Außerordentliche ebenso wie das Abnorme Ihres Schriftstücks zu kommentieren.

Zunächst zum politisch Außerordentlichen. Was ist das Besondere an diesem Antrag? – Es ist der erste, total eigenständige Gesetzentwurf der CDU-Fraktion in dieser Legislaturperiode,

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD*: Anerkennung!)

von dem man wirklich sicher sein kann, dass Ihnen dabei fast niemand aus dem Senat geholfen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der GAL)

Dieses gesicherte reine CDU-Produkt umfasst sogar einen ganzen Satz. Ich muss mich verbessern: Genauer gesagt, dort stehen acht zusätzliche Worte zur bisherigen Regelung. Diese acht zusätzlichen Worte betreffen ausländische Mächte. Dieser geänderte Satz, dass der hamburgische Beamte keine Auszeichnungen von ausländischen Regierungen und Mächten annehmen darf,

(*Erhard Pumm SPD*: Das ist unseriös!)

drückt nicht aus, was die CDU will. Das wäre auch etwas einfach. Sie wollen etwas anderes. Sie wollen einen Ge-

- A setzentwurf vorlegen, der im Umkehrschluss ermöglicht, dass der Beamte inländische Auszeichnungen annehmen darf. Das ist wirklich interessant. Man kann auch sagen, dass dies eine gewisse primitive Raffinesse hat.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Nun gibt es alle möglichen Dinge im Beamtenrecht, an denen man sich ernsthaft abarbeiten könnte und die auch wirklich reformbedürftig wären. Es gibt auch Dinge im Beamtenrecht, auf die Sie unlängst Bezug genommen haben. Ich erinnere mich an die Pfeifen-Affäre.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der hamburgische Beamte darf keine Pfeifen annehmen, ein Senator schon gar nicht. Aber Herr Senator Nagel darf in Zukunft den Bayerischen Verdienstorden annehmen; das wollen Sie doch hoffentlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gäbe so viel, woran Sie sich abarbeiten könnten, von der Organisation des öffentlichen Dienst, vom Bürokratieabbau über eine leistungsgerechte Bezahlung und noch alles Mögliche. Niemand erwartet von Ihnen, dass Sie in Ihren Reformeifer gleich groß anfangen, klein würde jedem hier vollkommen genügen.

(Wolfgang Beuß CDU: Aber wir fangen mal an!)

Das ist eigentlich nicht mehr klein. Man kann verstehen, dass eine Fraktion, die weiß, dass der eigene Senat nichts von ihr hält, irgendwann versucht, etwas zu tun. Jeder Wurm, der getreten wurde, der krümmt sich auch einmal. Aber mussten Sie deswegen auf die Gehirntätigkeit eines Wurms zurückfallen?

B

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Wenn es wenigstens im öffentlichen Dienst jemanden gäbe, der verzweifelt darauf wartet, einen Orden annehmen zu können. Aber der Senat hat auf meine Kleine Anfrage heute mitgeteilt, dass im letzten Jahr keiner einen solchen Antrag gestellt hat, weder für einen Orden von ausländischen Mächten noch für einen inländischen. Gibt es vielleicht in Ihrer Fraktion irgendeinen, der sich verzehrt, einen zu bekommen und es jetzt endlich darf?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Wie kommt eine Fraktion dazu, sozusagen U-hoch-10 – unerheblich, unwichtig, unnötig etc. – zu machen? Niemand erwartet, dass Sie den Zusammenhang zur Globalisierung herstellen, aber vielleicht gibt es den bei Orden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Deshalb kommen wir jetzt zum wirklich Abnormen Ihres Antrages. Die hamburgische Ordenspraxis gründet auf eine jahrhundertlange Tradition. Diese Tradition hat sich bis zum heutigen Tage für die Mitglieder der Verfassungsorgane, des Senats, der Bürgerschaft und für die öffentlich Bediensteten der Hansestadt Hamburg erhalten.

(Wolfgang Beuß CDU: Noch ein Konservativer!)

Kern dieser Tradition war das besondere Verständnis von Freiheit und von Unabhängigkeit dieser Stadtrepublik. Die Bürger dieser Stadt erkannten niemanden über sich an und deshalb nahmen sie auch keine Auszeichnungen an.

(Frank-Thorsten Schira CDU: Das ist so nicht richtig!)

Das ist ein Teil ihres Selbstverständnisses gewesen. Der andere Teil ihres Selbstverständnisses war, mehr zu sein als zu scheinen. Das war ihr Selbst- und Pflichtverständnis. Auf diese Tradition, die einmalig und groß ist, kann man stolz sein. Die CDU-Fraktion ist es aber offensichtlich nicht.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL – Hartmut Engels CDU: Sie bekommen den Orden Wider den tierischen Ernst!)

Diese Geschichtslosigkeit tut einem durchaus weh und die mangelnde politische Kultur auch. Aber irgendwie liegt es vielleicht in Logik des Abnormen – denn auch Abnormes hat eine Logik –, dass Sie dazu kommen.

Wenn man den Kern Ihrer Politik betrachtet, dann befindet sich darin der schöne Schein, die Äußerlichkeit, Glitzer und Glamour, Glanzlichter, Leuchttürme, die aufgeblühte City und eine fieberhafte Suche nach Weltstadtprojekten, denn darüber kann man auch die sozialen Probleme dieser Stadt verdrängen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt wird es heuchlerisch!)

Wenn sich ein Senat ab und zu als Eventagentur und nicht als Regierung betätigt, finden Sie das gut.

(Christoph Ahlhaus CDU: Zum Thema!)

Dann ist es nur konsequent, wenn man sich irgendwie mit Orden auseinander setzt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vielleicht setzen Sie demnächst eine Arbeitsgruppe ein,

(Barbara Ahrons CDU: Gute Idee! Machen Sie mal einen Antrag!)

D

die das Ritual der Verleihung angemessen neu inszeniert. Es werden Ihnen zwar keine hamburgischen Intendanten für diese Choreographie zur Verfügung stehen, aber irgendwie wird es gehen. Sie können auch eine Gebühr für die verschiedenen Stufen der Verleihung erheben, das würde zu Ihnen passen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das, was Sie hier machen, ist nicht nur unnötig, es ist peinlich. In dieser Stadt braucht das niemand. Man braucht hier nicht über Gleichbehandlung oder sonst was reden. Wenn Ihnen nichts anderes einfällt, um Ihr nicht vorhandenes Profil zu schärfen, tut es uns Leid.

Wenn Sie Größe hätten, würden Sie den Unsinn aus dem Verkehr ziehen. Wenn diese Senatoren, die dort sitzen, etwas von einem hanseatischen Stil hätten, würden sie das jetzt stoppen. Dazu fordere ich Sie auch auf.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich war auch erstaunt, als ich diese rechtspolitische Initiative der CDU auf den Tisch bekam. Ich dachte auch, dass es so manches geben würde, was man anfassen könnte, aber die CDU nimmt sich dieses Thema vor.

- A Ich fand es auch total erstaunlich, als ich mir die Begründung dieses Antrags durchlas, dass darin nicht mit einem Wort auf diesen historischen Kontext, den es in der Tat gibt, eingegangen wird. Frau Spethmann hat das vorhin so ein bisschen in ihrer Rede getan, aber ich bin der Meinung, dass diese Regelung eine wunderbare Hamburgensie ist und sie verweist auf eine tolle Tradition. Das hat Herr Zuckerer sehr gut herausgearbeitet. Es wäre sehr schade, wenn man auf diese Tradition verzichten und sich davon verabschieden würde, ohne dass man tatsächlich gewichtige Gründe ins Feld führt, warum gemeint wird, dass diese Tradition ein Riesenproblem darstellt, das durch ihre Abschaffung gelöst wird.

Persönlich finde ich es schade, weil mein absoluter "Lieblings-Tatort" seinen Schluss verlieren würde. Es handelt sich um eine Folge eines "Tatorts" aus Hamburg mit Manfred Krug und Charles Brauer. Die Folge nennt sich "Undercovercamping".

(Michael Neumann SPD: Ja, die ist groß!)

Dieser "Tatort" hat zum Gegenstand, dass die Briefmarkensammlung des belgischen Königs abhanden gekommen ist. Die beiden Polizisten werden auf die Diebe angesetzt. Zum Schluss geht natürlich alles gut aus, die Briefmarkensammlung befindet sich unten bei den Pedalen eines Klaviers, sie wird gefunden und zum belgischen König zurückgebracht. Wie sich das gehört, möchte sich der König bei diesen beiden so erfolgreichen Polizisten bedanken. Sie sollen einen Orden erhalten, der auf einem Samtkissen ausgebreitet wird. Manfred Krug sagt, dass so ein Orden auf dem Sarg schon etwas Schönes wäre. Charles Brauer sagt dann, dass Hamburger keine Orden annehmen würden, worauf Manfred Krug sagt:

"Wir sind keine Hamburger, wir sind Berliner!"

(Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Die wunderbare Sentenz aus diesem "Tatort" könnte künftig nicht mehr geschrieben werden. Das wäre äußerst schade.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei Dietrich Rusche CDU)

Das kommt zu dieser erschreckenden Geschichtslosigkeit hinzu, die diesem Antrag innewohnt.

Herr Zuckerer hat den realen Hintergrund dieser Initiative hinterfragt. Es stellte sich heraus, dass kein Beamter beantragt hat, einen Orden verliehen zu bekommen. Vielleicht ist es auch ein Problem, dass es gar nicht genügend Orden für Beamte gibt. Wenn Sie das so angehen wollen, dass die Beamten künftig mehr und mehr mit Orden ausgezeichnet werden sollen, dann würde es vielleicht nicht mehr so wehtun, wenn der Verdienst gekürzt wird. Wenn die Beamten künftig vor lauter Orden nach vorne gebeugt gehen sollen, dann müssen wir mehr Orden für Beamte schaffen.

(Michael Neumann SPD: Wenn das Geld weniger wird, werden die Orden größer!)

Orden kosten Geld, das ist ziemlich aufwändig. Hamburg kann sich das nicht leisten.

Aber Ihre Initiative beantwortet eine Frage, die wir uns seit gestern stellen: Was wird Herr Kusch am nächsten Dienstag als neue Bundesratsinitiative vorstellen?

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

C Es wird die Schaffung eines deutschen Beamtenordens sein. Damit sollen besonders verdiente Beamte ausgezeichnet werden. Herr Kusch wird uns damit sicherlich schon am nächsten Dienstag beglücken.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus der Drucksache 18/1617 zustimmen und das 28. Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Beamtengesetzes beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen. – Buh-Rufe bei der SPD und der GAL))

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Wer widerspricht? – Damit ist der Widerspruch relevant.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Denkt noch mal nach!)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 11 auf, Drucksache 18/1621, Bericht des Innenausschusses: Bürgernaher Ordnungsdienst in den Bezirken.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksache: 18/1201: Bürgernaher Ordnungsdienst in den Bezirken (SPD-Antrag) – Drucksache 18/1621 –]

D Wer wünscht das Wort? – Der Abgeordnete Rosenfeldt hat es.

Jenspeter Rosenfeldt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das jetzige Thema ist natürlich nicht so groß wie das vorherige, denn es geht nur um den alltäglichen Schmutz. Für das Beseitigen dieses Drecks gibt es gemeinhin keine Orden, sondern einfach nur viel Arbeit und geringen Lohn.

Die Sozialdemokraten haben schon seit Jahren versucht, mehr für die Sauberkeit der Stadt zu initiieren. Wir haben schon längst, bevor Sie die Regierung übernommen haben, an das Verantwortungsgefühl der Bürger angeknüpft, und zwar mit der Aktion "Hamburg räumt auf", ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Dies ist ein Parlament und kein Marktplatz. Ich wäre Ihnen dankbar, Grüppchenbildungen vor der Tür des Saales durchzuführen und dort Ihre Gespräche auszutauschen. Dies gilt insbesondere auf der – von mir aus gesehen – rechten Seite des Hauses. Fahren Sie bitte fort.

Jenspeter Rosenfeldt (fortfahrend): ... den Parksäuberungstagen, mit einem vollständigen Konzept für die Reinigung des Straßenbegleitgrüns und so weiter. Ich möchte nicht alles aufzählen, was eine Grundlage auch für diesen Senat sein könnte, ein konkretes Handeln herbeizuführen und sich nicht auf Shows zu beschränken.

Auch das Konzept für einen Hamburger Ordnungsdienst, das die Sozialdemokraten vorgelegt haben, basiert auf diesen konkreten Maßnahmen und sollte helfen, schnell

- A mit Werbung bei den Bürgern, aber auch mit konkreten Ordnungsmaßnahmen dafür zu sorgen, dass die Stadt einen guten Charakter des Wohlfühlens erhält. Denn das brauchen wir, damit auch das Verantwortungsbewusstsein auf der anderen Seite dazu führt, dass nicht dort, wo Müll hinfällt, der Nächste wieder etwas dazutut.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir versuchen, mit unserem Antrag eine konkrete Handlungsanreicherung zu geben, damit dieses Herumwursteln, das wir seit Jahren bei diesem so genannten Sicherheits- und Ordnungsdienst erleben, endlich aufhört. Wir wollen, dass Hamburg für alle wieder eine richtige Wohnstube wird, in der man auf sauberen und ordentlichen, nicht kaputten Parkbänken sitzen kann,

(*Ekkehart Wersich CDU*: Dafür hat er einen Orden verdient!)

und Familien mit Kinderwagen angesichts oft zugesperrter Wege Platz finden, wenn sie zum Park gehen wollen. Dazu brauchen wir einen Sicherheits- und Ordnungsdienst in Hamburg, der handlungsfähig und bürgernah ist und der nicht aus einer übergeordneten Warte geführt wird, die offenbar in die quartiersnahen Probleme überhaupt nicht hineinschauen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen einen Hamburger Ordnungsdienst, der vor allem partnerschaftlich in den Quartieren, weil er sich dort vor Ort auskennt, die Menschen und das Milieu kennt, im Zusammenwirken mit anderen Ämtern im Bezirk vernünftig handeln kann. Wir wollen keine Abzocktruppe für den Finanzsenator, der mit seinem neuen Bußgeldkatalog wieder ein Beispiel seiner ungeheuren Kreativität vorgelegt hat.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem für Hamburg ist, dass Sie aufseiten der CDU überhaupt kein Interesse daran haben, zu einer durchgreifenden Lösung zu kommen. Das zeigt sich bei den Beratungen über unseren Antrag im Innenausschuss.

Es sind eine ganze Reihe von konkreten Punkten vorgelegt worden; Sie haben diese gelesen. Aber anstatt konkret darauf einzugehen, gibt es einen Vortrag des Senats und eine einzige Wortmeldung von der CDU, die sagt, dass das alles richtig sei und man gleich darüber abstimmen könne, ohne sich mit den konkreten Problemen in den Stadtteilen auseinander zu setzen. Aber das, worauf unser Antrag wirklich basiert, sind die Erfahrungen, die von den Kolleginnen und Kollegen vom Sicherheits- und Ordnungsdienst und von den Bürgern gemacht wurden. Dazu sollte man konkret Stellung nehmen und diese nicht mit kurzen Beiträgen wegwischen.

(Beifall bei der SPD und bei *Jörg Lüthmann GAL*)

Wichtig ist – das ist der zentrale Punkt, der offenbar nicht verstanden worden ist –, dass der Geburtsfehler dieses Ordnungsdienstes darin liegt, ihn zentral organisiert und mit schlechter Personalausstattung versehen zu haben und ihn nicht dort anzusiedeln, wo die Sachkompetenz vorhanden ist, wo das Zusammenspiel mit den in den Bezirken vorhandenen Einrichtungen vernünftig und aus einer Hand funktionieren kann und wo vor allen Dingen die Mitarbeiter die Menschen kennen und sie ansprechen, damit sie ihren Beratungsauftrag wahrnehmen können. Dazu braucht man die Erfahrungen vor Ort, die

manche Menschen offenbar nicht machen können. Sie haben diese offenbar woanders gesammelt, aber nicht in den Parks und nicht dort, wo sich normalerweise die Menschen aufhalten.

(Beifall bei der SPD)

Der zentrale Punkt ist die Ansiedlung in den Bezirken. Hierbei stehen Identifikation mit den Quartieren und den Bewohnern, die Partnerschaft und die Beratung im Vordergrund. Das ist es, um schnell, effektiv und bürgernah vorgehen zu können.

Die Bezirke haben das verstanden. Sie haben sich bei diesem Modellversuch alle darum gerissen, es zu machen, obwohl sie die Risiken kennen. Die Risiken liegen darin, dass sie allein die Verantwortung übernehmen. Wenn man sich ansieht, welches Finanzchaos vonseiten des Senats angerichtet wurde: Erst sollten 2,6 Millionen Euro hereinkommen, dann waren es immerhin noch 600 000 Euro, jetzt – um die Differenz deutlich zu machen – sind es nur noch 116 000 Euro. Nun sind es im Haushalt plötzlich nur noch 250 000 Euro. Das ist eine Zahl, von der alle wissen, dass man mit der Summe überhaupt nicht auskommen kann. In Urlaubszeiten wird es dazu führen, dass vielleicht nur noch zwei Mitarbeiter in einem Bezirk wie Wandsbek herumlaufen können, um die Bürger zu beraten oder zu kontrollieren. Das ist wirklich Quatsch, das kann doch nicht wahr sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sicher, wenn Sie den mutigen Schritt machen und sich nicht mit einem Modellversuch herausmogeln würden, dann wird man auch in der Lage sein – anders als es offenbar in der Innenbehörde geglaubt wird –, über die Bezirke hinweg handeln zu können. Bei Ihrer Bezirksreform haben Sie häufiger angesprochen, dass man zentrale Aufgaben an einen Bezirk geben könne, der dann andere koordiniert. Ich glaube, die Bezirksamtsleiter – jedweder Couleur – sind durchaus in der Lage, sich für übergeordnete Einsätze zusammenzutun.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich möchte den Abgeordneten – ich vermute, dass dies Herr Dr. Stehr ist – darauf hinweisen, dass es hier gewisse Regeln für das Lesen von Tageszeitungen gibt. Fahren Sie bitte fort.

Jenspeter Rosenfeldt (fortfahrend): Ich kann Sie also nur auffordern, nicht so kleinmütig zu sein, reden Sie nicht nur von Dezentralisierung der Aufgaben in den Bezirken, sondern seien Sie mutig und dezentralisieren Sie jetzt konsequent. Die Bezirke können das nachgewiesenermaßen – das kann man jetzt schon erkennen – mit Sicherheit besser als Sie das bisher konnten.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hat offenbar große Schwierigkeiten, sich jetzt dafür zu entscheiden, weil es offenbar viele Probleme gibt. Bei der Dezentralisierung der Bezirksverwaltungsreform sind wir durchaus bereit, darauf Rücksicht zu nehmen. Wir hätten auch sagen können – wie es im Ausschuss vorgeschlagen wurde –, den Antrag später zu beschließen, ihn auf Wiedervorlage zu legen und einmal zu schauen, was bei der Bezirksverwaltungsreform herauskommt. Wir haben die Diskussionen, die kleinen Machtspielchen innerhalb der CDU – zwischen den Frak-

C

D

- A tionen in den Bezirken – schon erlebt. Das wird alles schwierig. Ich verstehe, wenn Sie ein bisschen mehr Zeit brauchen. Wir hätten die Beschlussfassung aussetzen können.

Aber Ihr zentrales Problem ist doch – weshalb Sie unserem Antrag auch nicht folgen können –, dass Sie in Wirklichkeit nicht wissen, was Sie mit dem Ordnungsdienst eigentlich wollen. Sie haben das Problem mit der Frage: Machen wir es hardcore oder softy? Ich möchte hierzu nur ein Beispiel nennen.

Es gibt eine große Diskussion über das Hundeauslaufproblem und die entsprechende Verschmutzung. Überall machen die Hunde hin und der größte Teil der Hundebesitzer sammelt den Schiet eben nicht weg. Die eine Seite sagt, ganz hart mit Bußgeldkatalogen durchgreifen zu wollen. Die andere Seite sagt, dass das an der Alster zwar schlimm sei, aber man könne das Problem der Ordnungswidrigkeit dadurch lösen, dass die Alsterflächen einfach zu Hundeauslaufflächen erklärt werden. So geht das nicht. Das ist ein Hin und Her. Kein Bürger weiß, wohin Sie eigentlich wollen. Entscheiden Sie sich einmal, geben Sie das an die Bezirke, die wissen, wie man damit umgeht. Dann sind Sie die Verantwortung los und Sie müssen sich damit nicht so furchtbar herumquälen.

Im Ausschuss wurde gesagt, dass der Antrag der SPD entscheidungsreif sei. Ich glaube, das ist er in der Tat. Man hätte die Punkte alle klar abstimmen können. Nicht entscheidungsreif sind die CDU-Fraktion und der Senat, weil Sie eben nicht wissen, wohin Sie wollen. Sie mogeln sich mit einem Modellversuch durch, Sie haben – das kann man feststellen – kein Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Bezirke, Sie sind nicht bereit, die Erfahrungen, die von den Bürgern und von den Kollegen des Sicherheits- und Ordnungsdienstes gemacht wurden, mit einzubeziehen und Sie wollen auch nicht die Anregungen der Polizei mit aufnehmen. Sie versuchen, das Problem erst einmal wegzukriegen, um im Moment Ruhe zu haben.

Sie lehnen mit Ihrer Entscheidung im Ausschuss – ich nehme an, dass Sie diese heute nicht ändern –, eine klare Verantwortungszuweisung an die Bezirke ab. Man muss heute einfach noch einmal deutlich sagen, dass Sie nicht bereit sind zu sagen – denn das tun Sie heute nicht – was Sie nicht wollen. Sie streben nicht das Ziel an, den Schmutz innerhalb von 24 Stunden zu beseitigen. Dieses Ziel – das sagen Sie – haben Sie nicht.

Sie wollen den Ordnungsdienst nicht stärker mit der Polizei und mit den Bezirken verknüpfen; dazu sagen Sie Nein.

(Christoph Ahlhaus CDU: Wozu gibt es denn den Modellversuch?)

Sie wollen keine Verbesserung der Ausbildung. Die Polizei hat dazu klare Vorschläge gemacht, wie man die Kolleginnen und Kollegen durch eine vernünftige und intensivere Ausbildung – diese wünschen sie sich selbst – besser fit machen kann. Dazu kommt von Ihnen ein klares Nein. Eine gleiche Bezahlung – so sagen die Kollegen – sei nach BAT nicht möglich. Mit Verlaub: Das ist Unsinn. Das ist eine Frage, welche Aufgaben sie bekommen und welche Stellenbeschreibung dafür gemacht wird. Wenn es darum geht, Stabsstellen des Senats zur Unterstützung der Senatoren besser zu dotieren, sind Sie viel kreativer als bei den Kollegen vom Ordnungsdienst

(Beifall bei der SPD – Doris Mandel SPD: Einfallsreich!)

Fällt es so schwer, die Uniform auf Alltagstauglichkeit zu kontrollieren? Das ist doch eine ganz sinnvolle Forderung. Selbst dazu können Sie sich nicht durchringen. Es soll geprüft werden, die juristischen Grundlagen für ein schnelles Eingreifen zu verbessern. Das ist wahrscheinlich auch zu kompliziert.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Hardcore!)

Es gibt nicht einmal einen Bericht an die Bürgerschaft. Ich schätze, dass läuft wieder einmal nach der Masche, dass wir das später in der Presse nachlesen können, wie Sie sich ein Jahr lang durchgewurschtelt haben.

Was der Senat hier und die Bürgerschaftsfraktion der CDU im Ausschuss gemacht haben, lässt keine Kreativität bei Problemlösungen erkennen, das ist höchstens eine Kreativität bei neuen Gebühren; das erleben wir auch woanders. Wir brauchen in Wirklichkeit keine neuen Modellversuche in den Bezirken, die könnten das nämlich jetzt schon besser. Der Modellversuch, für die Sauberkeit der Stadt eine vernünftige Innenpolitik zu machen, ist längst gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Herr Abgeordneter Rosenfeldt, ich gehe davon aus, dass Sie der plattdeutschen Sprache nicht hinreichend mächtig sind. Ich bitte Sie, sich über das von Ihnen gewählte Wort für Unrat inhaltlich aufklären zu lassen, damit Sie im Wiederholungsfalle bösgläubig sind.

Nun bekommt der Abgeordnete Trepoll das Wort.

André Trepoll CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit gut zwei Jahren gibt es den Städtischen Ordnungsdienst in Hamburg. Unser Ziel ist es – das wird es auch bleiben –, Sicherheit und Sauberkeit in Hamburg weiter zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen keine Verwahrlosung öffentlicher und privater Flächen, keine wilden Müllablagerungen, keine durch Hunde- und Taubenkot verschmutzten Plätze, keine unreinigten Verkehrszeichen oder Straßennamensschilder, keine Verstöße gegen die Hundeverordnung, keine randalierenden Gruppen vor oder nach größeren Veranstaltungen. Wir wollen keinen Alkoholkonsum auf öffentlichen Wegen in Verbindung mit Pöbeln oder Urinieren und auch keine mit Graffiti beschmierten Wände. Wir wollen keine Jugendlichen, die in der Öffentlichkeit Alkohol oder Zigaretten konsumieren, oder anderen Verstöße gegen den Jugendschutz. Wir wollen keinen Vandalismus. Kurz gesagt: Wir wollen in der Stadt keine Rücksichtslosigkeit untereinander.

(Beifall bei der CDU)

Diese eben von mir genannten Aufgaben führt der städtische Ordnungsdienst in seinem Aufgabenbereich. Diesen Aufgabenbereich gilt es auch in Zukunft weiter auszubauen. Durch die Arbeit des SOD wurde die Polizei in entscheidenden Bereichen ihrer Arbeit stark entlastet und kann sich seit dem Bestehen des Städtischen Ordnungsdienstes verstärkt auf die Bekämpfung und Aufklärung der Verbrechen in unserer Stadt konzentrieren. Das ist wichtig und das ist richtig.

A (Beifall bei der CDU)

Des Weiteren konnte mit dem SOD eine zusätzliche Ebene der Staatsgewalt zwischen Polizei und Bürger etabliert werden, was das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürger stärkt und weiter ausbaut.

Nun ist es schon erstaunlich, dass ausgerechnet die SPD mit diesem Thema punkten will, obwohl sie 40 Jahre lang

(Dr. Andrea Hilgers SPD: 44!)

nicht auf die Idee gekommen ist, einen städtischen Ordnungsdienst ins Leben zu rufen. Im Gegenteil: Sie haben noch tausende Stellen im Polizeivollzugsdienst abgebaut. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Das ist wirklich die Wandlung vom Saulus zum Paulus.

Nun arbeitet der SOD aufgrund unserer Initiative seit gut zwei Jahren und das mit großem Erfolg.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist doch lächerlich!)

Nach zwei Jahren können wir mit Stolz sagen: Das Projekt "Städtischer Ordnungsdienst" hat sich bewährt. Wir werden es weiter voranbringen.

Kernpunkt Ihres Antrages ist die Frage, wie der SOD in Zukunft organisiert werden soll. Es gibt viel, was für eine dezentrale Anbindung in den Bezirken spricht. Sie haben einige Argumente aufgeführt und doch möchte ich noch kurz einige nennen. Natürlich können wir dadurch mehr Bürgernähe erreichen, vielleicht auch – da bin ich mir sicher – eine schnellere Erreichbarkeit der Einsatzorte der Mitarbeiter und auch eine zunehmend bessere Ortskenntnis.

(Dr. Monika Schaal SPD: Ah!)

Und wenn wir jetzt schauen, dass wir demnächst den Bezirken die Möglichkeit geben, in Parks und in Parkanlagen das Radfahren zu erlauben, dann ist es natürlich sinnvoll, dass die Mitarbeiter auch Ortskenntnisse haben und sich nicht erst informieren müssen, in welchem Park sie sich aufhalten und welche Regelung dort gilt.

Allerdings gibt es auch andere Argumente zu bedenken. Wir werden dadurch eine Zersplitterung der Kräfte des SODs bekommen. Für Großaktionen muss ein Verfahren gefunden werden, dass dem SOD auch erlaubt, bei solchen Veranstaltungen und Einsatzlagen flexibel und wirksam agieren zu können. Da wir nun zu der Überzeugung gelangt sind, dass im Wesentlichen die Vorteile einer dezentralen Anbindung überwiegen können, haben wir uns zu diesem Modellversuch entschlossen.

Liebe Kollegen von der SPD, ich weiß nicht, wie Sie es verantworten können, in Ihrem Antrag gleich vollendete Tatsachen schaffen zu wollen, ohne eine Prüfung, ohne einen Versuch. Das ist, glaube ich, nicht der richtige Weg. Sie haben keine Erkenntnisse, ob das dann auch wirklich trägt und sich so umsetzen lässt.

(Unruhe im Hause – Glocke – einzelner Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Die Bildung von Gruppen im hinteren Plenarbereich nimmt pandemische Züge an. Ich darf jetzt alle Fraktionen bitten, davon Abstand nehmen zu wollen

und entweder dem Redner hier zuzuhören oder die Gespräche draußen zu führen. C

André Trepoll (fortfahrend): Leider ist das Ihre bisherige Arbeitsweise, nach der Sie verfahren. Herr Rosenfeldt, ich kann mich nicht erinnern, Sie bei den Beratungen des Innenausschusses zu diesem Thema gesehen zu haben. Deshalb wundert es mich schon stark, wie Sie zu diesen Aussagen kommen. Sie haben sich den Bericht vielleicht ansatzweise durchgelesen,

(Rolf Harlinghausen CDU: Er hat dran gelauscht!)

aber wir haben ganz andere Wahrnehmungen bei den Kollegen der CDU aus dem Innenausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Und auch wenn Sie immer wieder die gleichen Behauptungen aufstellen, macht sie das noch lange nicht richtig. Sie sagen immer, die Ausbildung solle verbessert werden. Wir fragen nach, wir fragen die Leute vor Ort, die Polizisten, die Experten – die sagen, die Ausbildung sei ausreichend, das komme völlig überein.

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Weiterhin sagen Sie – das haben Sie eben schon wieder angesprochen –, die Uniformen müssten auf Alltagstauglichkeit geprüft werden. Das gehört sowieso zum laufenden Geschäft des Dienstherrn. Auch hier haben wir keinerlei Erkenntnisse. Selbst Sie sagen uns ja noch nicht einmal, was denn jetzt die Crux damit sei. Wo sind denn jetzt Verbesserungsmöglichkeiten? Sie benutzen weiterhin diese Floskeln und haben dort selbst keine Verbesserungsvorschläge. Ganz im Gegenteil: Sie sind verzweifelt auf der Suche nach dem Haar in der Suppe. Nur: Sie werden keins finden. D

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Ergebnisse des Modellversuchs "dezentraler SOD" abwarten und überprüfen und dann fachlich fundiert und überlegt entscheiden. Mögen Sie dann ruhig rufen, "wir haben es doch vorher gewusst!". Das ist nämlich genau der Unterschied zwischen Regierung und Opposition: Unsere Handlungen haben konkrete Auswirkungen für die Bürger unserer Stadt und die Entscheidung werden wir nicht so einfach übers Knie brechen, sondern vernünftig und fundiert treffen.

(Beifall bei der CDU)

Wie ernst es uns mit diesem Modellversuch ist, können Sie auch an der Auswahl der Bezirke feststellen. Wir haben uns nämlich für den bevölkerungsreichsten Bezirk, Wandsbek, und für den flächenmäßig größten Bezirk, Harburg, entschieden.

(Zuruf von der GAL: Welcher ist der dreckigste Bezirk?)

– Das ist der flächenmäßig größte Bezirk, ob es Ihnen gefällt oder nicht.

Wir werden abwarten, was uns die Ergebnisse in diesen Bezirken bringen. Wenn es im größten und dem bevölkerungsreichsten Bezirk funktioniert, könnten wir dann diese Entscheidung mit gutem Gewissen auch auf andere Bezirke übertragen.

- A Lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz auf das Thema Finanzen eingehen: Ich fand es mutig und richtig, dass unser Innensenator Udo Nagel hier die zu hohen Einnahmeerwartungen des Vorgängersenaes korrigiert hat. Wir haben jetzt eine realistische Schätzung dessen, was dort erzielt werden kann, denn natürlich ist es schwieriger, die Verschmutzungsverursacher zu ermitteln, als nur die Verschmutzung festzustellen und zu beseitigen. Sie haben es eben angesprochen: Für 2005 und 2006 erwarten wir jährlich Einnahmen in Höhe von 250 000 Euro, was natürlich auch aufgrund der gestiegenen Personalausstattung des Städtischen Ordnungsdienstes gerechtfertigt ist.

(Gesine Dräger SPD: Schwierig!)

Aber lassen Sie mich auch eins klarstellen: Der CDU-Fraktion oder – wie Herr Neumann sagen würde – uns Hamburger Christdemokraten ist nicht daran gelegen, mit dem SOD eine Einrichtung geschaffen zu haben, die jetzt den von Ihnen überschuldeten Hamburger Haushalt finanzieren kann. Das ist nicht unser Ziel. Uns wäre vielmehr daran gelegen, dauerhaft einen Einnahmerückgang beim SOD verzeichnen zu können,

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Den haben Sie ja schon!)

denn dann hätten wir bei manchem Bürger einen nachhaltigen Lerneffekt bewirkt und das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität der Menschen in Hamburg weiter gestärkt, denn das ist unser Ziel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- B **Präsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Trepoll! Ich gehöre nicht zu den Leuten, die so leicht in Versuchung geraten zu sagen, damals, als wir regierten, da war alles wunderbar.

(Wolfhard Ploog CDU: Sie haben ja noch nie regiert!)

Aber Ihr Versuch, die Schaffung des SOD als Großtat herauszustellen, als Neuschöpfung und als eine Sache, die es 44 Jahre lang nicht gegeben habe, ist schon sehr putzig, wenn man sich die Geschichte genau anschaut. Jackenwechseln ist eine leichte Übung. Sie haben bei der Gründung des SOD im Wesentlichen den damaligen Hundekontrolldienst mit einigen Leuten zusammengezogen, die bislang dafür zuständig waren, insbesondere Parkverstöße zu kontrollieren. Die eine Ordnungswidrigkeit wird also seitdem weniger kontrolliert und die andere etwas mehr. Das ist keine Großtat. Das ist vielleicht vernünftig oder auch nicht. Darüber kann man diskutieren. Aber eine Großtat ist es gewiss nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Und eine Erfolgsgeschichte ist der SOD bislang auch nicht. Sie haben aufgezählt, wofür der SOD alles zuständig ist. Es sind doch schon einige nicht ganz unwichtige Dinge dabei. Ich glaube aber nicht – das würde man mitbekommen und das würde sich auch in den Medien so darstellen –, dass die Hamburgerinnen und Hamburger sagen, es sei toll, dass jetzt nicht mehr so viel Hundekot auf der Straße umherliege. Ich glaube auch nicht, dass

die Hamburgerinnen und Hamburger jetzt sagen, es sei gut, dass die Jugendlichen jetzt in der Öffentlichkeit keinen Alkohol mehr konsumierten. Ich glaube auch nicht, dass die Hamburgerinnen und Hamburger sagen, es sei doch erstaunlich, dass wir gar keine Graffiti mehr in dieser Stadt sehen würden. Nein, man kann nicht sagen, dass der SOD dazu tatsächlich einen erheblichen Beitrag geleistet hätte. Vielmehr ist der SOD bislang durch die Kontrolle von solchen Ordnungswidrigkeiten aufgefallen, die besonders leicht zu kontrollieren sind, weil diejenigen, die sie begehen, auch gar nicht verstehen, wo das Problem liegen soll.

(Beifall bei Jörg Lüthmann GAL und Lachen bei Gesine Dräger SPD)

Dabei geht es zum Beispiel um Schilder auf Gehwegen, mit denen Geschäftsleute sich vielleicht eine kleine Chance gegen die großen Ketten erhoffen, die natürlich auch viel mehr Werbung machen können, indem sie die Schilder auf die Gehwege stellen. Dort wird der SOD aktiv und sagt, erwischt, das Schild steht 15 Zentimeter zu weit vorn. Das ist leicht zu kontrollieren, weil derjenige auch gar kein Unrechtsbewusstsein hat, genauso wie der Radfahrer morgens um sieben Uhr im Stadtpark, der gar nicht glaubt, dass irgendein Fußgänger gestört sein könnte, weil dort keiner ist – außer dem Menschen vom SOD.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Deswegen sind wir auch ganz entschieden der Meinung, dass dieser Sicherheits- und Ordnungsdienst mit seinem sinnvollen Potenzial auf die Bezirke verlagert gehört, weil hier ganz offensichtlich auch die mangelnde Ortskenntnis eine Rolle spielt, auch die mangelnde Kenntnis der Probleme vor Ort und die mangelnde Einbindung in die Kommunikationsstrukturen mit der Bezirksverwaltung, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Dazu gehört auch, dass regelmäßig die gleichen Mitarbeiter des SOD in den gleichen Bereichen tätig sind und ihren Bereich auch kennen.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Was ich nun überhaupt nicht verstehe, ist dieser Modellversuch. Das ist ja derart mutlos, hier zu sagen, im Prinzip haben wir das Problem erkannt, aber wir lösen es jetzt einmal zur Hälfte. Die ganze Argumentation, die Sie gebracht haben, ist überhaupt nicht haltbar, regelrechter Unsinn: dass man das erst einmal ausprobieren müsste, wie sich das denn bewährt, wenn man das bei den Bezirken ansiedelt. In dieser Form wird es sich sicherlich gar nicht bewähren, weil es natürlich für die Bürgerinnen und Bürger schon wichtig ist, zu wissen, ob jetzt eigentlich die Bezirke für die Sauberkeit zuständig sind oder ob es der Senat ist, ob man bei der zentralen Hotline anruft oder sich an das Bezirksamt wendet. Wenn da tatsächlich der Stand in den verschiedenen Bezirken auseinander geht, ist es ein Rückschritt. Dann konterkariert man auch die ganzen Bemühungen, hier einheitliche und erkennbare Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Das ist sicherlich sinnlos. Hier wäre es viel sinnvoller gewesen, sich vielleicht einen Monat mehr Zeit zu lassen und das gründlich zu prüfen. Es gibt in der hamburgischen Verwaltung – so sehr ist sie noch nicht auf den Hund gekommen – sicherlich genug Know-how, solche Verwaltungsprozesse auch vorher durchzuprüfen und dann auch zu einem vernünftigen Ergebnis zu bringen.

- A gen. Das ist absolut zu kurz gesprungen. Hier tun Sie der hamburgischen Verwaltung und auch dem Städtischen Ordnungsdienst einen Bärendienst, denn das Ergebnis wird sein, dass jetzt ein Umstrukturierungsprozess kommt. Sie nehmen aus dem zentralen Ordnungsdienst bestimmte Einheiten heraus. Der verbleibende zentrale Ordnungsdienst muss sich umstrukturieren und auf die neue Situation einstellen. Die beiden Ordnungsdienste in den Bezirken fangen schon einmal an, sich zu organisieren, und in einem zweiten Schritt, der dann wieder aufwändig organisiert werden muss, werden Sie später vielleicht den Rest verlagern oder aber – wenn man das glauben will und wenn das eben nicht nur ein Formelkompromiss zwischen verschiedenen Interessen der CDU ist – der Ordnungsdienst müsste nach diesen Prüfprozess gegebenenfalls auch wieder rückzentralisiert werden. Ich glaube, das ist ein total sinnloses Unterfangen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Zum Schluss zur Abstimmung: Wir werden ja auch hier wieder punktweise abstimmen, da wir auch dem Antrag, den die SPD eingebracht hat, nicht in allem zustimmen können. Wir meinen, dass das mit den Jacken nicht das Wichtigste ist und dass der Schwerpunkt nicht bei der Überprüfung der Arbeit des Städtischen Ordnungsdienstes liegen muss. Es gibt auch einige andere Punkte, denen wir nicht ganz zustimmen können und die in diesem SPD-Antrag nicht zu Ende gedacht sind. Deswegen werden wir hier wie im Innenausschuss punktweise abstimmen und zu einigen Punkten mit Nein stimmen. – Vielen Dank.

- B (Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rosenfeldt.

Jenspeter Rosenfeldt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch drei Bemerkungen dazu machen, denn ich glaube – wenn ich mir den Redebeitrag des Kollegen von der CDU anhöre –, dass gar nicht die Absicht besteht, das wirklich zum Erfolg zu führen. Der ganze Beitrag atmte wirklich den Geist von Obrigkeitsstaatlichkeit, nämlich eine weitere Ebene der Staatsgewalt. Wir gewähren den Bezirken dort aktiv zu werden und dann werden die Modellversuche an die Wand gefahren. Zwei Doppelstreifen für einen Riesenbezirk wie Wandsbek, das kann am Ende nichts werden. Wenn das gewollt ist, diskutieren Sie das bitte noch einmal intern. Das wird dann für alle Hamburger und für Sie einen schlechten Ausgang haben.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Bemerkung dazu: Ich fände es ganz sinnvoll – das hatte ich im ersten Beitrag schon gesagt –, wenn Sie sich einmal mit den Menschen vor Ort, mit der Polizei und den Experten auch beim Sicherheits- und Ordnungsdienst beraten würden und sich nicht nur von der Senatsseite beraten ließen, die auch eigene Interessen in der Innenbehörde hat. Dann würden Sie nämlich erfahren, dass die Polizei eigene Vorschläge gemacht hat, wie man eine vernünftige Ausbildung gestalten kann. Das brauchen die Kollegen vom Ordnungsdienst auch, wenn Sie vernünftig und partnerschaftlich auftreten wollen. Dazu braucht man eine andere Art von Ausbildung. Ich bitte Sie, noch einmal darüber nachzudenken. Vielleicht kann

man es ja im weiteren Verfahren bei den Modellversuchen bereinigen. Aber so fahren Sie es gegen die Wand. Ich finde das bei solch einem Projekt sehr bedauerlich.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zu Abstimmung. Wie gehört möchte die GAL-Fraktion den Bericht zifferweise abstimmen lassen. Wer stimmt der Ausschussempfehlung aus Ziffer 1 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Wer möchte Ziffer 3 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen wenigen Ent-
haltungen mehrheitlich angenommen.

Wer möchte Ziffer 4 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich angenommen.

Wer möchte Ziffer 5 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlos-
sen.

Wer stimmt Ziffer 6 zu? – Gegenstimmen? – Stimment-
haltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 7 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlos-
sen.

Wer möchte Ziffer 8 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlos-
sen.

Wer möchte Ziffer 9 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlos-
sen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 25 auf, die Drucksache 18/1614, Antrag der CDU-Fraktion: Anbindung der Hafen-City an die angrenzenden Stadtteile – Verkehrsgutachten im Jahr 2005 vorlegen und konkrete Pläne entwickeln.

[Antrag der Fraktion der CDU:

**Anbindung der HafenCity an die angrenzenden Stadt-
teile – Verkehrsgutachten im Jahr 2005 vorlegen und
konkrete Pläne entwickeln – Drucksache 18/1614 –]**

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass auf eine Debatte verzichtet wird.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Heimweg. Wir sehen uns morgen wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19.47 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Werner Dobritz, Michael Fuchs, Katja Husen, Rüdiger Kruse, Christian Maaß und Dr. Andreas Mattner.